

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 30 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schloß-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 8. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Die Abwälzung der Biersteuer.

Wenn die Arbeiter Lohnforderungen stellen und, wie sie durchzuführen, gar zum Streik greifen, so ist unter den vielen Vorwürfen, die ihnen deswegen von „staatsbehaltender“ Seite gemacht werden, einer der schwersten der, daß sie keine Rücksicht nehmen auf die Beunruhigung des Wirtschaftslebens, die daraus entsteht. Das wirtschaftliche Leben der Nation, so befehrt man uns dann, Handel sowohl wie Produktion, braucht nichts so notwendig wie eine ruhige, stetige Entwicklung. Jede Erschütterung, welche den ruhigen Gang der Geschäfte stört, bringt tausendfachen Schaden weit über die Summe des unmittelbar sichtbaren Verlustes hinaus. Deshalb ist es geradezu eine patriotische Pflicht, alles zu vermeiden, was zu einer solchen Erschütterung führen könnte, und im schlimmsten Falle muß der wahre Vaterlandsfreund lieber eine private Benachteiligung über sich ergehen lassen, ehe er durch Beunruhigung des Wirtschaftslebens das „allgemeine nationale Interesse“ schädigt.

So predigt man den Arbeitern. Aber für ihr eigen Teil denken diese „Vaterlandsfreunde“ nicht im entferntesten daran, jene weise Lehre zu beherzigen. Für ihr eigen Teil zögern sie nicht einen Augenblick, jede beliebige Beunruhigung des Wirtschaftslebens über das Vaterland zu bringen, wenn das in ihre Pläne paßt. So ist das ganze jüngst vollendete Werk der Gesetzgebung, das man mit dem wohlklingenden Namen „Reichsfinanzreform“ belegt hat, nichts weiter als eine große Beunruhigung des nationalen Wirtschaftslebens. Fahrkartensteuer, Frachtposten, Tabaksteuer, Zigarettensteuer, Brauerei — jedes für sich ist ein Brandherd, von dem eine endlose Reihe schwerer Erschütterungen für Handel und Verkehr notwendigerweise ausgehen muß. Wir haben darauf hingewiesen, bevor das „Werk“ vollendet war, wir haben es erneut betont, bevor die verschiedenen Steuern zur Einführung kamen, und heute sind wir mitten drin. Im Augenblick ist es die Biersteuer, die eine mächtig brandende Erschütterung im Wirtschaftsleben von ganz Nord- und Mitteldeutschland herborgerufen hat.

Die sogenannte Reichsfinanzreform verdankt, wie man weiß, ihr Entstehen lediglich dem Geldbedürfnis der Regierung. Auch das ist ein charakteristisches Zeichen neu-deutscher Staatskunst. Früher — es ist noch gar nicht so lange her — betrieb man Wirtschaftspolitik zu dem Zweck, die Volkswirtschaft zu beleben und zu fördern. Man sah es häufig genug Veranlassung zu schärfster Opposition, aber die Absicht war doch eine in der Sache selbst liegende. Heute verfolgt man mit der Wirtschaftspolitik den Zweck, aus der Volkswirtschaft Geld herauszuholen. Die Kassen des Reichs sind leer, ein ungeheures Defizit droht uns oder ist schon vorhanden — flugs wird eine neue Steuer eingeführt ohne jede Rücksicht darauf, ob die Volkswirtschaft als solche dadurch geschädigt und schließlich vielleicht gar lahmgelegt wird. Dabei liegt auf der Hand, daß eine solche kurzfristige Politik sogar für die eigentlichen Zwecke der Geldmacherei die denkbar ungeeignetste ist. Wenn man die Hemme totgeschlagen hat, kann sie keine goldenen Eier mehr legen!

Als man die Biersteuer schuf, ist man mit einer geradezu sträflichen Leichtfertigkeit über die Frage hinweggegangen, wie sie auf das Wirtschaftsleben der Nation wirken müssen. Nicht etwa, daß die Herren nicht gewarnt waren! Am 30. April hat im Reichstage der Redner unserer Fraktion, Genosse Südekum, mit klaren Worten darauf hingewiesen:

„Die Verhandlungen der Kommission haben darüber keine Klarheit geschaffen, wie die Mehrheit... sich die Überwälzung der geplanten Biersteuer denkt. Einzelne der Herren, die für die neue Biersteuer stimmten, haben es, wie sie selbst ausgedrückt haben, nur in der Voraussetzung getan, daß die Steuer nicht überwälzt werden könne. Es ist einfach ausgeschlossen, daß eine Biersteuer selbst in der Höhe, die der Antrag Veder ihr gegeben hat, allein von den Brauereien zu erheben wäre. Wenn wir nur auf die Verhältnisse der großen norddeutschen Aktienbrauereien eingehen, so ergibt sich da schon, daß der weitest- und größte Teil des heute erzielten Reingewinnes für die Steuer draufgehen würde... wenn es nicht gelingen sollte, diese Steuer abzuwälzen.“

Gegenüber diesen sehr bestimmten Angaben begnügte sich der konservative Redner, Abg. Kettich, mit der einfachen Behauptung, daß die Brauereien sehr viel verdienen (was wir allerdings nicht bestreiten) und daß sich das Publikum eine Abwälzung der Steuer „einfach nicht gefallen lassen“ würde. Was mag Herr Kettich damit gemeint haben? Etwa daß die Brauereien, in Voraussicht der Gegenwehr des Publikums, die Abwälzung gar nicht erst versuchen würden? Doch wohl kaum. Mühte doch im Gegenteil jeder, der einen Einblick ins kapitalistische Getriebe hat — und den besitzt Herr Kettich wohl zweifellos — noch etwas ganz anderes voraussehen: die Abwälzung der Steuer besteht in der Erhöhung der Preise für Bier; und die Brauereien müßten keine kapitalistischen Unternehmungen sein, wenn sie nicht bei der Gelegenheit gleich den Versuch machten, noch einen Extra-profit herauszufinden und den Preis weit über den Betrag der Steuer hinaus zu erhöhen! Das galt schon

damals als so selbstverständlich, daß Genosse Südekum am gleichen Tage mitteilen konnte, daß an der Börse der Kurs der Aktien von den Großbrauereien Norddeutschlands im Hinblick auf die kommende Steuer schon seit Wochen und Monaten nicht etwa gefallen, sondern gestiegen war! Die Kenner des kapitalistischen Marktes waren sich also von vornherein klar darüber, daß die Brauereien nicht nur die Steuer, sondern noch mehr als diese vom Publikum herauszuholen würden. Und daß dies nur auf dem Wege wirtschaftlichen Kampfes, also unter schwerer Erschütterung des nationalen Wirtschaftslebens geschehen könne, das lag gerade dann um so mehr auf der Hand, wenn man mit Herrn Kettich der Meinung war, daß das Publikum sich das „nicht würde gefallen lassen“. Ueber all diese Tatsachen haben sich Regierung und Reichstagsmehrheit einfach hinweggesetzt, nicht im geringsten haben sie gezögert, das „Vaterland“ in diese wirtschaftliche Erschütterung hineinzustürzen, nur um Geld für Meer und Flotte zu bekommen.

Jetzt ist bereits in zahlreichen Orten Nord- und Mitteldeutschlands der Bierkrieg entbrannt. Berlin hat noch verhältnismäßig wenig davon zu spüren bekommen. Hier ist er vorläufig noch auf die Brauereien und Gastwirte beschränkt geblieben. Doch wird er zweifellos bald das große Publikum in Mitleidenschaft ziehen. Anderwärts herrscht dagegen bereits große Aufregung. So in Leipzig, Jwidau, Chemnitz, Erfurt, Kassel, Halle, Hannover, Frankfurt a. M. u. und natürlich auch in der Umgegend all dieser Städte. Die Brauereien haben sich zu Ringen zusammengeschlossen und suchen nun mit allen Mitteln die Gastwirte und die noch ringfreien Brauereien zur Erhöhung der Bierpreise zu zwingen. Besonders gern benutzen sie dazu die Mittel, die den Arbeitern nach § 133 der Gewerbeordnung bei schwerer Gefängnisstrafe verboten sind. Die „Leipz. Volksztg.“ ist in der Lage, zwei Briefe der Riebeckischen Brauerei zu veröffentlichen, in welchen sie droht, den Kunden zweier ringfreien Brauereien Bier zu 12 Mk. pro Hektoliter zu liefern, während sonst mit der Erhöhung 16 1/2 Mk. verlangt werden. Ebenso ist man am Berke, den Brauereien und Wirten, die sich nicht beugen wollen, gewaltsam die Bezugsquellen abzuschneiden. In Halle haben die Gastwirte und Flaschenbierhändler in mehreren Versammlungen die Bierpreiserhöhung abgelehnt, und die Ringbrauereien, die die Steuer auf Gastwirte und Konsumenten abwälzen wollen, sind bereits boykottiert. Die Organisationen der Gastwirte haben mit „ringfreien“ Brauereien Verträge abgeschlossen.

Das Bürgerturn „Kampf“ für den Boykott auf seine Weise. Die Spießer lassen sich in den Kneipen, wo pro Glas 1 Pf. mehr verlangt wird, ihre Stammfidel geben und ziehen mit „Musik“ unter den Klängen: „So leb' denn wohl du stilles Haus“ von einer Wirtschaft in die andere. In größeren Fabriken macht man in Abstinenz. Ein Großindustrieller, der davon Kenntnis bekam, daß die Arbeiter Ringbier nicht mehr trinken wollten, ließ sofort tausend Flaschen Selterwasser anfahren. Dieses Getränk wird pro Flasche mit drei Pfennig abgegeben. Auch in Chemnitz, Jwidau und Leipzig ist es bereits zum Boykott gekommen. Ebenso in Kassel. In Hannover leisteten die Birte vorläufig noch selbst den Brauereien Widerstand.

Wie nötig es die Brauereien haben, bei dieser Gelegenheit gleich für eine neue Erhöhung ihres Profits zu sorgen, lehrt folgende Mitteilung, die laut Bericht des „Berl. Tageblatt“, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Berliner Brauerei Königsstadt in der Generalversammlung der Aktionäre machte: Der Mehrabsatz der Brauerei Königsstadt betrage seit dem 1. Oktober 1905 6000 Hektoliter, so daß die Brauerei, um nicht an der Grenze ihrer Produktionsfähigkeit zu stehen, zu einer Betriebserweiterung gezwungen sei. Daher solle die ebenfalls glänzend florierende Habelsche Brauerei angekauft werden. Die Habelsche Brauerei habe in den letzten Jahren durchschnittlich zirka 240 000 Mark Reingewinn erbracht. Demnach bezeichnete der Vorsitzende den Kaufpreis von 4 200 000 Mk. für die Habelsche Brauerei als vielleicht zu hoch! Es wird also von solchem Anlagekapital in Brauereien ein noch höherer Profit erwartet! Ganz besonderes Interesse verdient die Äußerung des Aufsichtsratsvorsitzenden, daß die Verwaltung der Königsstadt-Brauerei auf dem Standpunkt stehe, daß die Folgen der Brauerei in spätestens einem halben Jahre vom Brauereigewerbe überwunden sein würden. Er begründete das allerdings mit der Hoffnung, daß sich das Publikum an die erhöhten Bierpreise gewöhnen würde, aber angesichts der bisherigen Etappen im „Bierkrieg“, die für die Großbrauereien nur zu einem Teil günstig waren, mag diese Hoffnung als Grundlage einer finanziellen Berechnung wohl nicht ausreichen, und die Brauereiverwaltungen dürften wohl bessere Gründe haben, die Brauerei nicht allzu tragisch zu nehmen.

Und bei dieser Lage der Dinge suchen die Großbrauereien aus Anlaß der Steuer noch Extraprofite herauszuschlagen, die wahrlich nicht klein sind! In unserem Jwidauer Parteiblatt schreibt der über Brauereiverhältnisse wohl unterrichtete Parteigenosse R. Müller, dortiger Vertreter der organisierten Brauereigesellen, unter anderem:

„Die Brauereien, die im norddeutschen Brauereigebiete bis zum Jahre 1903/04 eine durchschnittliche Dividende von 7,61 Mark verteilen konnten, die sich im letzten Berichtsjahre nachweislich gesteigert hat, wissen ganz genau, daß sich der Steigerungsfäh durch Brauerei- und erhöhte Zollsätze im

Maximum auf höchstens 1,35 Mark pro Hektoliter beziffert, schlagen aber gleichwohl rund zwei Mark auf und überlassen den Gastwirten, den Beutzern auf die Taschen der Konsumenten zu vollenden.“

Wie einfach sich die Brauereien ihre Abrundung machen, geht aus folgender Rechnung hervor:

Ein Brauereibetrieb von 9000 Doppelzentnern Braustoffverbrauch und einem Ausstoß von zirka 60 000 Hektolitern unterliegt einer Mehrbesteuerung von zirka 60 000 Mk. Rechnet man, hoch gegriffen, die übrigen Pöllerhöhdungen für Gerste, Hopfen, Hafer, Pferde usw. mit 85 Pf. pro Hektoliter, so ergibt sich eine Gesamtbesteuerung von rund 80 000 Mark, der bei dem Aufschlag von 2 resp. 1 Mk. für Lager und Einfach eine Gesamtmehrerhebung von weit über oder sogar wir nur rund 100 000 Mk., also ein Ueberschuß von mehr als 20 000 Mk. zugunsten der Brauerei gegenübersteht.

Gering gerechnet! Wir wären, wenn uns für den Augenblick die Ausstößziffern der einzelnen Bierorten und deren Prozentgehalt der in Frage kommenden Jwidauer und Plauenischen Betriebe vorlägen, in der Lage, eine Rechnung aufzumachen, die der arbeitenden Bevölkerung ganz deutlich zeigen würde, wie ungenügend die Herren Unternehmer in der Sorge um ihre Dividenden sind.“

Sicherlich wird in allernächster Zeit auch für Berlin die Notwendigkeit sich herausstellen, diesen Beutzern der großkapitalistischen Brauer auf die Taschen der Konsumenten abzuwehren.

Die russische Revolution.

Auf zum alkrussischen Generalstreik!

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ruft das Proletariat des Reiches zum entscheidenden Kampf auf! Es ist kein anderer Weg mehr zur Freiheit, nachdem die Duma-Episode verlaufen ist, wie es die Sozialdemokraten vorausgesehen haben. Nur wenig hat das Komitee den Arbeitern zu sagen. Mit wenigen, aber um so schärferen Strichen wird die Situation umrissen und die Folgerung, die allein möglich ist, gezogen. Es ist die Sprache der Revolution, die keinen Raum hat für überflüssigen rhetorischen Schmud.

Der Aufruf lautet:

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der entscheidende Kampf hat angefangen. Die Reichsduma ist gesprengt und das Manifest des Jaren hat dem Volk erklärt: Ihr bekommt keine Freiheit, Ihr bekommt kein Land, Ihr werdet nicht erlöst von Euren Blutkäufern — Beamten. Die Sprengung der Reichsduma hat dem Volke endlich die Augen geöffnet. Daß und Mut haben die Herzen aller derer erfüllt, die in ihrer Kurzsichtigkeit irgend welche Hoffnungen auf die Regierung des Jaren gesetzt hatten. Die letzte Stütze der Regierung wankt. Kanonendonner ertönt jetzt in Sveaborg, Kronstadt und Reval. Es haben sich die Matrosen erhoben, es meutern die Soldaten in Wladikawkas und West-Sibirien.

Der entscheidende Kampf hat angefangen — der Kampf um die Macht. Jetzt ist es dem ganzen Lande offenbar, und keinerlei schönen Versprechungen wird man nun noch trauen. Das Volk hat von der Regierung des Jaren nichts mehr zu erwarten außer Betrug und Allokationen. Um den Weg zur Freiheit zu bahnen, ist es erst vor allem notwendig, die Regierungsgewalt aus diesen blutbesteckten Händen zu entreißen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr seid die ersten gewesen, die den Kampf für die Freiheit des Vaterlandes eröffnet haben. Ihr habt Millionen Herzen entzündet, Ihr habt das weite Volkmeer bis ins Innere ausgewälzt und in Bewegung gesetzt. Jetzt, im entscheidenden Moment, müßt Ihr in den ersten Reihen der Kämpfer stehen. Als die verbrecherische Regierung die Duma auseinanderjagte, lautete das Volk voll Ungeduld, was das Proletariat nun sagen würde. Beantwortet daher die Herausforderung der Regierung mit dem alkrussischen Ausstande, der zum Signal werden wird für den andröhnenden Kampf des gesamten Volkes.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die machtlose Reichsduma hat nicht vermocht, dem Volke die Freiheit, den Bauern Land zu geben. Das wird nur die alkrussische konstituierende Versammlung tun können, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts einberufen werden muß. Die machtlose Reichsduma hat ihre Machtlosigkeit erkannt, als sie den ersten Versuch machen wollte, Worte in Taten umzusetzen, als sie den ersten Schritt zum Volke tun wollte. Zwingt nun die Volksvertreter, diesen Weg zu verfolgen, zwingt sie, sich offen auf die Seite des kämpfenden Volkes zu stellen. Fordert von ihnen, daß sie dem Volke helfen, die Macht zu erringen und die verbrecherische Regierung zu stürzen; fordert sie auf, die Regierungsgewalt zu ergreifen und auf den Trümmern des Jarentums unverzüglich das Volk aufzufordern, seine Vertreter in die konstituierende Versammlung zu wählen.

Es lebe der allgemeine Streik!

Nieder mit der Regierung des Jaren!

Es lebe die alkrussische konstituierende Versammlung!

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Ueber die

Durchführung des Generalstreiks

in Petersburg liegen heute fast gar keine Meldungen vor. Daß der Streik doch nicht so unbedeutend ist, wie er gestern von verschiedenen Seiten hingestellt wurde, zeigen die krampfhaften Bemühungen der Regierung, ihn zu unter-

drücken, die Verhaftungen und blutigen Repressalien, zu denen sie greift.

Die wichtigsten der vorliegenden Depeschen lauten:

Petersburg, 6. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In einer von Redakteuren der Petersburger Zeitungen und Vertretern der Vereinigung der Druckereiarbeiter abgehaltenen Sitzung gaben die Druckereiarbeiter die Erklärung ab, daß sie während der Dauer des Ausstandes jeden Tag diejenige Zahl Arbeiter zur Verfügung der Herausgeber stellen wollten, die notwendig sei, um eine einzige Zeitung zu drucken, die lediglich zur Information dienen solle. Die Reihenfolge, in der die Zeitungen erscheinen sollen, wurde der Vereinbarung der Verleger überlassen. Als erste Zeitung wurde die „Wirkswaja Wjedemoſti“ gewählt, die morgen erscheinen wird.

Petersburg, 7. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Trotz des gestrigen Beschlusses der Zeyer, während der Dauer des Ausstandes nur immer so viele Arbeiter zur Verfügung der Herausgeber zu stellen, daß täglich eine Zeitung zur Information gedruckt werden kann, ist heute eine große Zahl von Zeitungen erschienen, deren Personal seine Angelegenheiten selbständig behandeln will.

Die Stadt war gestern, abgesehen von Unruhen auf der Sestorjez-Bahn ruhig. Die Ausstandsbewegung geht sichtlich rückwärts und kann als endgültig schlagelassen gelten, obgleich die Sozialdemokraten noch große Anstrengungen machen und behaupten, der Ausstand werde namentlich morgen durchgeführt.

Petersburg, 6. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In den staatlichen Pulverfabriken in Ohta, einer Vorstadt von Petersburg, ist ein Ausstand ausgebrochen und etwa 15 000 Mann haben die Arbeit niedergelegt. Die Ausständigen hielten einen nach Jernowla bestimmten Zug in der Nähe der Station Njebla an, und zwangen ihn nach Petersburg zurückzuführen. Truppen, die in Njebla eintrafen, feuerten zwei Salven ab und zerstreuten die Menge, ohne jemand zu töten oder zu verletzen. Mit der Bahn sind Truppen abgesandt worden, und die Verwaltung glaubt den Verkehr gegen Abend wieder aufnehmen zu können.

Petersburg, 7. August. (V. G.) In einer gestern abend abgehaltenen Eisenbahner-Versammlung wurde über den Ausstand beraten. 12 Mitglieder des Komitees der sozialistischen Partei sowie 23 Sozialisten wurden verhaftet. Ebenso wurden die Mitglieder des Komitees der Handelsangestellten anlässlich eines Meetings, in welchem über die Streikfrage beraten wurde, festgenommen. Wiederholt kam es zu Zusammenstößen zwischen Ausständigen und Polizei, wobei mehrere Personen getötet und viele verletzt wurden.

Roskau.

Roskau, 6. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gestern fanden im Volkshaus vier Versammlungen statt, um den politischen Ausstand herbeizuführen. Am besuchtesten war die Versammlung der Buchdruckerarbeiter. Die Versammlungen entschieden sich für den Ausstand. Der Ausstand geht ausschließlich von der sozialdemokratischen Partei aus, die Sozialrevolutionäre sind dagegen, da sie den Zeitpunkt für ungeeignet halten. Der Stadthauptmann ordnete an, falls der Ausstand beginnen sollte, die auswärtigen Arbeiter unverzüglich in ihren Heimatort geschickt werden sollen. Die Polizei ist eifrig bemüht, die Ansätze des Ausstandes aufzufinden. Die Arbeiter der Hülllager sind in den Ausstand getreten.

Roskau, 7. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Hier sind gestern einige revolutionäre Kundgebungen ohne Zwischenfälle verlaufen. Heute morgen streikten die Arbeiter auf der Kurster Bahn. In der Nähe des Güterbahnhofes wurde mit Revolvern auf das Personal von zwei Lokomotiven geschossen, aber niemand verletzt. Die Streikenden wurden von Militär auseinandergetrieben.

In der Provinz wird verschiedentlich versucht, politische Ausstände herbeizuführen.

Riga, 7. August. In Duh fand ein Kampf zwischen einer revolutionären Bande und sie verfolgendem Militär statt. Ein Revolutionär wurde erschossen, mehrere schwer verwundet. Der Rest wurde gefangen genommen.

Sewastopol, 6. August. In der Nacht zum 5. August klingelten einige Unbekannte an dem Haupteingang des Militärgerichtsgebäudes, in dem das Kriegsgericht seine Sitzungen abhält und das im Mittelpunkte der Stadt liegt. Auf die Frage des Wärters, wer da sei, erwiderten die Leute, sie brächten ein Telegramm für den Präsidenten des Kriegsgerichtshofes. Als nun der Wärtner öffnete, stürzten sich drei Männer auf ihn, banden ihn, verbanden ihm die Augen und ließen ihn dann unter Bewachung im Vorgimmer zurück. Darauf gingen sie in die Kanzlei und direkt an den Schrank, in dem die Aktenhülle betreffend die Plattenrevolte aufbewahrt werden, und die 20 diese Bände umfassen. Von diesen nahmen sie 18 fort, unter ihnen auch die Aktenhülle betreffend Leutnant Schmidt nebst allen Dokumenten, und entfernten sich damit.

Odeſſa, 7. August. In einer Felsenhöhle bei Balatowa wurde eine vollständig eingerichtete Bombenfabrik entdeckt. 60 Personen, meist Soldaten und Matrosen, die mit der Herstellung der Bomben beschäftigt waren, wurden verhaftet und unter starker Eskorte in die Zitadelle übergeführt.

Odeſſa, 7. August. Ein Polizeispion, der Revolutionären nachspürte, wurde von diesen ertränkt und totgeschlagen. Seine Leiche mit einer Liste der Revolutionäre wurde ihm abgenommen. Die Täter wurden nicht erwischt.

Odeſſa, 7. August, 5 Uhr 40 nachmittags. (Meldung der Russ. Korrespondenz.) Zwei Hooligans überfielen Juden auf der Straße und verletzten einen von ihnen Messerstücke. Passanten bemächtigten sich der Hooligans. Einer wurde nach Verletzung eines falschen Wortes als Schurmann entlarvt.

Die Bevölkerung ist gegenwärtig außerordentlich erregt, eine starke Agitation für den Generalstreik ist im Gange, der wahrscheinlich ausbrechen wird. Einige Regimenter der Garnison sind ebenfalls sehr unruhig. Die Sozialdemokraten suchen spontane Putzche zu veranlassen, doch sind solche bei der Stimmung der Bevölkerung nicht ausgeschlossen.

Ungeachtet der strengsten Regierungsmaßnahmen werden kolossale Mengen des Wibarger Aufruhrs der Dumamitglieder verbreitet. Die Sozialrevolutionäre arbeiten rege auf dem Lande.

Die Regierung versucht wieder einmal, sich vor der Öffentlichkeit liberal zu drapieren. Ueber Paris wird folgende Meldung verbreitet:

Aus Petersburg wird berichtet: Stolypin, überzeugt, daß eine frühere Einberufung der Duma notwendig ist, versucht augenblicklich den Zaren zu bewegen, die Duma für den 1. September dieses Jahres (a. St.) einzuberufen.

Direkt aus Petersburg wird eine längere Meldung verfaßt, wonach der Plan, „herborragende Persönlichkeiten“, d. h. Nichtbureaucraten für den Eintritt in das Kabinett Stolypin zu gewinnen, gescheitert sei an Hindernissen, die außerhalb des Willens der Regierung lagen und außerhalb desjenigen der erwähnten Persönlichkeiten.

Fürst Lwow und Gutschkow hätten in einer Audienz dem Zaren erklärt, unter dem Gesichtspunkte einer friedlichen Durchführung von Reformen sei ihre Tätigkeit in dem ihnen gewohnten Wirkungstreife nützlicher, da sie so eher alle besonnenen und sozialgefinnten Elemente zur Mitwirkung heranziehen könnten. Die Regierung, so wird weiter berichtet, werde energisch die Ordnung wieder herstellen, und sie habe die Macht dazu. Außerdem will sie „mit Festigkeit und Ent-

schlossenheit wohlwollende Reformen vorbereiten und unverzüglich im Rahmen der Befehle zur Verwirklichung bringen, die dazu angetan sind, das Leben in Rußland in gesetzmäßigen Bahnen zu erhalten“.

Zu diesen Reformen gehört wahrscheinlich das Projekt, das nach dem „Russ. Kurier“ der Finanzminister augenblicklich ausarbeitet, das Projekt der Arbeitslosenversicherung für die russischen Arbeiter, eine unerschämte Spekulation auf die Leichtgläubigkeit.

Schließlich erklärt die Petersburger Telegraphen-Agentur die „Tag“-Meldung von der Verhaftung der 300 Nadelsticker zu Kronstadt für ganz unbegründet. Die Untersuchung sei noch nicht beendet. Es ist eine Preisfrage, ob man mehr Glauben schenken soll, dem sensationshungrigen Korrespondenten des sensationshungrigen Scherblattes oder der zum Lügen verpflichteten Telegraphen-Agentur der russischen Mut-Regierung. Wenn die letztere diesmal die Wahrheit sagt, so wäre am Ende auch Genosse Michailitschenko noch am Leben.

Eine sehr kühne Behauptung stellt das Londoner Blatt „Reynolds News Paper“ auf. Es veröffentlicht einen sensationellen Artikel, demzufolge ein Einverständnis zwischen den internationalen jüdischen Finanzleuten erzielt worden sei, die russischen Revolutionäre mit Geldmitteln zu unterstützen zu dem Zweck, einen Wechsel des jetzigen Regimes herbeizuführen. Es soll eine Einigung auf der Basis erzielt worden sein, auf Grund welcher die neue Regierung alle Schulden des Kaiserreiches dem Auslande gegenüber anerkennen soll.

Die Behauptung klingt sehr romanhaft, obgleich auch vom Standpunkt der Finanziere eine solche Abmachung wahrscheinlich gescheitert wäre, als dem Zaren weiter zu pumpen. Aber wir trauen den Geldkapitalisten den Mut zum Fassen eines solchen revolutionären Entschlusses nicht zu und wir fragen uns, ob die Meldung nicht etwa, wenn sie nicht eine einfache Ente ist, von den russischen Reaktionen lanciert worden ist, um die russische Bevölkerung gegen die russischen Juden aufzureizen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. August.

Bobbielski der Schweiger.

Unter dieser Stichmarke widmet das „Berl. Tagebl.“ dem sich hartnäckig ausschweigenden preussischen Landwirtschaftsminister einen Leitartikel, um ihm endlich Reue über sein Verhältnis zur Tuppel-Literei zu entlocken. Der Artikel schließt:

„Es handelt sich hierbei um eine Frage der öffentlichen Moral. Die Firma Tuppel u. Co. ist in den bedenklichen Verdacht geraten, sich durch unzulässige Mittel ein Monopol der Lieferung für die deutschen Kolonien verschafft zu haben. Schon aus diesem Grunde wäre es anstößig, wenn ein aktiver Minister an der Firma, sei es auch nur indirekt, beteiligt bliebe. Ueberhaupt aber gilt es bisher in Preußen als Grundsatz, daß ein Minister seine Beziehungen zu Handelsgeschäften zu lösen habe. Wie steht es mit Herrn v. Bobbielski? Sind die Behauptungen, daß er in Verbindung mit der Firma Tuppel u. Co. steht, falsch? Darüber Aufklärung in vollem Umfange zu erhalten, darf die Öffentlichkeit mit Recht fordern. Und auch der Regierung wird es nur willkommen sein, endlich einmal offen Farbe zu bekennen, schon weil sie sich sagen muß, daß anderenfalls das Vertrauen zu ihr aufs Bedenklichste untergraben werden muß. Schon bisher hat sich ergeben, daß die Korruption in unserer Kolonialverwaltung viel weiter um sich gegriffen hat, als es selbst die ärgsten Pessimisten sich hätten träumen lassen. Um so mehr muß man hoffen, daß es Herr v. Bobbielski gelingt, sein Verhalten vor aller Welt als lauter hinzustellen. Dazu ist aber die erste Bedingung, daß er das rätselhafte Schweigen bricht, das er bisher allen Enthüllungen über die Minderheiten der Firma Tuppel u. Co. entgegengekehrt hat.“

Bobbielski, der, wie ja das „Berl. Tagebl.“ selbst anführt, wiederholt erklärt hat, daß die Presse für ihn Luft sei, wird sich wohl auch fernerhin ausschweigen. Die öffentliche Meinung ist ihm wie ja auch anderen Ministerkollegen höchst gleichgültig, solange nur die „einzige für ihn maßgebende Stelle“ an seinem Verhalten keinen Anstoß nimmt. Dafür ist ja Preußen ein „konstitutioneller“ Staat!

Dafür beginnen sich jetzt halbhoftige Federn für den bedrängten Bod eifrig in Bewegung zu setzen. So gibt das Scherl-Blatt eine lange Darstellung über das Verhältnis Bods zur Firma Tuppel, die „auf Informationen von besonderer Seite“ beruhen soll.

Nach dieser Darstellung ist die Firma Tuppel seinerzeit dergestalt zustande gekommen, daß Tuppel und Bobbielski je 30 000 M. zusammenschossen, „um ein Ausstattungs-geschäft für Kolonialzwecke zu begründen“. Es heißt dann weiter:

„Diese Mittel reichten nicht aus, um sofort ein eigenes Geschäftshaus zu errichten, deshalb wurde das Lager im Hause des Offiziervereins untergebracht. Die Haupttätigkeit bestand nunmehr in der Herstellung von Kaffi-Drehtangagen, die bisher von England hatten bezogen werden müssen, wie überhaupt die ideale Seite des Geschäfts in dem Streben lag, die deutsche Kolonialabteilung vom Auslande unabhängig zu machen. Es kam nun für die junge Firma darauf an, langfristige Verträge mit der Regierung abzuschließen, um ihre Entwicklung sicher zu stellen. Rajar Fischer, der als Oberleutnant abgegangen und später der Wischmann-Expedition als Hauptmann beigegeben war, wurde seinerzeit der Kolonialabteilung zugeteilt. Er war von Afrika her mit Tuppel u. Co. bekannt und war beim Abschluß der langfristigen Lieferungsverträge mittäglich die bald zustande kamen, ohne daß damals eine pelunäre Abhängigkeit Fischers von Tuppel u. Co. bestanden hätte. Da die Lieferungen für Afrika auf Jahre gesichert waren, konnte das Geschäft nach der Potsdameritfrage 127-128 verlegt werden. Nunmehr trat General v. Bobbielski in den Staatsdienst zurück. Infolgedessen mußte sein Verhältnis zur Firma anders geregelt werden. Zunächst versuchte man das Geschäft zu verkaufen, fand jedoch niemand, der auch nur annähernd eine annehmbare Summe zahlen wollte. Schließlich gelang es, Herrn Kommerzienrat Hecht, Wischmann und den Kaufmann Reichel zu bestimmen, als Teilhaber einzutreten. Wischmann tat dies hauptsächlich, um die Unabhängigkeit vom Auslande weiterhin gewährleisten zu sehen. Der Vertrag zwischen den Teilhabern, zu denen an Stelle ihres auscheidenden Mannes Frau v. Bobbielski trat, wurde jedoch nur bis 1908 geschlossen, weil sie sich nicht dauernd dem in seinem Abgang unsicheren und fortwährend schwankendem Geschäft verpflichten wollten. Zweifellos hat aber weder die Teilhaberin Frau v. Bobbielski noch ihr Gatte von den Darlehensangelegenheiten etwas gewußt. Der Landwirtschaftsminister hat vielmehr erst durch Zeitungsmitteilungen davon Kenntnis erhalten, unterbrecht infolgedessen seinen Urlaub, bestellte in Berlin Herrn v. Tuppel u. Co. zu sich und forderte Aufklärung, die ihm in derselben Weise gegeben wurde, wie sie später von der Firma Tuppel u. Co. in der Presse bekannt gemacht worden ist. Der

Minister war als Mann der Firmateilhabe sehr zurückhaltend. Uebrigens hat Herr v. Bobbielski, um ganz korrekt zu verfahren, als erster im Jahre 1900 an Stelle der Gütergemeinschaft mit seiner Frau um dem für ihn zuständigen Amtsgericht in Berlin die Gütertrennung eintragen lassen. Der Minister dürfte die Hineinziehung seiner Person mehr als einen Ausfluß der Antipathie gewisser Kreise gegen seine Person auffassen, was ihn indessen kaum abhalten wird, die weitere Entwicklung der Angelegenheit in aller Ruhe abzuwarten.“

Wie schmächtig ist doch die patriotische Haltung der Teilhaber der Firma Tuppel u. Co. verkannt worden! Nicht ums Geldverdienen war es ihnen bei ihrer Gründung zu tun, sondern hauptsächlich um die „ideale Seite“, nämlich um die Lieferungen einer deutschen Firma zuzuwenden. Der Abschluß der langfristigen Monopolverträge sollte nur der vaterländischen Produktion zugute kommen, beileibe aber nicht in Gestalt von Millionengewinnen den Herren Geschäftsteilhabern!

Aber Bobbielski ist nicht nur ein selbstloser Förderer der heimischen Produktion — die 80- bis 100prozentige Mafkergebühr der Firma war nur eine bescheidene Belohnung für das Gründerrisiko der Herren Aktionäre —, sondern auch ein vorsichtiger Geschäftsmann. Als seine Frau seinen Geschäftsanteil übernahm, gab er ihr den Rat, sich nur bis zum Jahre 1908 zu verpflichten. Man konnte ja nicht wissen, ob die Monopolverträge bis in alle Ewigkeit weiterlaufen würden. Würden diese Verträge aber gelöst, so konnte die Dividende unter Umständen recht schmal werden. In einem solchen Falle war es besser, das Kapital anderweitig gewinnbringender anzulegen. Die Familie Bobbielski hatte ja genug „Opfer“ für die heimische Produktion gebracht!

Man sieht, diese „Verteidigung“ Bobbielskis ist eine ungemein glückliche!

Geistige Elendstatistik und preussische Kulturschmach.

Zur Ermittlung der Grenze zwischen normaler Geistesverfassung und offenbarem Schwachsinn werden seit längerer Zeit von der Medizinischen Abteilung des preussischen Kriegsministeriums Untersuchungen angestellt. Man hat zu diesem Zweck ein aus 55 Nummern bestehendes Schema aufgestellt, das einfache Wissensfragen mit Urteilsfragen abwechseln läßt. Zum Beispiel: Woraus wird Brot gemacht; wieviel Weine hat der Kaiser; wann werden die Blätter weiß; welches ist der Unterschied zwischen Fluß und Teich; was ist das Gegenteil von Tapferkeit; nennen Sie ein Beispiel von Dankbarkeit und von Reib usw. Weiter hat der Prüfling eine ihm erzählte kurze, einfache Geschichte wiederzugeben und dabei zu behaupten, daß das Wesentliche richtig erzählt ist. Den Schluß des Examins bilden zwei Aufgaben nach der Ebbinghauschen und der Masselonischen Methode. Die eine besteht darin, daß aus einer einfachen Erzählung einzelne Sätze und Wörter weggelassen sind und vom Leser sinngemäß ergänzt werden müssen, zum Beispiel: „Es war — mal ein Sold—, der hat— dem Kön— lange J— treu ged—; als ab— der Kr— zu Ende war und der S— der Helen Bun— wegen, die — empf— h—, — weiter dienen kon—...; nach Masselon soll der Prüfling aus drei ihm genannten Wörtern einen Satz bilden, zum Beispiel Jäger, Hase, Feld; Vogel, Baum, Rest.“

In der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichten neuerdings Schulze und Rißs über eine von ihnen an Greifswalder Soldaten angestellte Prüfung, die in mancher Hinsicht recht bemerkenswerte und überraschende Ergebnisse zutage förderte. Das Material bestand aus je 100 Rekruten und älteren Mannschaften eines dortigen Infanterieregiments, denen zur Vermeidung jeglicher Befangenheit von einem Zivilarzte die zusammengestellten 55 Fragen vorgelegt wurden. Alle Fehlerquellen schaltete man durch die Art der Versuchsanordnung nach Kräften aus. Die Antworten der meist aus Pommern und Posen stammenden jungen Leute lassen zunächst leider keinen Zweifel darüber, daß es bei vielen nicht nur um die Schulbildung, sondern überhaupt um die allgemeine Entwicklung des Verstandes und der Denkfähigkeit recht traurig bestellt ist. Ueber Fragen, die einem halbwegs klugen zwölfjährigen Kinde kaum irgend welche Schwierigkeiten bereiten würden, stolperten Dutzende von zwanzigjährigen Soldaten. Ein Rekrute und acht Soldaten wußten die Farbe der Zehnpfennig-Driefmarke nicht anzugeben; volle 76 unter 200 Prüflingen bezeichneten, ohne etwa farbenblind zu sein, die Zehnpfennigmarke als blau. Von 100 älteren Soldaten hatten 48, von 100 Rekruten 68 die Punkte einer kleinen, leichtsätzlichen Anekdote nach einmaligem Hören nicht begriffen. Eine geradezu kindlich einfache Rechenaufgabe wurde von nicht weniger als 88 Soldaten falsch gerechnet, und gar ihrer 113 konnten kein passendes Beispiel von Reib nennen. Nur 34 Soldaten und 20 Rekruten ergänzten das der Ebbinghauschen Methode zugrunde gelegte Beispiel sinngemäß, und nur 106 Examinanden waren imstande, das Gegenteil von Tapferkeit zu bezeichnen; die anderen redeten von Untapferkeit oder ganz sinnlos von Mut, Gehorsam, Treue usw., indem sie den Begriff des Wortes „Gegenteil“ völlig verkannten.

Wiederum also stellt sich gerade bei den aus dem Junkerparadies stammenden Soldaten eine beispiellose Unwissenheit und Unintelligenz heraus! Da man doch nicht annehmen kann, daß diese Soldaten seit ihrer Schulentlassung nicht nur ihre arbeitsamen paar Schulkenntnisse völlig verwirgt hätten, sondern auch in all-gemeinen geradezu verblödet seien, kann der unbegreifliche Grad ihrer geistigen Zurückgebliebenheit doch nur auf die Minderwertigkeit der ostelbischen Schulzustände zurückzuführen sein.

Daß diese Schulzustände aber gerade in den Domänen des Junkertums völlig trostlos sind, das beweist eine Schilderung schlesischer Schulzustände, die die „Düsseld.“ gibt. Das Blatt schreibt: Im Kreise Habelschwerdt werden in dem auch Touristen wohlbekannten Bälfelsgrund von einem Lehrer 152, in Schwandorf von vier Lehrern 573 Schulkinder unterrichtet, wofür die Lehrer 1000 Mark Grundgehalt und alle drei Jahre bare 120 Mark Zulage erhalten; — Patron ist Prinz Adreht von Preußen. — In Wielgut, Kreis Dels, unterrichten zwei Lehrer 199 Schulkinder; Patron ist der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen. — In demselben Kreise kommen in Ellgut 135 und in Rorschlitz 131 Kinder auf eine Lehrkraft; Patron: der König von Sachsen! Doch selbst da, wo die Breslauer königliche Regierung die Patronatsrechte ansüßt, ist es nicht besser. So kommen in Gorkau, Kreis Schweidnitz, auf einen Lehrer 165, in Polnisch-Hammer, Kreis Trebnitz, 146, in Keuhendorf, Kreis Waldenburg, 153 und in Carlowitz, Kreis Breslau-Land, 160 Kinder. Die obigen Landesherren, wie die Pflz, Hochberg, Heddebrand und andere folgen natürlich diesem Beispiele. Darum waren im Wintersemester 1904—1905 im Regierungsbezirk Breslau 132 Schulen, in denen mehr als 90 Kinder auf eine Lehrkraft entfielen.

Es ist eine Schmach für Preußen, daß solche Zustände existieren. Und obendrein sieht eine Besserung nicht zu erwarten. Denn die vom preussischen Kultusminister empfohlene und bereits

energisch praktizierte künstliche Herabdrückung der Lehrer-gehälter kann den Zustrom zum Lehrerberuf nur noch mehr ein-dämmen! Die Zahl der preussischen Schulen, in denen auf eine Lehrkraft 100-200 Kinder entfallen, wird sich in den nächsten Jahren aller Wahrscheinlichkeit noch vermehren! Dafür werden für Marinepielerien und Kolonialpolitik Hunderte und aber Hunderte von Millionen zum Fenster hinausgeworfen! —

Deutsches Reich.

Gesellschaften Monopolien.

Die „Germania“ macht folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die „Freisinnige Zeitung“ schrieb dieser Tage: Es hat seinerzeit einiges Aufsehen erregt, daß Geheimrat Hellwig sofort nach seiner Verabschiedung in den Aufsichtsrat der Eisenbahn-Vereinigung Lenz eintretet, die u. a. den Bahnbau-Länder-Vertrag ausführt. Hierzu wird uns von gut informierter Seite geschrieben, daß Geh. Rat Hellwig sich nicht um den Posten eines Aufsichtsrats bedorben hat, daß seine Wahl vielmehr der Intervention des verstorbenen Staatssekretärs Freiherrn v. Richthofen zu verdanken ist. Letzterer hat sich im Dezember v. J. kurz nach Bewilligung der Kububahn bei Herrn Geh. Rat Lenz, der sich schon früher sehr generös gegenüber Herrn v. Richthofen gezeigt hatte, persönlich um diesen Aufsichtsratsposten für Herrn Hellwig bedorben, und es ist ihm damals auch die Zusage gemacht worden, daß der letztere nach seinem Ausscheiden aus dem Dienste in den Aufsichtsrat gewählt werden solle.

Solche Fälle des Eintritts aus dem Dienste ausscheidender Beamten und Offiziere sind übrigens nichts Außergewöhnliches. Die großen Lieferungen der Marineverwaltung werden fast ausschließlich an Ringe von Unternehmern vergeben, denen tatsächlich ein Monopol geschaffen ist, vielleicht nicht ohne Schuld der Verwaltung selbst, die neuen Angeboten gegenüber sich oft gänzlich ablehnend zeigt, oder doch Bedingungen stellt, die einer Ablehnung gleichkommen. Wenn nun im Falle Hellwig darauf hingedeutet wird, daß in der Wahl desselben in den Aufsichtsrat der Lenz-Gesellschaft, die ihm vielleicht 1000 oder 2000 M. jährlich einbringt, eine Art Gratifikation erblickt werden könnte, so müßte dies noch weit mehr zutreffen in dem Falle eines Offiziers, dem sofort nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst Aufsichtsratsstellen bei den Gesellschaften, mit denen er vorher dienstlich zu tun hatte, mit Erträgen in Höhe von 20-30 000 M. jährlich zufließen. Es fragt sich, ob solche Fälle überhaupt als anständig und unzulässig anzusehen sind, weil die Zuwendungen, vorausgesetzt, daß man eine Aufsichtsrats-Sinikure als solche betrachten kann, ja erst nach dem Ausscheiden aus dem Dienst in Kraft treten, also mit dem dienstlichen Verhalten des Bestreffenden keinen Zusammenhang haben.

Für die Gesellschaften, welche frühere Minister, Staatssekretäre, hohe Beamte und Offiziere in den Aufsichtsrat nehmen, bedeutet diese Wahl auch gar kein Opfer, wohl aber schafft sie ihnen gute Konnexionen, die mitunter, insbesondere wenn es sich um neue Erfindungen oder um Fabrikate handelt, welche in Staats- oder Reichsbetrieben und Verwaltungen Absatz finden, von sehr großem Werte sind. Im Reichstag ist wiederholt verhandelt worden, gegen das Monopolsystem, welches einzelnen Firmen ungeheure Vorteile zuwendet, anzukämpfen, man stieß dabei jedoch auf große Schwierigkeiten nicht allein bei den betreffenden Verwaltungen, sondern bezeichnender Weise auch bei den einzelnen Parteien, welche sich des herrschenden Systems mit großer Wärme annahmen. Es sei hier nur an das Geschützmonopol, an den Pulverring, die Panzerplattenlieferungen erinnert; derartige Verhältnisse lassen sich heute in großer Zahl nachweisen. Die Ursachen, weshalb seitens einzelner Verwaltungen die Monopolwirtschaft begünstigt wird, sind grundverschieden und in den meisten Fällen sehr schwer nachzuweisen; selbst den Chefs der Verwaltungen fällt es schwer, in diese Verhältnisse einen klaren Einblick zu erhalten — was gewiß „hief bliden“ läßt.

Die „Germania“ beleuchtet hier sehr vorsichtig zwar, aber für denjenigen, der zwischen den Zeilen zu lesen vermag, doch deutlich genug ein Begünstigungssystem einzelner Monopolfirmen, das beweist, wie unheimlich und unausrottbar tief sich die Korruption in unsere ganze Staatsverwaltung eingetieft hat! —

Soldaten als Erntearbeiter.

Wie aus einer amtlichen Bekanntmachung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen hervorgeht, hat auch das Generalkommando des IV. Armeekorps einer ganz bedeutenden Zahl von Soldaten Ernterurlaub von 10-14 Tagen gewährt. Die Zahl der Erntearbeiter, so betont diese Bekanntmachung, sei in diesem Jahre eine viel größere als in früheren Jahren. Seien in diesem Jahre doch bereits 822 Mann beurlaubt, davon 732 zu ihrem eigenen Angehörigen. Weitere 102 Mann ständen noch zur Verfügung. Die Söhne resp. nächsten Verwandten der um Ernterurlaub nachsuchenden Landwirte würden von den Regimentern direkt abgegeben; die übrigen Gesuche seien der Landwirtschaftskammer zu überweisen, die ihrerseits die Vermittlung mit dem Generalkommando übernehme.

Wir haben schon vor etlichen Tagen darauf hingewiesen, daß es ein Anfang sei, den Agrariern Soldaten als Rohndeliver der ohnehin elend entlohnten Landproletarier zu überweisen. Aber auch an solche Soldaten, die in der eigenen Wirtschaft tätig sind, ist der Ernterurlaub eine einseitige Begünstigung der aus landwirtschaftlichen Kreisen stammenden Mannschaften. Wir haben allerdings nicht das mindeste dagegen, daß man der Bevölkerung die militärische Dienstpflicht nach Kräften erleichtert. Das sollte aber in einer alle Dienstpflichtigen gleichmäßig treffenden Weise geschehen: nämlich durch eine Herabsetzung der noch viel zu langen Dienstzeit. Wenn vielen Tausenden von ländlichen Dienstpflichtigen jährlich auf mehrere Wochen Ernterurlaub gewährt werden kann, ohne daß deren militärische Ausbildung darunter leidet, und wenn viele Tausende anderer Mannschaften als Offizierskandidaten für alles spielen können, so ist das ein schlagender Beweis dafür, daß die Dienstzeit allgemein ganz erheblich herabgesetzt werden kann! Darum fort mit dem Ernterurlaub und her mit der einjährigen Dienstzeit! —

Die Folgen der neuen Steuerpolitik machen sich bereits bemerkbar. Wie aus Dresden gemeldet wird, sind infolge der Einführung der Zigarettensteuer eine große Anzahl Frauen und Mädchen, die viele Jahre hindurch in der Kartomagenbranche mit der Herstellung von Zigarettenpackungen beschäftigt waren, schon seit Wochen arbeitslos geworden und haben keine Aussicht, in nächster Zeit wieder eingestellt werden zu können! —

Zur Fleischsteuerung. Das statistische Amt in Düsseldorf veröffentlicht jetzt die Zahlen über Schlachtungen und Preisnotierungen im städtischen Schlachthof vom Monat Juni d. J. Interessant ist eine Gegenüberstellung der Zahlen mit dem Monat Juni des Vorjahres; obwohl damals die Fleischpreise sehr hoch standen, sind dieselben noch gestiegen und der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung dadurch zurückgegangen. Der Fleischverbrauch betrug auf den Kopf der Bevölkerung im letzten Juni 4,80 Kilogramm gegen 5,07 im Juni 1905.

Es wurden bezahlt für 50 Kilo Schlachtgewicht:

Läusen	75-82 M. gegen 71-79 M. im Vorjahre.
Vullen	70-70 „ „ 61-68 „ „ „
Rübe	68-75 „ „ 68-71 „ „ „
Kälber	78-96 „ „ 68-85 „ „ „

Die Schweine waren pro 50 Kilo Lebendgewicht um 1 M. im Preise gestiegen.

Dagegen war im Detailhandel das Pfund Schweinefleisch um durchschnittlich 6 Pf. teurer als im Juni 1905, es wurde von 68 bis 100 Pf. für das Pfund gezahlt.

Läusenfleisch kostete pro Pfd.	71-85 gegen 68-81 Pf.
Rühfleisch	68-77 „ „ 64-71 „
Kalbfleisch	84-90 „ „ 76-90 „
Hammelfleisch	89-94 „ „ 68-85 „

Die agrarische Zollpolitik kommt in diesen Ziffern trefflich zum Ausdruck! —

Hänge-Peters ist vor einigen Tagen wieder aus Südafrika heimgekehrt und sprach am Montagabend in Hannover in einer Versammlung zu seinen „engeren Landsleuten“ über seine letzten Erlebnisse in Südafrika. Daß Dr. Karl Peters diese Gelegenheit benutzen würde, um sich wieder einmal als unentbehrlich hinzustellen, war voranzusehen. Daß die deutsche Kolonialpolitik in den Sumpf geraten, schreibt Peters der Weltregierung zu. Die Wuren, die von deutscher Seite am Kilmansbharo angeheißelt waren, haben das Gebiet wieder verlassen und ihm auf seine Frage: warum? geantwortet: „Mit den verdammten Deutschen ist nicht zu leben, die regieren zuviel!“

Trotzdem meint Peters, die Mißerfolge seien es nicht, die unserer Kolonialpolitik schaden, was uns am meisten schade, sei das — Vreitreten der Kolonialstandale, das Ergötzen an den Skandalen. Das Ausland lese das und meine, wunder was für eine Verbredernation wir seien. In England halte man die deutsche Kolonialpolitik schon für gescheitert. Es soll also alles, auch seine Schandtaten, mit dem Mantel der Liebe zugedeckt werden, dann wäre unser Hänge-Peters ja auch noch der große deutsche Kulturpionier, für den er sich noch heute hält.

Den jetzigen Zeitpunkt, wo neue Schandtaten bekannt werden, hält er offenbar für geeignet, seine Rehabilitierung wieder durchzuführen. Darum betonte er besonders, daß er nicht für englisches Kapital arbeite, sondern für deutsches, auch stehe er nicht in englischem Solde. Also ein guter Patriot ist er geblieben trotz alledem. Das soll seinen Versuchen sich als unschuldiges Opfer der Kolonialstandale hinzustellen jedenfalls seiner Meinung nach besonders förderlich sein. Dann zog er gegen den Genossen Vebel los. Daß er auf Vebels Ausführungen im Reichstage erst vier Monate später geantwortet, liege daran, daß er nur zufällig in Südafrika im „Hamburger Fremdenblatt“ Vebels Rede gelesen; er habe aber dann sofort an die „Post“ geschrieben. Wörtlich führte er gegen Vebel dann das Folgende aus:

„Herr Vebel hat meine Abwesenheit in Südafrika bemerkt, um mich im März d. J. unter dem Schutze seiner Reichstagsimmunität von neuem mit Schmutz zu bedecken. Seine Behauptungen vom März d. J. sind genau so unwahr wie die im März 1896 waren, als er Reichstag und öffentliche Meinung durch plumpe Erfindungen gegen mich erregte. Ich fordere den Herrn hierdurch öffentlich auf, das zu tun, was in England für eine ganz selbstverständliche Anstandsspflicht gilt, nämlich seine Verleumdungen im Reichstage außerhalb desselben zu wiederholen, damit ich mich dagegen verteidigen kann. Sollte er sich diesem Verlangen entziehen, so wird er vor der gesamten zivilisierten Welt als Verleumder dastehen, und ich werde dafür sorgen, daß man ihn als solchen erkennt.“

Ueber den Prozeß gegen Vebel will Peters jedenfalls wieder in die deutschen Kolonialdienste eintreten, er hält sich selbst offenbar für besser als die jetzigen Pioniere deutscher Kultur in Afrika. Ein Kolonist, Herr S. H. S. Schleiden meinte dem auch, wir hätten Männer nötig, wie Peters; in Deutschland hätten wir keinen, den wir ihm an die Seite stellen könnten! — Wenn also derartige Leute, wie Hänge-Peters, als koloniale Kulturträger nötig sind und über alle anderen hervortreten, dann ist zu begreifen, daß das Ausland dem Gedanken, den Peters mit „Verbredernation“ ausdrückte, immer mehr Raum gibt. —

Der badische Landtag fand am Montag seine Erlösung von einer aufreibenden Arbeit in der Sommerpause. Nahezu acht Monate sitzen, so schreibt man uns aus Baden, die Landboten beisammen; die zweite Kammer brachte es schon zu 146 Sitzungen, das Oberhaus kann der außerordentlichen Leistung von 40 Tagungen sich rühmen. In der jüngsten Zeit wurden, nachdem der Etat unter dem Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion eingeheimt worden war, noch eilige Gesetze verabschiedet. Es konnte niemand dem Vorwurf der Linken entgehen, daß bei dieser Eile und unter dem Einfluß einer geradezu tropischen Hitze nichts Reiferhaftes in der Gesetzgebung geleistet werden kann; ein großer Teil der Abgeordneten ist außerstande, die täglich eingelassenen Drucksachen der hastenden Kommissionen zu lesen oder zu prüfen. Alle Versuche, eine Nachsitzung im Oktober zu veranstalten, scheiterten am Widerspruch der Regierung oder, besser gesagt, an der mangelnden Energie der bürgerlichen Parteien, die Verlagerung zu erzwingen. Das Interesse an den Verhandlungen schwand immer mehr, wie die mangelhafte Besetzung des Hauses zeigte; die Debatten erhoben sich nicht mehr zur üblichen Lebhaftigkeit. Nur wenn etwas Kulturelles mit unterließ, entstand in der Volkstammer ein höherer Wellenschlag. Zuletzt war dies der Fall im Interesse der Volksschullehrerschaft. Die Sozialdemokraten versuchten, in die Novelle zur Gemeinde- und Städteordnung eine Bestimmung zu bringen, welche den Einfluß der Weislichkeit in den örtlichen Schulkommissionen durch eine angemessene Vertretung der Lehrerschaft brechen mußte. Diesem Vorhaben traten Ultramontane und Konserbative entgegen; aber auch die Nationalliberalen, welche sich das ein Argument der Schwärzen aneigneten, daß man das Gute dann nicht fördern darf, wenn's aus der sozialdemokratischen Initiative hervorgeht, widerstrebten und suchten einen feigen Ausweg. Sie ließen die Abstimmung vertagen und brachten — zur dilatorischen Behandlung der Sache durch Verschiebung auf einen späteren Landtag — eine Resolutions-Bitte an die Regierung ein. Durch den unbedingten Widerspruch des Zentrums und bei einer nicht gerade logischen Taktik unserer Genossen kam nichts Praktisches zustande. Erwähnt muß werden, daß außer den Demokraten nur ein einziger Liberaler, ein Mitglied des großherzoglichen Oberschulrates, für beide Anträge der Sozialdemokraten stimmte. Minister Schenkel gab übrigens die Versicherung ab, daß er auf dem Wege der Berordnung dazu beitragen wolle, den Lehrern mehr Einfluß in den Schulkommissionen zu verschaffen.

Am Sonnabend brachte eine Interpretation des § 49 unseres badischen Elementar-Unterrichtsgesetzes eine neue Gelegenheit für unsere Kammerfraktion, den Einfluß der Weislichkeit auf den Ausfall der Unterrichtsstunden zu bekämpfen. Leider versagte die Konsequenz der Liberalen zu einer gründlichen Beseitigung auch dieses Konfliktes zwischen Lehrerschaft und Pfaffenstum. Bei diesem Anlaß kam auch der Konstanzer Raiffeisenschulurlaub zur Sprache.

Zu einer letzten großen Debatte führt vielleicht der Protest gegen die Regierung wegen Verkleinerung der Wasserkräfte des Oberrheins an die private Spekulation.

Ausland.

Oesterreich.

Beleidigung toter Majestäten. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtete dieser Tage: In einem Gasthause in Bozlowitz war am 4. Juni ein lustiger Abend. Bei einem Tische saß eine Gesellschaft, die sich vorzüglich unterhielt. Der 33jährige Hausknecht Ramboulet erzählte u. a. eine Anekdote über die Kaiserin Maria Theresia, die er beim Militär gehört hatte. Durch irgend einen Zufall kam sie dem Staatsanwalt zur Kenntnis und der erbot die Anklage wegen § 64 Strafgesetzbuch, Verletzung der Ehrfurcht vor dem Mitglied des Kaiserhauses, der vor 125 Jahren verstorbenen Maria Theresia. Und das Gericht sprach den Mann schuldig und verurteilte ihn zu einem Monat schweren Kerkers!

In Deutschland ist dergleichen bekanntlich auch möglich, wie vor kurzem erst der Prozeß des Genossen Kreinin gezeigt hat. Allerdings

bestraft man in Deutschland nicht wegen Beleidigung der toten Herrscher, so gut haben's die deutschen Juristen nicht, daß ihnen das Strafgesetzbuch dies wie in Oesterreich erlaubt. Indes, man weiß sich in solchen Fällen zu helfen, man entdeckt, daß durch die Mitteilungen aus dem Leben seiner erlauchten Vorfahren der lebende Monarch beleidigt werden sollte. So geht's! —

Ungarn.

Die Koalitions-korruption.

Das magharische Klassenparlament hat sich bis Mitte Oktober l. J. vertagt. Da es noch keine großen Leistungen aufzuweisen hat und viele Reformen, die dem Lande heilig versprochen wurden, noch der Verwirklichung harren, auch von Ermüdung der Abgeordneten nicht die Rede sein kann, so ist die Eile auffällig. Die Abgeordneten aber waren nicht mehr zu halten; im ganzen Parlament konnten keine 20 Unterschriften gefunden werden zu einem Antrag auf Abhaltung einer weiteren Sitzung, damit dem erpressenden Honvedminister Gelegenheit geboten werde, sich zu rechtfertigen. Das Parlament ließ sich vielmehr mit der nichtsagenden Erklärung Belerles abspresen, welche — wie nunmehr authentisch festgesetzt ist — vollkommen erlogen war. Die Mitglieder der Koalitionsparteien wählten, daß sie dem Honvedminister einen großen Gefallen taten, als sie schleunigt in die Ferien gingen und solcher Liebedienste für einen Bestimmungsgenossen weigern sie sich nie.

Der „Fall Jekelsalush“ kann indes nicht so leicht aus der Welt geschafft werden. Denn auch ein großer Teil der bürgerlichen Presse fordert bereits die sofortige Entlassung des Honvedministers, schon aus dem Grunde, weil das Gut Eigentum seiner Frau ist und somit die Frau den Vertrag mit dem Gutsverwalter Kovacs geschlossen hat. Unser Bruderorgan „Keszaba“ veröffentlicht den Vertrag in vollem Wortlaute. Außerdem schmücken alle Ecken der Budapester Straßen mächtige Plakate, die den Ausruf unserer Genossen in dieser Angelegenheit enthalten.

Selbst unter den korrupten liberalen Regierungen ist es nicht vorgekommen, daß ein Kabinett von seinen Mitgliedern so arg diskreditiert worden ist, wie das jetzige. Aber es bleibt ruhig im Amte, und die Herren Polonji und Jekelsalush zieren die Ministerstühle weiter, als wäre nichts geschehen.

Indes geht es doch nicht ganz ohne Opposition in der Bourgeoisie ab. Nach dem größten Wahlbezirk Ungarns, Budapest VII, hat die erste und bedeutendste Abgeordnetenkammer des Landes, Budapest, dem Justizminister Polonji mit großer Mehrheit Mißtrauen votiert, weil dieser Minister gleich beim Beginn seiner Tätigkeit eine Anordnung erließ, die das cabinet noir (die Briefspionage) zur Institution des Justizwesens macht.

Die Regierung hatte alles aufgewandt, um dieser Blamage zu entgehen, doch jede Bemühung war vergebens! So lange die Koalition als Opposition galt, haben ihre Streiter stets für Freiheit und Koalitionsfreiheit geschwärmt. Als sie aber zur Macht gelangten, hat der Justizminister Polonji es am eiligsten gehabt, gegen die Pressefreiheit Stellung zu nehmen. Der Minister des Innern Graf Andrássy wieder erklärte, daß die Versammlungsfreiheit nicht sein Ideal sei. Der Kultusminister Graf Apponyi, der im Auslande stets stundenlang über Demokratie spricht und sich als großer Demokrat feiern läßt, läßt in Ungarn die Alerikalisation der Mittelschule verhängen. Der Handelsminister Ossuth verschaffte sofort beim Antritt seinem Sekretär, einem Hörer der Medizin, eine gutbesoldete Stelle bei der Staatsbahn. Während des Sommers hob er die Sonntagsruhe für die Asselanzbeamten auf, weil eine Gesellschaft, deren Generaldirektor er einst gewesen ist, das von ihm forderte. Allein ihm ist es zu verdanken, daß die ungarische Grenze gegen Serbien versperrt ist, da sich dieses nicht verpflichten will, den Kanonenbedarf in Oesterreich zu decken. Daß dadurch aber Ungarn sehr viel leidet — die Lebensmittel werden von Tag zu Tag teurer —, ist dem großen Patrioten Kostuth gleichgültig. —

Niederlande.

Auch eine Staatskommission zur Verstärkung des Militärdienstes.

Die „liberale“ Regierung zeigt ihre Bestimmungsgültigkeit in der Ernennung von allerlei Untersuchungskommissionen, berart zusammengefaßt, daß man annehmen muß, sie hätten die Aufgabe, den Zweck, dem sie angeblich dienen sollen, zu verfehlen. So besteht die Wahlrechtskommission aus Reaktionsären, die offenbar kein anderes Ziel im Auge haben werden, als die Wahlrechtsreform für ihre Bestimmungsgenossen so unschädlich wie möglich zu machen, und der Kommission zur Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der Landarbeiter und Kleinbauern gehört weder ein Landarbeiter noch ein Sozialdemokrat an, ebenso wenig der Kommission, die die Lage der Eisenbahngestellten unterluchen soll.

Nach demselben Grundsatze der Ausschließung aller fortschrittlich gestimmten Elemente hat die Regierung jetzt eine Kommission ernannt, die über Maßnahmen zur besseren körperlichen Erziehung der Jugend noch Verstärkung der Militärdienstzeit beraten soll. In diese Kommission hat sie Leute gesetzt, die teils als Gegner der Verstärkung der Dienstzeit bekannt sind, teils sich noch nicht über die Frage geäußert haben. Daß kein Sozialdemokrat in die Kommission berufen wurde, war für die freisinnigen Regierungsherren wohl von vornherein selbstverständlich.

Frankreich.

Antimilitaristische Unteroffiziere. Der „Eclair“ bringt ein Rundschreiben des Kriegsministers Etienne an die Kommandanten, in dem er diesen zur Kenntnis bringt, daß die Unteroffiziere beim Verlassen der Infanterieschule von Saint-Maixent antimilitaristische Ideen an den Tag gelegt und erklärt hätten, daß sie in der Armee nur bleiben, um Anhänger zu gewinnen. Der Minister macht auf diesen Geist, der schlimme Folgen für die Disziplin und die Einheitlichkeit in der Armee haben könne, aufmerksam und bittet, ihm diejenigen, die Anlaß zu derartigen Ausstellungen geben, zu nennen. —

Ein Bombensund. In der Nähe der Stadtmauer von S u i p p e s bei Chalons wurde eine Bombe gefunden, die mit Ägeln und Blei gefüllt war. An der Bombe befand sich eine bereits angebrannte, aber wieder gelöschte Zunte. Ein Attentat wird vermutet, die Untersuchung ist eingeleitet. —

Italien.

Rom, 3. August. (Eig. Ber.) Ein Militärprozeß wegen Feigheit hat sich soeben in Ancona abgepielt. Angeklagt war der Sergeant Alestra, der beschuldigt wird, während der Unruhen in Ancona in stürmischer Weise, unter Zurücklassung eines Verwundeten und der Fahne, seinen Rückzug bewerkstelligt zu haben. Alestra war mit einem Häuflein Soldaten zur Ueberwindung der Bahnhandlung nach Cambani gelangt worden. Da es zu Unruhen kam, ließ der Sergeant seine Soldaten feuern, worauf sich der Menge mehrere Schüsse abgingen. Darauf befohl Alestra, der sich in unglücklicher Position befand, seinen Soldaten den Rückzug, erst auf die Kaserne, dann nach dem nächsten Ort, ohne sich um einen seiner Soldaten, der verwundet worden war, zu kümmern und ohne die auf der Kaserne geführte Fahne mitzunehmen. Er bemerkte auch nicht, daß drei seiner Soldaten ihm nicht folgten. Zu seiner Rechtfertigung gab der Angeklagte an, daß er den Verwundeten unmöglich hätte transportieren können und gehofft hätte, die Eingeborenen würden Mittel mit ihm haben (der Juridgelassene wurde getötet). Von der Fahne auf der Kaserne hätte er gar nichts gewußt. Der Rückzug sei nötig gewesen, um ein Unwader unter seinen Soldaten zu verhindern. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung unter Jubilation miteinander Umständen und forderte 20 Jahre Gefängnis! Das Urteil lautete auf Freisprechung. — Es ist jedenfalls unerhört, daß ein Mensch wegen Mangel an Geistesgegenwart und Muth — also Eigenschaften, die beim Durchschnitte der Menschheit nicht gerade stark entwickelt sind — bestraft werden soll. Wenn hier Verantwortlichkeit besteht, so doch höchstens von seinen herer, die es nicht verstanden haben, die Eigenschaften des Untergebenen einzuschärfen und den rechten Mann an den rechten Ort zu stellen. —

Sensationshaken. Ein Standalprozess schwebt zurzeit gegen das königliche Haus in Italien. Die Gräfin Cosarina Percolani behauptet, im Jahre 1884, als sie noch minderjährig war, vom verstorbenen König Humbert verführt worden zu sein und beanprucht Alimente für den aus diesem Umgang entsprossenen Sohn. Vertreter der königlichen Familie ist der General Vonzio Vallia, Flügeladjutant des Königs. Derselbe hatte beantragt, den Beweis durch das Zeugnis der Klägerin nicht zuzulassen. Dieser Antrag ist Sonnabend vom Gericht zu Rom abgewiesen und der Beweis zugelassen worden. Da ferner fest steht, daß die Gräfin im Jahre 1884 erst 15 1/2 Jahre alt war, so würde die Verführung einer Minderjährigen vorliegen. Es wird deshalb der Gräfin aufgegeben, zu beweisen: 1. daß sie im Jahre 1885 noch „unbescholten“ war, 2. daß das im Jahre 1880 geborene Kind wirklich der Sohn des Königs Humbert ist. Man kann sich denken, welches Aufsehen dieses Urteil in ganz Italien erregt.

Affen.

Das freibare Japan.

Der „Manchester Guardian“ berichtet aus Siam, daß die Mehrzahl der Lehrer- und Lehrerinnenposten zurzeit von Japanern besetzt sind, welche die übrigen Ausländer nach und nach verdrängen. Auch zahlreiche Handelsleute japanischer Nationalität haben sich dort angesiedelt und machen den übrigen Ausländern ernste Konkurrenz.

Afrika.

Unruhen in Kapstadt.

Wie die Londoner „Times“ aus Kapstadt berichten, sind dort ernste Unruhen ausgebrochen. Eine Anzahl Läden wurden geplündert. Einzelheiten fehlen noch.

Gewerkschaftliches.

Fürchterliche Entdeckung.

Die „National-Zeitung“ hat eine neue Sorte „sozial-demokratischen Terrorismus“ entdeckt und die übrige Presse, voran die „Kreuz-Zeitung“ des Wechselreiters Hammerstein, bemüht sich, der Sache weitere Verbreitung zu verschaffen.

Hören wir die Blätter selbst:

„Es dürfte vielfach unbekannt sein, welche rücksichtslosen Zwangsmittel die Sozialdemokratie anzuwenden pflegt, um streikende Arbeiter, welche gern wieder arbeiten möchten, von der Arbeit gewaltsam abzuhalten. Die Arbeiter, welche streiken und deshalb Streikunterstützungen aus der Verbandskasse beziehen, müssen über die empfangenen Beträge Wechsel schreiben. Diese Wechsel — bei Sicht zahlbar — werden dem betreffenden Arbeiter nicht zur Zahlung vorgelegt, so lange er während der Dauer eines Streikes in diesem beharrt. Wehe aber dem Unglücklichen, der in der Erkenntnis, daß die Streikgelder für seinen oder seiner Familie Unterhalt nicht ausreichen, oder der ohne Aussicht auf einen günstigen Ausgang des Streikes die Arbeit wieder aufnimmt! Er ist in den Augen seiner Genossen nicht nur gebunden, sondern fast immer dem Elend und der Not preisgegeben. Denn ohne Vergug werden ihm nunmehr die bis von ihm unterschriebenen Wechsel über die bisher erhaltenen Streikunterstützungsbeträge zur Zahlung vorgelegt. Wehe dem Arbeiter, welcher alsdann nicht über Erparnisse verfügt, um die Wechsel bezahlen, also die empfangenen Unterstützungen der Verbandskasse zurückzahlen zu können. Die Wechsel werden protestiert, und der Gerichtsvollzieher erscheint in der Wohnung des Arbeiters, um zu pfänden. Das sind die Folgen und die Wirkungen der Streikunterstützung. Mit dem Zeitpunkte, wo der Arbeiter meist aus Mangel an Geld die schlimmsten Folgen der Scheinbar so verlockende Unterstützung annimmt, existiert für ihn ein eigener, freier Wille nicht mehr. Er kann weder vor, noch zurück — seine Hände sind ihm durch die sozialdemokratische Organisation gebunden, deren Terrorismus und Willkür er sich selbst auf Gnade und Ungnade ausgeliefert hat.“

Unsere Leser werden nicht wenig erstaunt sein, welche Wandlungen in den Spalten der bürgerlichen Presse die alte Gewerkschaftsgepflogenheit erfahren hat, nicht organisierten und nicht bezugsberechtigten Arbeitern die Streikunterstützung nur gegen Schuldchein zu verabfolgen. Diese Gepflogenheit hat sich notwendig gemacht, weil sich unter den nicht organisierten sehr oft unsichere Skantonisten befinden, welche die Kassen der Gewerkschaften leeren helfen und dabei heimlich — arbeiten. Wenn es Terrorismus ist, das von derartigen „nützlichen Elementen“ durch Betrug erlangte Geld zurückzuverlangen, dann muß die bürgerliche Presse unsere Justiz der Weisheit bei diesem „Terrorismus“ anslagen. Wir können der Scharfmacherpresse verraten, daß in allen so gelagerten Fällen die Zivilgerichte auf Herausgabe der erschwundenen Unterstüßungen erkennen und die „Kreuz-Zeitung“ speziell wird es interessieren, zu erfahren, daß auch die Kriminalgerichte in einer recht erschrecklichen Anzahl von Fällen Arbeiter, die so ihre Kollegen nicht nur verrieten, sondern sie auch noch betrogen, genau wie im Falle Hammerstein wegen des offen zutage liegenden Betruges hinter schwedische Gardinen stecken.

Noch eins: Vielleicht erkundigt sich die „National-Zeitung“ einmal in ihr nahestehenden Kreisen über die Rolle, die der Wechsel im wirtschaftlichen Kampfe bei den Unternehmern spielt!

Berlin und Umgegend.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

In der Metallwarenfabrik Gillischewski, Uferstraße 5, haben die Werkzeugmacher wegen Differenzen mit der Firma die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist bis auf weiteres gesperrt. Wir ersuchen die Kollegen, den Betrieb zu meiden.

In den Ambrointwerken in Pankow sind am Dienstagmittag die Former, Maschinenformer, Kernmacher und Hülfсарbeiter wegen Nichtanerkennung eines Arbeiterausschusses bzw. einer Gießereikommission und wegen sanitärer Mängel (schlechte Luft beim Gießen und keine Ventilation) in den Ausstufung getreten. Zugung von Formern, Maschinenformern, Kernmachern und Hülfсарbeitern ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Die Glasermeister Berlins und der Vororte waren zu gestern abend wieder zu einer Versammlung nach Kellers Hofstraßen, Köpenickerstraße, einberufen worden, um zu der gegenwärtigen Lage des Kampfes Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende meinte, es liege gar kein Grund vor, sich über die neugegründete Vereinigung der Meister zu beunruhigen. Der Erklärung gegenüber, welche diese in einem Rundschreiben an die Baugeschäfte usw. erlassen hätten, sei es erforderlich, eine Gegenerklärung an die in Frage kommenden königlichen und kommunalen Baubehörden sowie die Baugeschäfte zu richten, in welcher unter Angabe der Namen der betreffenden Meister klar gestellt werde, daß diese Vereinigung keinen nennenswerten Einfluß ausübe. Da auch Mitglieder der Freien Vereinigung anwesend waren und wiederholt das Wort ergriffen, so gestalteten sich die Verhandlungen zuweilen ziemlich stürmisch. Es wurde zum Schluß folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung beschließt, auf dem bisherigen Standpunkt gegenüber der Gesellenorganisation zu verharren. Ohne Rücksicht auf die Dauer und Folgen des Streiks wollen die Meister ihre Forderungen durchführen und keine Konzessionen machen. Die Versammlungen lassen sich durch die Gründung der „Freien Vereinigung der Glasermeister“ nicht hindern, den Kampf

geschlossen durchzuführen.“ — Die Lage der Mut in der Brust der Glasermeister noch keine Spannkraft überwinden wird, bleibt abzuwarten. Die Bauarbeit wird immer dringender, da der Oktoberumzug langsam näher rückt und viele Neubauten gewohnheitsmäßig lange vor diesem bezogen werden.

In den Holzbearbeitungsfabriken der Firma S. Radge, Berlin, Palisadenstraße 77/78, und Rummelsburg, am Wilhelmstrand, stehen die Arbeiter nun schon die fünfte resp. vierte Woche im Streik, weil das feinerzeit gegebene Versprechen, vom 1. Juli ab auch im Berliner Betrieb die 52stündige Arbeitszeit einzuführen, nicht erfüllt worden ist, seitens der Firma also ein gegebenes Ehrenwort gebrochen ist. Am Montag fanden auf Veranlassung des Gewerbegerichtsdirektors v. Schulz Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zwischen Herrn Hermann Radge und dem Arbeiterausschuß der beiden Betriebe unter Hinzuziehung der Organisationsvertreter der Arbeiter statt, welche jedoch noch zu keinem Resultat führten. Es sollen am 21. August weitere Verhandlungen vor dem Einigungsamt stattfinden. Herr Radge wünscht sogar, daß erst nach vier Wochen weiter verhandelt würde, damit seine Geschäfts- und Werkführer erst noch ihren Urlaub nehmen könnten. Er gibt sich also den Anschein, als ob er es noch gar nicht nötig habe, sich mit seinen Arbeitern zu verständigen. In Wirklichkeit sieht es natürlich anders aus. Im Berliner Betrieb sind nur einige wenige brauchbare Arbeitskräfte vorhanden, so daß von einer Aufrechterhaltung des Betriebes gar nicht die Rede sein kann. Im Rummelsburger Betriebe hatten 78 Arbeiter die Arbeit niedergelegt und zirka 60 Hülfсарbeiter waren drin geblieben. Herr Radge erklärte vor dem Einigungsamt, daß am Sonnabendabend in Rummelsburg 105 Arbeiter beschäftigt waren und Montag früh eine große Zahl angefangen hätte. Wie weit diese Angaben von der Wahrheit abweichen, zeigt die von den Streikenden am Montagabend vorgenommene Feststellung, nach welcher inklusive Meister resp. Vorarbeiter 80 Mann im Betriebe sind, also von einer Vollbesetzung des Betriebes nicht im entferntesten geredet werden kann. Gelehrte Maschinenarbeiter sind übrigens nur 2 christlich organisierte im Betriebe, alle anderen sind an den Maschinen tätigen Leute sind vollständig ungelöst und müssen erst angeleitet werden. Von den Streikenden (78 in Rummelsburg und 110 in Berlin) ist noch keiner abtrünnig geworden, und wird auch Herr Radge mit seiner Verschleppungstaktik nicht erreichen, daß die Arbeiter von ihrer Forderung, daß Herr Radge das gegebene Versprechen einzulösen hat, Abstand nehmen. Daß die Arbeiter die Taktik des Herrn Radge durchschauen haben, bewies die am Montagmittags abgehaltene Versammlung der Streikenden, welche einstimmig der Ansicht Ausdruck gab, daß Herr Radge den Streik nur darum in die Länge zieht, um dadurch die Arbeiter wankelmütig und uneinig zu machen. Die Streikenden erklärten einstimmig, den Kampf ruhig und besonnen weiter zu führen. Daß übrigens nur der Progenstandpunkt des Herrn Radge Schuld an dem Kampfe ist, kann man daraus ersehen, daß eine große Zahl weniger kapitalstärkiger Firmen die 52stündige Arbeitszeit seit Jahren haben und bedeutend höhere Löhne zahlen wie Herr Radge. Die Arbeiter aber haben keine Ursache, Herrn Radge gegenüber irgend welche Rücksicht zu nehmen. — Zugung ist nach wie vor fernzuhalten.

Achtung, Friseurgehäfen! Die Differenzen mit den Arbeitgebern Reumann, Derrmannstraße 256, Niddorf, und Zeglerstr. 8, Cabinerstraße 8, sind als geregelt zu betrachten. Durchgehoben haben die Forderungen, was besonders zu beachten ist, die Firmen Parbuhn, Friedrichsstraße 18, Rende, Wäldersdorferstraße 40, Reumann, Hornsdorferstraße 60, und Krause, Kopernikusstraße 14.

Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmachergehäfen Berlins.

Bureau: Schillingstr. 15/16. Telephon Amt VII. 2824.

Deutsches Reich.

Im Eisenwerk Kaiserlautern haben, wie uns ein Privattelegramm von dort meldet, 270 Arbeiter infolge von Lohn-differenzen die Kündigung eingereicht. Die Löhne in diesem Eisenwerk gehören mit zu den niedrigsten. Alle Wünsche und Gesuche um Lohnhöhung wurden bisher von der Direktion abgelehnt. Nunmehr wird es zweifellos zum Kampfe kommen. Zugung von Metallarbeitern aller Branchen sowie von Hülfсарbeitern ist deswegen streng fernzuhalten.

Ausland.

7000 österreichische Weber aufgesperrt.

Die von den Leitungen der Textilfabriken in Bielitz-Plaza und Umgebung beschlossene Ausperrung ist gestern von 55 Unternehmungen durchgeführt worden. Dadurch sind 7000 Arbeiter aufgesperrt. In einigen Betrieben wird weitergearbeitet.

Für die Abschaffung der Nachtarbeit der Bäcker hatte der Niederländische Bäckerverband am Sonntag in Delft eine Demonstration veranstaltet, an der 38 Organisationen, darunter auch die Vorständeblände aus Rotterdam, Dordrecht, Haag, Delft und Leiden, sowie Delegierte aus verschiedenen anderen Städten teilnahmen. Einer der Redner des Tages, Te Boekhorst, sagte unter anderem, man mache den Vätern zum Vorwurf, daß sie lediglich für die Abschaffung der Nachtarbeit kämpften und für die anderen Forderungen der Gewerkschaftsbewegung kein Verständnis hätten. Tatsächlich liege die Sache so, daß die Bäcker infolge der Nachtarbeit so demoralisiert seien, daß man erst nach Abschaffung dieses Übels an andere Forderungen denken könne. — Die Verammelten forderten die Regierung auf, baldigst einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Bäckernachtarbeit einzubringen. Versprochen hat das der Minister des Innern, veranlaßt durch den Genossen Troelstra, bei der diesjährigen Staatsdebatte. Aber schon vor sieben Jahren hat ein niederländischer Minister versprochen, das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien herbeizuführen, und der Ministerpräsident Kuiper machte ebenfalls einen Versuch dazu. Sein, übrigens mangelhafter Gesetzentwurf wurde jedoch eingezogen.

Die Arsenalarbeiter in Palermo drohen mit dem Generalstreik wegen der Entlassung von 67 Arbeitern.

Versammlungen.

Eine Versammlung des Verbandes der Kupferschmiede tagte am Donnerstag in den Ruffertkälern. Vor Eintritt in die Tagesordnung fand eine lebhafte Diskussion statt über den am 24. Juli in „Vorwärts“, der „Zeit am Montag“ und der „Volkzeitung“ erschienenen, zum Teil ungenauen Versammlungsbericht über eine Versammlung vom 14. Juli. Der Vorstand wurde beschuldigt, den Bericht an diese Zeitung gesandt oder ihn einem Berichterstatter gegeben zu haben, abgleich von der in Aussicht genommenen Lohnbewegung noch nichts in die Öffentlichkeit kommen sollte, bevor die Sache nicht spruchreif wäre. Der Vorsitzende verwarnte sich gegen diesen Vorwurf und erklärte, seit vor einigen Jahren der Beschluß gefaßt worden ist, Versammlungsberichte sind vom Vorstand nur an den „Vorwärts“ zu senden, sei er diesem Beschluß immer nachgekommen. Es wurde beantragt, den Vorstand zu beauftragen, sich mit der Prekommission des „Vorwärts“ in Verbindung zu setzen, um die Vorarbeiten zu erledigen, die der Bericht in den „Vorwärts“ gelangt ist. Der Vorsitzende lehnte dieses Ansuchen ab, weil er selbst daran beteiligt sein solle, und empfahl der Versammlung, den Antragsteller mit dieser Aufgabe zu betrauen. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlage zu. Zu Punkt 1: Bericht über unsere Bewegung teilte der Vorsitzende mit, daß der neue Lohnstarif, welcher beinahe eine 52stündige Arbeitszeit und 65 Pf. Stundenlohn vorsehe, an sämtliche in Betracht kommende Firmen verhandelt worden ist, ebenso offiziell an den Vorsitzenden des Vereins der Kupferschmiedereien Deutschlands, Bezirksverein Brandenburg, und an den Obermeister der Kupferschmiede-Jungenschaft. Der Stellvertreter des ersteren teilte in einem Schreiben mit, daß eine Anzahl größerer Kupferschmiedereibesitzer, welche über die Hälfte der in Betracht kommenden

Gesellen beschäftigen, zurzeit nicht in Berlin wären und es ihm im Laufe der Woche unmöglich sei, eine beschlußfähige Versammlung zu bekommen. Er ersuchte, die Sache auf einige Zeit zu vertagen. Der Ausschuss des Gesellenausschusses teilte mit, daß er vom Obermeister der Innung ein Schreiben erhalten habe, in dem derselbe mitteilt, daß die Innung sich vorläufig absehnend zu dem eingehenden Tarif zu verhalten gedenkt. Erst wenn die Gesellen nachweisen, daß der größte Teil der in Frage kommenden Firmen annähernd das Verlangte zahle, würden auch sie bereit sein, in Verhandlungen zu treten. Es erfolgte nun die Berichte der Werkstellenvertrauensleute der 8 Agitationsbezirke Groß-Berlins. Der Vertrauensmann der Firma Vorsig, welche 78 Kupferschmiede beschäftigt (also mehr als sämtliche Meister der Jungenschaft), war von der Firma beauftragt zu erklären, daß sie für sämtliche Arbeiter ihres Werkes bereit ist, die 52stündige Arbeitszeit einzuführen, daß sie bereit ist, die Montagen wie im Tarif zu bezahlen, dagegen könne sie einen Garantielohn von 65 Pf. nicht bewilligen, ebenso müsse sie sich weigern, die Zuschläge für Ueberstunden zu zahlen. Sie habe die Absicht, so viele Leute einzustellen, daß keine Ueberstunden gemacht zu werden brauche. Betreffs des Stundenverdienstes hat die Firma feststellen lassen, daß die Kupferschmiede im vergangenen Jahre einen Durchschnittsverdienst von 73,5 Pf. die Stunde gehabt hätten, also erheblich mehr als die verlangten 65 Pf. Stundenlohn. Die Abschlagszahlungen bei größeren Aufträgen, welche bis jetzt 50 Pf. die Stunde betragen haben, sollen erhöht werden. Der Vertrauensmann der Firma Schwachkopf (Stadt) teilte mit, daß die Firma für das ganze Werk die 52stündige Arbeitszeit einführen gedenke. In ähnlichem Sinne wie die beiden Vertrauensleute der genannten Maschinenfabriken äußerten sich alle übrigen. Die Fabrikanten, die Mitglieder des Kupferschmiedereien-Vereins sind, berufen sich auf die Beschlüsse, die ihr Bezirksverein für die Provinz Brandenburg gefaßt wurde. Ebenso äußerten sich die meisten Innungsmeister. Sechs Firmen erklärten sich bereit, ohne Vorbehalt nach dem Tarif zu zahlen, ebensoviel kommen nicht in Betracht, weil daselbst bessere Verhältnisse bestehen. Es entspann sich über die gehörten Berichte eine zum Teil sehr erregte Debatte, und erklärte ein Teil der Versammlung, sofort in den Streik einzutreten zu wollen, während von anderer Seite darauf hingewiesen wurde, daß in dem Begleitgespräch an die Fabrikanten von Geschäftsseite Verhandlungen gewünscht wurden. Man könne nicht, nachdem solche vom stellvertretenden Vorsitzenden des Kupferschmiedereien-Vereins zugesagt sind, ohne auf diese eingugehen in den Streik treten. Ferner verlange das Streikreglement, daß, bevor in einen Streik einzutreten sei, alles versucht werden müsse, um eine Verständigung herbeizuführen. Zudem beginne für Berlin erst jetzt die beste Geschäftskonjunktur. Ein Antrag, eine Kommission zu wählen, bestehend aus solchen Kollegen, die bei Mitgliedern des Kupferschmiedereien-Vereins arbeiten, und daß dieselbe innerhalb 14 Tagen zusammenzutreten hätte, wurde von 2/3 der Anwesenden angenommen. Nach der Abstimmung verließen die Wegner des Antrages demonstrativ den Saal. In die Kommission wurden 5 Kollegen gewählt, und zwar von den größten der in Betracht kommenden Firmen je einer. Nachdem noch vom Vorsitzenden aufgefordert wurde, rage für die Bewegung zu agitieren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Zimmererverband (Zahlstelle Berlin) hielt Donnerstag in den „Arminhallen“ seine regelmäßige Zahlstellenversammlung ab. Nach der üblichen Ehrung von 14 verdienstvollen Mitgliedern legte Wellso die Abrechnung vom zweiten Quartal vor. Die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse bilanzieren in der Summe von 29 438,15 M. Die Lokalkasse verfügt über einen Bestand von 102 588,16 M. Am Quartalschluß gehörten der Zahlstelle 4687 Mitglieder an. Wellso begründete sodann einen Antrag des Vorstandes, wonach den Mitgliedern ein Ortszuschuß zur allgemeinen Arbeitslosenunterstützung des Verbandes gezahlt werden solle. Nach lebhafter Debatte wurde dazu folgender Beschluß gefaßt: „Wer der Zahlstelle Berlin und Umgegend ein Jahr angehört, erhält aus der Lokalkasse einen örtlichen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung von 25 Pf. pro Tag. Nach dreijähriger Mitgliedschaft erhöht sich der Zuschuß auf 50 Pf. pro Tag. Wer von Berlin abreist, dann innerhalb eines Jahres wieder zurückkehrt und seine Beiträge ordnungsgemäß in einer anderen Zahlstelle entrichtet hat, erhält dies früher in Berlin und Umgegend bezahlten Beiträge mit angerechnet. Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft.“ — Der vorgerückten Zeit halber wurde die Erledigung der übrigen Tagesordnung dann bis zur nächsten Versammlung verschoben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Holzarbeiter-Ausstand.

Offen, 7. August. (B. G.) Die Holzarbeiter sind, nachdem sich die Verhandlungen vor dem Einigungsamt für das Baugewerbe zerlegt haben, heute in den Ausstand getreten.

Neun Bergarbeiter getötet!

Charleroi, 7. August. (B. G.) In dem Schachte Bois du Cozier in Marcinelle stürzte heute ein Förderkorb, worin sich neun Bergleute befanden, infolge Bruches des Förderseiles mehrere hundert Meter tief hinab. Sämtliche Insassen des Förderkorbes blieben sofort tot. Vor der Grube spielten sich herzzerreißende Szenen ab: Eltern und Angehörige der Verunglückten verlangten stürmisch die Herausgabe der Leichen. Es steht noch nicht fest, wen die Schuld an der Katastrophe trifft.

Zu dem Untergang des „Sirio“

wird noch berichtet:

Cartagena, 7. August. (B. G.) Nicht nur der Kapitän, sondern auch sämtliche Offiziere und die Mannschaft des Schiffes haben sich feige benommen. Der Kapitän stürzte sich einige Minuten nach dem Auslaufen des Schiffes in ein Boot und rief: „Rette sich, wer kann!“ Die Offiziere folgten seinem Beispiele und ihr Verhalten war die Veranlassung zu einer allgemeinen Panik. Der italienische Konsul hat Laucher angeworben, um wenigstens etwas von der Ladung zu retten. Spenden für die Schiffbrüchigen laufen zwar von allen Seiten ein, doch reichen sie kaum für die nötigsten Bedürfnisse aus. Der Kapitän des französischen Dampfers „Poitou“ demontiert das Gerüst, wonach verschiedene Schiffe am Orte der Katastrophe vorbeigedampft seien, ohne Hilfe zu leisten; er habe sich sofort nach Belanntwerden der Katastrophe an Ort und Stelle begeben und sich an den Rettungsarbeiten beteiligt.

Ministerwechsel.

Petersburg, 7. August. (B. G.) Stolypin hat in der gestern stattgefundenen Audienz dem Jaren den ehemaligen Reichskontrollleur Filippow zum Handels- und den ehemaligen Verwaltungsrat des Roten Kreuzes Fürst Wassiljtschikow zum Landwirtschaftsminister vorgeschlagen. Man glaubt, daß der Jar seine Einwilligung bereits erteilt hat.

Ein Dementi.

Petersburg, 7. August. (B. T. B.) Das an der Börse verbreitete Gerücht von der bevorstehenden Demission Stolypins enthält jeder Begründung.

Wüten der Reaktion.

Petersburg, 7. August. (B. G.) Heute nach wurden 150 politisch Verdächtige verhaftet. Das Lokal des Verbandes der Druckerarbeiter wurde gesperrt und amtlich versiegelt.

Madrid, 7. August. (B. G.) Wie verlautet, wird der Minister des Innern zum Vizepräsident beim Vatikan ernannt werden.

Bessien in Menschengefäß.

New York, 7. August. (B. G.) In Salisbury (Nord-Carolina) wurden sechs Regler gehängt.

8. Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 6. August.

Erster Verhandlungstag.

Als Vertreter der Generalkommission ist Genosse Sassenbach erschienen. Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission ist zu entnehmen, daß 101 Delegierte anwesend sind. Der Protest gegen das Mandat der zwei Braunschweiger Delegierten wurde für ungültig erklärt. Unter Protest gegen die Doppelmandate wurde Genossin Wadewitz-Dresden als Delegierte anerkannt.

Es folgt nun der Bericht des Vorstandes, des Kassierers und des Ausschusses; wobei zu den diesbezüglichen Anträgen die Unterstufungsfrage eingeholt wurde. Ein Antrag aus Köln verlangt die jährliche Herausgabe eines Handbuchs über Lohnkämpfe und über die Fortschritte auf gewerkschaftlichem Gebiete durch den Vorstand, um den Kollegen Material zur Agitation zu bieten. Ein aus Magdeburg gestellter Antrag verlangt die jährliche Berichterstattung über die Vorstandstätigkeit im „Proletarier“. Ein aus Ried gestellter Antrag will dem Hauptvorstand die Annahme eines Reichstagsmandats verboten wissen. Dieser Antrag, obgleich zur Debatte genügend untersucht, wurde dann zurückgezogen. Endlich sind neun Anträge gestellt, die sich mit einer Veränderung der Gaueinteilung beschäftigen. Drei verwies in seinem mündlichen Bericht auf den gedruckt vorliegenden, woraus schon gestern die Hauptdaten mitgeteilt wurden. Die Organisation habe, was Mitgliedschaften wie Mitgliederzahl anlangt, einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die Organisation habe in Industrien Fuß gefaßt, für die der Verband zweifellos zuständig sei, wegen des Ausbaues der Organisation sich aber nicht in der wünschenswerten Weise darum kümmern können, so in der chemischen und in der Papierindustrie. Der Aufschwung solle nicht lediglich der Vorstandstätigkeit zugeschrieben werden, die Kollegen im Lande hätten fleißig mitgearbeitet, doch dürfe dies auch der Vorstand von sich sagen. Klagen gegen die Fügigkeit in der materiellen Unterstützung der Agitation seien gegen den Vorstand nicht erhoben worden, wenigstens von den Gauleitungen nicht. Wenn der Vorstand manchem Verlangen von Filialen nach materieller Unterstützung zu Agitationszwecken nicht nachgegeben sei, so nur deshalb, weil diese unter Umgehung der Gauleitungen gefordert worden seien, dies dürfe der Vorstand nicht, wenn nicht Anarchie im Verband einzutreten solle. Bei Neugründungen von Filialen habe sich der Vorstand nicht lumpen lassen, sondern die erforderlichen Mittel zur Agitation herzugeben.

Ganz gewaltig hätte sich die Zahl der Kämpfe gesteigert, was schon die hohe Ausgabe summe beweise. Dabei seien solche, die mit noch nie dagewesener Hartnäckigkeit geführt worden seien, besonders in den Wintermonaten. Die Ansprüche an die Kasse seien derartig gewesen, daß es im Vorstand verschiedene Male Finanzbestimmungen gegeben habe. Er habe sich nur dadurch helfen können, daß er zweimal Extrasteuern ausgeschrieben habe, was ihm von verschiedenen Filialleitern die größten Anfeindungen eingetragen habe und doch hätten diese das nötige Verständnis für die Situation haben und sich sagen müssen, daß der Vorstand dies nur aus ganz zwingenden Gründen getan hat. Die Opponenten hätten sich dabei auf das formale Recht des Statuts berufen, aber mit Unrecht. Ueber das formale Recht gebe die Existenz der Organisation, für die der Vorstand verantwortlich sei.

Hart verurteilt der Redner die an verschiedenen Orten ausgebrochenen, ungenügend vorbereiteten Streiks, die nur zu Schädigungen der Organisationen führten. Schließlich habe der Verband die daselbst gemachten Schulden bezahlen müssen, wofür die Generalversammlung nun Absolution zu erteilen habe. Daß der Vorstand die Generalkommission nicht um Unterstützung angegangen habe, wolle er hier nicht näher darlegen, es hätte auch die formale Grundlage dafür gefehlt. Auch über die Anstellung von Beamten und Hilfskräften durch den Vorstand sei Beschwerde geführt worden und jetzt solle zu diesem Zweck gar eine Kommission eingesetzt werden. Das werde aber bei der Wahl von Mitarbeitern auch nicht schaden. Die Arbeit habe sich so gehäuft, daß an weitere Einstellungen von Beamten gedacht werden müsse. Mangelhaft sei die Mitwirkung der Kollegen bei der Beschaffung von statistischem Material gewesen. Nachdem der Redner noch die Streiks in Mannheim-Neckarau und Anweiler besprochen, und den Vorschlag gemacht hatte, die Angelegenheit der Aussperrung in Oberschöneweide der Mandatsprüfungskommission zu überweisen, wandte er sich gegen die drei genannten Anträge. Den Kölner Antrag bittet er dem Vorstand zu überweisen, der Magdeburger sei hinfällig, weil das darin Geforderte jetzt schon geschehe und der Rieder Antrag sei durch Verhandlungsbeschluß entschieden. Er kandidiere länger als die Organisation existiere und es sei ihm nie ein Vorwurf daraus gemacht worden, denn die Kollegen verlangten ja selbst eine politische Tätigkeit. Sein Pensum Arbeit als Vorsitzender müsse er doch leisten. Auch vor der Annahme der diesmaligen Kandidatur habe er mit den leitenden Kollegen der Organisation gesprochen; die nichts gegen die Annahme derselben einzuwenden gehabt hätten. (Lebhafte Zustimmung.)

Die sich an den Bericht knüpfende Debatte war sehr lebhaft. Rehebin-Berlin vermißt eine statistische Darstellung der Mitglieder nach Industriezweigen, insbesondere aber die Angabe, wie viele Landarbeiter der Organisation angehören. Weiter ist er der Meinung, daß sich die statutarischen Bestimmungen bei Genehmigung von Streiks nicht immer so streng einhalten ließen, da es leicht zu hartem Bürokratismus führe; Tolozanz müsse der Vorstand schon walten lassen.

Hämmerling-München, Schumann-Leipzig und Lebin-Hamburg beschäftigen sich in längeren Ausführungen mit der Ausschreibung der Extrasteuern, die unter den Mitgliedern böses Blut gemacht und einen Mitgliederverlust herbeigeführt hätten. In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Winkler-Hannover.

Damit schloß die Vormittagsitzung. Während der Nachmittagsitzung dreht sich die Diskussion ausschließlich um den vom Genossen Reichstagsabgeordneten Dreghannover gegebenen Vorstandsbericht, sowie um die anderen oben angelegenen Berichte. Eine große Zahl der Delegierten aus den kleineren Verbandsorten protestierten gegen die Meinung Dreghs, daß es doch mit dem Teufel zugehen müßte, wenn es den Kollegen nicht gelingen würde, von undorbereiteten Streiks zurückzuhalten. Man wies darauf hin, daß die sinkende Tendenz der Löhne in der letzten Zeit und die Steigerung der Lebensmittel und Steuern die Mitglieder durch die Not geradezu in die Streiks hineinreiße. Allerdings führte der Seltiner Delegierte aus, daß schon aus dem zwingenden Grunde die „milden Streiks“ aufhören müßten, weil die Unternehmer der Chemie, Papier- und Zieglerindustrie auch bald den Verband in Aussperrungen treiben werden, und daß es demgegenüber gelte, sich schon jetzt zu rüsten. Derselbe Delegierte wies darauf hin, daß sein Gau — der größte in Deutschland — 108 000 Quadratkilometer umfaßt und auf alle Fälle geteilt werden müsse. Auch der Breslauer Delegierte — wie auch viele andere aus Süddeutschland — wies auf die Notwendigkeit hin, in Schlesien einen Gauleiter anzustellen, das sei dort, wo die Polizei und Waffen herrschen, besonders nötig. Zudem saßen die Kirch- und Dunderschen und Christlichen bald festen Fuß, wenn wir noch allzu lange warten. Im Oppeln herum sind noch 10 000 Zementarbeiter, in der schlesischen Papierindustrie ebenfalls noch 9000 Arbeiter zu gewinnen.

Die Debatte über sämtliche angeführten Berichte wird morgen, Dienstag, noch fortgesetzt.

Aus der Partei.

Das Volkshaus in Leipzig, das Unternehmen der Leipziger Parteigenossen und Gewerkschaftler, ist jetzt in seinem ganzen Umfange in Betrieb genommen, nachdem die umfangreichen Um- und Neubauten vollendet sind. Am Montag ist als letzte Abteilung die Herberge eröffnet worden. Für die zureisenden Gewerkschaftsmitglieder — und nur von solchen kann die Herberge benutzt werden — ist damit ein Heim geschaffen worden, das jedem in angenehmer freundlicher Erinnerung bleiben wird. Ein großer freundlicher Aufenthaltsraum, der es gestattet mit manchem besseren Restaurant aufnehmen kann, bietet den Fremden eine behagliche Stätte der Erquickung und des geselligen Beisammenseins. Eine eigene Küche und ein eigenes Büfett geben Speisen und Getränke den Herbergsgästen zu billigen Preisen ab. Eine Vadeeinrichtung von sechs Braueleibern und einem Wannenbade steht jedem zur Verfügung mit der zwingenden Bestimmung, bei der Ankunft vor allen Dingen ein Bad zu nehmen. Ein besonderer Raum dient zur Reinigung der Kleider und Schuhe, und wo es notwendig ist, werden die Kleider unentgeltlich in einem besonderen Apparat desinfiziert. In den Schlafräumen sind nicht weniger denn 105 Betten aufgestellt.

Eine Parteikonferenz des hessischen Wahlkreises Friedberg-Büdingen tagte am Sonntag in Hessenheim. Anwesend waren außer dem Vorstand 60 Delegierte aus 35 Orten.

Nach dem Vorstandsbericht, der den Delegierten gedruckt vorliegt, hat die Organisation im letzten Jahr außerordentlich gute Fortschritte gemacht. Am 1. August 1905 waren in 21 Filialen 1050 Genossen organisiert; jetzt beträgt die Zahl der Mitglieder in 38 Filialen 1635. Der Verein hat somit eine Zunahme von 585 Mitgliedern zu verzeichnen.

Der Kassierbericht weist eine Einnahme von 3006,21 M. und eine Ausgabe von 2455,67 M. auf.

Sehr eingehend wurde über die Preßfrage debattiert. Die hessische Landeskonferenz hat beschlossen, daß die hessischen Genossen das „Offenbacher Abendblatt“ halten sollen, die Friedberg-Büdingen wünschen aber die „Frankfurter Volksstimme“ zu behalten. Die Debatte endete mit einstimmiger Annahme folgender Resolution:

In Anbetracht unserer gewerkschaftlichen sowie wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankfurt wolle die Konferenz beschließen, an dem bisherigen Organ, der „Frankfurter Volksstimme“, festzuhalten. Am jedoch ein Organ zu erhalten, welches neben unseren wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interessen unseren Verhältnissen mehr Beachtung schenken kann, wünscht die Konferenz der Frage einer Verschmelzung der für uns in Betracht kommenden Organe zu einem Zentralorgan für Hessen bezw. Hessen-Rassau näherzutreten und dies bei der hessischen Landeskonferenz in Mühlheim zu beantragen, damit die Streitigkeiten über die Preise endgültig behoben werden.

Sozialdemokratische Saalabtreibung, so behauptete dieser Tage stittlich entrisst die Ordnungspresse, sollte in Hamburg entdeckt worden sein. Die Notiz, die von fast allen bürgerlichen Organen ohne Unterschied der Partei mit Begehr abgedruckt wurde, lautete:

Ein bekannter Wirt in der Altstadt, in dessen Lokal sozialdemokratische und nicht sozialdemokratische Gewerkschaften ihre Versammlungen abhalten, was gefragt worden, ob er seine Räume ausschließlich den „Roten“ und nie den „Blauen“ zur Benutzung überlassen wolle. Geschehe das nicht, dann würden die Sozialdemokraten das Lokal boykottieren. Der Wirt war tapfer genug, das Ansuchen abzulehnen. Woher ist übrigens der Boykott nicht erfolgt — In der Neustadt tanzte sich ein ähnlicher Fall zu; er wurde in einer Versammlung des „Sozialdemokratischen Vereins für den zweiten Hamburger Wahlkreis“, in R. Lütges Etablissement, zur Sprache gebracht. Bei dem betreffenden Wirt, der hier in Frage kommt, halten die Sozialdemokraten ihre Distriktsversammlungen ab; außerdem benutzen die christlichen Gewerkschaften daselbst Lokal zu ihren Versammlungen. Dies ging den Sozialdemokraten wider den Strich; sie stellten das Verlangen, der Wirt solle sich verpflichten, die christlichen Gewerkschaften in seinem Lokal nicht mehr zu dulden. Auch dieser Wirt sträubte sich, dem Drängen der Terroristen nachzugeben. Die Veruntstaltung, von einer Verlegung des Versammlungsortes wurde Abstand genommen. Aber eine Strafe sollte den Wirt dennoch treffen; er muß zum 1. Oktober sein Lokal verlassen, da es von einem Sozialdemokraten zur Bewirtschaftung übernommen wird. Daß dann die Christlichen hinausgedrängt werden, ist vorauszusetzen.

Das „Hamburger Echo“ hat diesen frechen Schwindel unter die Lupe genommen und konnte natürlich blühend feststellen, daß es eben frecher Schwindel ist. Es handelt sich in dem einen Fall um die ganz gelegentliche Äußerung einiger Mitglieder der Hafenarbeiterorganisation, die sich darüber beschwerten, daß aus dem Nebenamt der Organisation mit der Lokalorganisation der Erwerbsführer leicht Händchen entstünden. Mit der Erklärung des Wirts, er werde die Lokalisten nicht kündigen, war die Sache abgetan. Die Organisation hat sich nie mit der Sache befaßt.

Der andere Fall liegt folgendermaßen: Der betreffende Wirt, selbst Parteigenosse, beschwerte sich in der betreffenden Versammlung, daß ihm einige Genossen des bei ihm verkehrenden Distrikts Vorhaltungen darüber gemacht hätten, daß er für christliche Gewerkschaften sein Lokal hergebe. Nachdem der Distriktsführer erklärt, daß ihm von einem solchen Ansuchen von Distriktsmitgliedern nichts bekannt sei, dies auch in der Distriktsversammlung nie zur Sprache gebracht worden sei, nahm der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins, Genosse Hoffmann, die Gelegenheit wahr, den Betreffenden gehörig die Spindel zu lesen und ihnen klarzumachen, wie unwürdig es sei, das Beispiel von Arbeiter- und ähnlichen Vereinen nachzuahmen und mißliebigen Vereinen das Lokal abzutreiben. Wenn wir auch die Macht dazu hätten, so weit dürften wir uns nicht erniedrigen.

Mit dieser wahrheitsgetreuen Darstellung vergleiche man die obigen Berichte, wonach den Wirt doch eine Strafe treffen soll. Er, der Parteigenosse, soll durch einen Sozialdemokraten verdrängt werden, der nun die Christlichen hinausdrängen wird! So viel Worte, so viel Lügen. Gerade in das Gegenteil haben die bürgerlichen Zeilenreißer die Sache umgelogen.

Die Bodensee-Internationale hat am vorigen Sonntag ihr alljährlich wiederkehrendes Arbeiterfest abgehalten. Die Genossen aus dem Seegebiet der Bodenseeuferstaaten trafen sich dieses Jahr in dem Voralberger Orte Dornbirn, wo 35 Orte durch 763 Vereine vertreten waren. Im Festzug, der 2000 Teilnehmer zählte, sah man die Banner der Organisationen von St. Gallen, Konstanz, Aroschach, Wegens, Dornbirn und andere mehr. Festreden hielten die Genossen Abgeordneter Dr. Ellenbogen aus Wien, Harrer Pfleger aus Zürich und Todeschini aus Verona. Dem Feste ging am Vormittag eine Delegiertenkonferenz voraus, in der Beratung über die Agitation im Seegebiet usw. gepflogen wurde.

Im Festzuge gingen mehrere Musikkapellen; auf dem Festplatze mochten an fünftausend Personen anwesend sein. Im Vordergrund der Neben stand der Freiheitskampf der russischen Brüder.

Statistik des Klassenbewußtseins. Eine Erhebung, die die Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes zu Wielefeld im Monat Juni veranstaltete hat — 762 von 988 Mitgliedern beantworteten die Fragen —, ergab, daß 230 von ihnen politisch organisiert, 503 die „Volksmacht“ lesen. Keine Zeitung lesen 131 meist lebige Mitglieder, 144 lesen bürgerliche Blätter, andere Parteiblätter 7. Die Organisationsleitung bezeichnet das Ergebnis als

befriedigend, da das rasche Wachstum der Zahlstelle in letzter Zeit in Betracht zu ziehen sei; viele der jetzigen Mitglieder gehörten vor kurzem noch dem gegnerischen Lager an oder kümmerten sich überhaupt um nichts.

Bierkrieg innerhalb der Partei.

Zu einer Differenz, die die Gegner weiblich auszusprechen suchen, ist es zwischen dem Genossen Stolle und einigen führenden Genossen in Jwidaun sowie den Chemikern des Bierkrieges wegen gekommen. Genosse Stolle, der Vertreter des Jwidauner Kreises im Reichstage, hatte in einer Volksversammlung seines Wahlkreises über die neuen Steuern gesprochen. Dabei war er, weil er als Gastwirt nachkommen in diesem Punkte ist, auf die Brau- und Biersteuer ausführlich eingegangen. Nach einem Berichte des „Sächsischen Volksblattes“ nahm die Versammlung folgenden Verlauf:

Genosse Stolle führte aus: Die Dividenden der Brauereien seien im allgemeinen infolge der hohen Belastung zurückgegangen, so daß die Brauereien diese 2 M. Umsatzsteuer nicht tragen können. Eine Brauerei, welche 4000 Doppelzentner Malz verbraucht, habe bisher 8000 M. zahlen müssen, nach der neuen Vorlage müßte sie 19 000 M. zahlen. Bei einem Umsatz von 20 000 Doppelzentnern wurden jetzt gezahlt 40 000 M., nach dem neuen Gesetz 117 000 M. Bei 100 000 Doppelzentnern wurden gezahlt 200 000 M., während jetzt 617 000 M. zu zahlen seien. Diese ungeheure Mehrbelastung könne den Brauereien nicht zugemutet werden, eine Reihe kleinerer Brauereien werde bei der neuen Steuer zugrunde gehen. Aber auch die Wirte könnten diese Mehrbelastung nicht tragen, somit bleibe nur der Konsument übrig, wie das bei allen Steuern der Fall sei. Er, Redner, habe in der Kommission gewarnt und sofort auf die Folgen hingewiesen. Er sei seit 26 Jahren Gastwirt und sei ins Gastwirts-gewerbe vollständig eingeweiht. Der Wirtstand sei einer der schwächsten Gewerbe, da auch die Gemeinden bereits hier und da die Wirte belasten, die Regiekosten eines Gastwirts stellen sich künftig ebenfalls höher. Man solle die Frage genau prüfen, bevor man den über-eilten Schritt des Bierbojotts tue. In Chemnitz sei man allerdings seitens der Wirte ungebührlich vorgegangen. Man dürfe aber nicht vergessen, daß man eine ganze Reihe Nebenberufe ganz erheblich mit schädige. Andererseits würde aber auch die Regierung, wenn sie sehe, daß die Produzenten die Lasten übernehmen, sofort mit neuen Steuern, z. B. mit der Tabaksteuer kommen. — Redner ging des weiteren auf die Zigarettensteuer, Erbschaftsteuer, Automobilsteuer ein und kam nach einem reichlich zweieinhalbständigen Referat zum Schluß. Genosse Robert Müller sprach sich hierauf in etwas tadelnder Weise über das allzu-lange Referat, sowie über die Richtung, nach welcher der Referent sich seines Referates entledigt hatte, aus und beantragte, um eine ausgiebige Diskussion über die gesamte Steuerreform, insbesondere aber über diejenige, welche die Steuerzahler am empfindlichsten treffe, zu ermöglichen, eine neue Versammlung abzuhalten. Diefem Antrage wurde zugestimmt. Nach einigen persönlichen Erörterungen der Genossen Stolle und Müller fand die Versammlung gegen 12 Uhr ihren Abschluß.

Das „Sächsische Volksblatt“ fügt dem hinzu: „Wir bemerken zu vorstehendem Bericht, daß wir uns vorbehalten, auf die vom Genossen Stolle wegen der Brauereisteuer gemachten Ausführungen noch des Ausführlichen zurückzukommen, da wir seinen Standpunkt keineswegs in allem zu teilen verneinen.“ Die Chemnitzer „Volksstimme“ aber, die einen heftigen Kampf gegen die Wirte und Brauereien in Chemnitz führt, hat sich scharf gegen Stolle gewandt und ihm vorgeworfen, daß er in seiner Rede die Interessen der Wirte, aber nicht die des Volkes vertreten habe.

Wir halten die Ansicht des Genossen Stolle, daß der Bierkrieg bedenklich sei, weil die Regierung mit neuen Konsumsteuern kommen werde, wenn sie sehe, daß die Konsumenten die Produzenten zwingen, die neuen Steuern zu tragen, für unwesentlich! Solche Befürwortung darf den Kampf nicht hindern. Im übrigen war's wohl angebracht gewesen, daß Genosse Stolle, da er wußte, daß die Chemnitzer Genossen schon im Bierkriege standen, sich in dieser Frage etwas zurückgehalten hätte. Gerade weil er Gastwirt ist.

Pöbelliches, Verächtliches usw.

Strasfanto der Presse. Wegen Verleumdung eines Obermaschinenmeisters vom Frankfurter Schauspielhaus wurde Genosse Jander von der Frankfurter „Volksstimme“ im Privatklageverfahren zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Die „Volksstimme“ hatte wahrheitsgemäß mitgeteilt, daß von einem Trinkgelde, das die Schauspielerin Agnes Sorma nach Abschluß eines Gastspiels dem Maschinenmeister für ihn und seine Leute gegeben, nur eine viel geringere Summe an die Arbeiter ausgeteilt worden sei. Die Beweisaufnahme befähigte, daß ursprünglich nur 20 von den 40 M. an die Arbeiter kamen, daß erst auf Reklamation der Obermaschinenmeister und der Theatermeister, durch deren Hände das Geld ging, mit den anderen 20 M. heraustrückten. Sie wollen aber beide die erhaltene Summe nicht nachgezählt haben und der Meinung gewesen sein, sie hätten alles gegeben. Das Urteil meint, es sei nicht erwiesen, daß Bräutigam mit dem Trinkgelde Handlungen vorgenommen hätte, die er nicht vertreten könne. Es wird Berufung eingelegt werden.

Wegen Verleumdung eines Polizeikommissars war seinerzeit Genosse Quint von der Frankfurter „Volksstimme“ zu 400 M. Geldstrafe verurteilt worden. Das Reichsgericht hatte die Strafe bestätigt, das Urteil aber infolgedessen aufgehoben, als es die Publikation verfügte, da keine Frist angegeben war. Wegen dieser Verurteilung des Reichsgerichts mußte Genosse Quint aus der Strafkast, die er zurzeit wegen Stübelbeleidigung erleidet, vor Gericht erscheinen und der Staatsanwalt wolle ihm sogar noch die Kosten des Verfahrens auferlegen. Genosse Quint protestierte, da er doch an der Verurteilung des Reichsgerichts nicht schuld sei, und das Gericht erkannte dann auch, daß die Staatskasse zu bezahlen hat.

Soziales.

Ringelballe als Arbeitgeber.

Die im „Vorwärts“ und in der „Welt am Montag“ geschilderten idyllischen Verhältnisse bei Volles in Mecklenburg haben dem Herrn Dr. med. Volle als Bediensteten seines Vaters eine Verächtigung einlöst, die er der „W. a. M.“ zuandte. Herr Dr. med. Volle erklärt, der Enkelsohn sei nicht 20, sondern 16 Jahre dort beschäftigt gewesen, er sei ein Trunkenbold und bei einem Felddiebstahl er-tappt worden. Die Tochter sei freiwillig fortgezogen, sie sei ein faules Geschöpf, das bis 10 Uhr morgens im Bett liege und sich um ihre vier unehelichen Kinder wenig kümmere. Der siebenjährige Sohn verstehe nicht einmal Fleisch zu essen, alle Kinder seien mit Ungeziefere reichlich versehen. Die Wohnung mühe „wegen totaler Verfallung“ geschlossen werden.

Durch diese „Verächtigung“ hat Herr Dr. med. Volle ungewollt ein recht anschauliches Bildchen von der Gutshofkultur in Mecklenburg gezeichnet, das noch drastischer beleuchtet wird durch folgende und zugehende Fußstift: Bei Volles scheinen Trunkenbolde gut angeschrieben zu sein, sonst würde man sie nicht fest-zehn Jahre beschäftigen. Die Tochter ist nicht freiwillig gegangen, sondern zur Sicherheit von vier Mann vom Hofe begleitet worden. Auch ist den Gutsarbeitern verboten worden, ihr Unterkunft zu geben. Wohl auf Veranlassung der Behörde ist die Wirtin am 13. d. M. wieder aufgenommen worden, aber am 13. mußte sie wieder hinaus. Ihr Bett wurde unter einem Schuppen geworfen. Um sich und die Kinder zu ernähren, hatte sie von ihrem armseligen Gerümpel schon einiges verkaufen müssen. Die Kinder, die eines Abends allein auf dem Gute ankommen, wurden nicht aufgenommen, später wurden sie von der Mutter auf den Hausboden gebracht. Von Dienstag bis Freitag

Hat sie mit ihren Kindern teils im Walde, teils auf dem Hausboden lampiert, bis endlich die Polizei für anderweitige Unterkunft sorgte. Mit Betonung der unehelichen Mutter wollte Herr Dr. med. Volle wohl auf die famosen Wohnungsverhältnisse aufmerksam machen. Gelegenheit macht Diebe, und da auf dem Mustergericht in manchen Wohnungen Verbratene und ledige Personen, die nicht zur Familie gehören, in einem Raume kampieren müssen, so ist für Gelegenheiten genügend gesorgt. Wer ist da der Schuldige? Herr Dr. med. Volle scheint sehr weltfremd zu sein, wenn er darüber erntet, daß bei einem Tagesverdienst von 1,50 bis 1,70 M. die Kinder nicht mit der Kunst des Fleischiessens vertraut sind. Sollte Herr Dr. med. Volle der Meinung sein, daß die Dessenlichkeit nun noch nicht genügend unterrichtet ist über die beneidenswerte Lage der Volleschen Arbeiter, dann hilft er hoffentlich durch eine weitere Verichtigung noch etwas nach.

Arbeitslos wegen — militärischer Dienstpflicht.

Wie jemand für die persönliche Militärdienstpflicht in seinem Zivilleben bestraft wird, belegt folgendes Entlassungszeugnis:

Gr. Tabarz, den 1. August 1906.

(Zählungen)

Bahnstation Waltershausen.

Herr Arno Pöhlmann ist vom 12. Juni bis 1. August d. J. in der elektrischen Abteilung unserer Fabrik als Meister tätig gewesen. Seine Führung und Leistungen waren gut und zufriedenstellend, wir entlassen ihn wegen einer militärischen Uebung, und da das Werk ohne Meister nicht sein kann. Fall u. Nr. 20.

Bemerkung sei noch, daß ein Besuch der Firma, ihren Angestellten von der Uebung zu befreien, weil ohne Meister der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden könne, von der Militärbehörde abgelehnt worden ist, aus „wichtigen dienstlichen Gründen.“

Um seine Schutzmännlichkeit leistungsfähiger zu erhalten durch Enthaltung vom Alkohol, hat der Magistrat der Vierstadt Nürnberg verkuhweise zum ersten Male in den städtischen Haushaltungsberichten den Betrag von 2200 M. für unentgeltliche Beschaffung von Tee und Zucker für die im Dienst befindliche Schutzmännlichkeit vorgesehen. Dieser Versuch, der seit Neujahr eingeführt ist, hat sich so gut bewährt, daß vom Magistrat jetzt beschloffen worden ist, diese Einrichtung fortzusetzen zu lassen, wie die „Nürnberger Neuesten Nachrichten“ von ihrem Nürnberger Berichterstatter erfahren.

Aus Industrie und Handel.

Mäßige Preispolitik.

Als vor einem Jahrzehnt kamte man bei uns die großen modernen industriellen Organisationen im großen Publikum nur aus den Schilderungen über amerikanische Trusts, soweit aus den Schilderungen objektive Urteile möglich waren. In den letzten Jahren haben wir sattsam Gelegenheit bekommen, aus eigener Erfahrung — am Geldbeutel die Folgen solcher Organisationen lernen zu lernen. Die Kartelle und Syndikate lösten einen heftigen Unwillen aus, lediglich wegen ihrer Preispolitik. Es kam zur Kartellenquete. Bei den kontraktualistischen Verhandlungen verstanden es die Anwälte des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats, die in den Vertretern der kombinierten Werke eine durch Interessensolidarität erklärlie Unterstützung fanden, das Syndikat als eine für die deutsche Volkswirtschaft überaus segensreiche Organisation hinzustellen, an der besonders die mäßige Preispolitik belobt werden müsse. Die Beweisführung war nicht so schwierig. Vor der Gründung des Syndikats hatte die ungehemmte Konkurrenz unter den Rachen die Preise auf niedrigem Niveau gehalten und die Verbraucher hatten den Vorteil. Davon ging man aus, um die nächsten Preisheraufsetzungen zu rechtfertigen, und die Berechtigung der späteren Aufschläge demonstrierte man an den steigenden Preisen für Koks, Roheisen usw. Man vergaß dabei anzugeben, daß die Preistreiber in der Kohlen verbrauchenden Industrie nicht die Kohlenverwertung veranlaßt hatte, diese vielmehr der Anlaß zu jener war. Daß das Kohlen-Syndikat eine weniger sprunghafte Preispolitik verfolgte wie z. B. das früher selbständige Koks-Syndikat und das Düsseldorf-Roheisen-Syndikat ist nicht zu leugnen, dafür mußte es aber auch in den Zeiten geschäftlicher Depressionen seine Macht gründlich aus und wälzte die Kosten der ungünstigen Konjunktur vollständig auf die Verbraucher ab. Und in den letzten Jahren hat das Syndikat weitere Proben seiner mäßigen Preispolitik gegeben. Nach dem amtlichen Bericht der Düsseldorf-Börse sind notiert worden (pro Tonne Mark):

	März 1904	März 1906
1. Gas- und Flammkohlen:		
a) Gaskohle für Leuchtgasbereitung	11,00—13,00	11,50—13,50
b) Generatorkohle	10,50—11,80	11,25—12,50
c) Gasflammförderkohle	9,75—10,75	10,50—11,50
2. Fettkohlen:		
a) Förderkohle	9,00—9,80	10,00—10,50
b) beste melierte Kohle	10,50—11,50	11,10—11,60
c) Koks-Kohle	9,50—10,00	10,50—11,00
3. Magere Kohle:		
a) Förderkohle	7,75—9,00	9,00—10,00
b) melierte Kohle	9,50—10,50	10,25—11,25
c) Kufkohle Korn II (Anthrazit)	19,50—24,00	19,50—24,00
4. Koks:		
a) Giesereisens	16,00—17,00	17,00—18,00
b) Hochofens	15,00	14,50—16,50
c) Kufkoks, gebrochen	17,00—18,00	17,00—18,50

Die Steigerung beträgt zwischen 50 Pf. bis 1,50 M. Für das Geschäftsjahr vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 stieg das Syndikat die Preise weiter heraus. Die Aufschläge betragen 50 Pf. bis 2 M. per Tonne. Die Mehrlast, die der deutschen Volkswirtschaft dadurch aufgebürdet wurde, ist mit 100 Millionen nicht zu hoch berechnet. Mit dieser mäßigen Erhöhung waren aber viele Syndikatsmitglieder nicht zufrieden. Der Stimmung hat das Syndikat willig Rechnung getragen und zunächst die Preise für Koks nochmals um eine Mark heraufgesetzt. Eine Festsetzung des Aufschlages auf Kohlen steht noch aus. Daß die Kohlen nicht unbedenklich bleiben, wird aber bestimmt versichert. Das Roheisen-Syndikat wird nun jedenfalls eilig folgen und ebenfalls die Preise erhöhen. Allerdings Gile scheint und dabei notwendig. Trotz der täglich ausposaunten starken Beschäftigung der Industrie machen sich doch einige Erscheinungen bemerkbar, die anzudeuten scheinen, daß der Hochpunkt der Konjunktur bereits überschritten ist, und eine rückläufige Bewegung dürfte dann nicht allzulange mehr ausbleiben. Daß der Verkauf von Rohmaterialien auf längere Zeit hinaus keine Gewähr für Stabilität ist, hat ja das Jahr 1899 bewiesen. Wenn auch nicht gerade so wie damals, aber nahe bei der damaligen Situation scheinen die Verhältnisse heute doch zu liegen. Nicht nur zeigen die letzten Produktionsziffern in Roheisen und Kohle eine kleine Abschwächung, was vielleicht noch bemerkenswerter ist, das ist die Veränderung in den Außenhandelsziffern. Nach der Zusammenstellung, die der „Reichs-Anzeiger“ über den deutschen Außenhandel in Rohprodukten veröffentlicht, ist die Roheiseneinfuhr im Juli gegen den Juni zurückgegangen, andererseits ist die Ausfuhr gestiegen. Das bedeutet ein Nachlassen des Bedarfs der einheimischen Weiterverarbeitung. Unter solchen Umständen kann sich die Preissteigerung als eine sehr gefährliche Maßnahme erweisen.

„Konsequenter Protektionismus“. Unter vorstehender Epigramme schreiben die „Mitteilungen des Handelsvertragsvereins“:

„Die Meier Handelskammer hat an das kaiserliche Ministerium in Straßburg ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Zweckmäßigkeit der Einführung eines Ausfuhrzoll auf Eisenerze in Schweden hervorhebt. Es liege durchaus im Interesse des lothringischen Erzbergbaues, wenn Schweden auf diese Weise oder mit Hilfe von Preiserhöhungen seine Eisenerze verteuere und so die lothringische Minette im Ruhrrevier konkurrenzfähig mache. Das kaiserliche Ministerium soll sich in diesem Sinne verwenden.“

An verschiedenen Stellen regt man sich über die Stellungnahme der Kammer gewaltig auf, und die „Köln. Jtg.“ beispielsweise meint, daß ein Ansuchen, wie es hier an eine kaiserliche Behörde gestellt werde, bisher in deutschen Ländern wohl für unmöglich gehalten worden sei. Wir vermögen diese Entrüstung nicht ganz zu teilen. Was die Herren in Meier fordern, liegt durchaus in der Richtung der Politik des „Schutzes der nationalen Arbeit“, wie sie jetzt getrieben wird. Sie gehen nur ein paar Schritte weiter als ihre vorstehenden Freunde, aber im System ändern sie nichts. Ob man in Interesse einer Winderzahl den eigenen Zoll erhöht oder die Bodenrente dadurch zu steigern sucht, daß man sich bemüht, das Ausland zur Einführung eines Ausfuhrzoll zu bestimmen, macht schließlich keinen großen Unterschied. Die „Köln. Jtg.“ bedauert, daß die Meier Handelskammer das kaiserliche Ministerium sogar „zu einer die Verteuerung ausländischer Rohstoffe bezweckenden Maßregel“ auffordert. Ist denn das in den Augen dieses Blattes etwas so Furchtbares? Verteuern wir nicht mit seiner und seiner Freunde Approbation, um von allem anderen zu schweigen, einen der wichtigsten Rohstoffe für die Industrie, die Nahrungsmittel?

Daß der Eisengehalt der Minette, die in immer größeren Teufen gewonnen wird, abgenommen hat und ihre Verwendung für die rheinisch-westfälischen Hütten unrentabel sein würde, wenn sie nicht mit hochwertigen ausländischen Erzen mischen könnten, ist bei der Beurteilung der Meier Politik der Meier Kammer von geringem Belang.“

Aus der Frauenbewegung.

Ferien.

Auf die Berge will ich steigen,
Wo die dunklen Tannen ragen,
Wähe rauschen, Vögel singen,
Und die stolzen Wolken jagen.

Während der heißen Sommermonate, in denen die fast senkrecht fallenden Sonnenstrahlen Hundstagshitze bewirken, eilen alle, denen der Geldbeutel es erlaubt, an die See oder in die Berge, um dort, fern von der Haeuserenge, Erholung und Heilung von wirklichen und eingebildeten Leiden zu finden.

Auch die Lehrer, sowie die in den staatlichen, kommunalen und privaten Bureaus beschäftigten Beamten haben den Wert und die Notwendigkeit des „Ausspannens“ aus der Alltagsstrenge erkannt und sich deshalb Sommerferien gesichert.

Leider aber gibt es für die arbeitende Klasse, für all die Männer und Frauen, die in langer, harter Lohnstrenge tagen, tag-aus-Körper und Geist aufreiben und zerrütten, noch keine Sommerferien. „Ferien“ gibt es, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, für die Arbeiter nur, wenn das graue Wespennetz der Arbeitslosigkeit in Begleitung von Not und Sorge sich einstellt. — Und doch hat vor allem die Arbeiterklasse ein Anrecht auf Ferien unter Fortzahlung des Lohnes; ist sie es doch, die der arbeitenden Klasse durch ihre Arbeitsleistung den Platz am Tisch des Lebens bereitet hat, so daß sie die Schönheiten und Annehmlichkeiten des Lebens in vollen Zügen genießen kann.

Wie man über Arbeiterferien im allgemeinen und wie man im besonderen über die Unternehmervertreterungen im Lande der vielgepriesenen Sozialreform denkt, geht aus einem Antwortschreiben, das die Chemnitzer Handelskammer der Bremer Handelskammer gibt, deutlich hervor. In dieser Antwort wird betont, daß in Chemnitzer Handelskammerbezirk weder von Kommunen noch von Privatbetrieben Erholungsurlaub gewährt wird. In der Regel bestehe ein solcher Urlaub nur für Bureaubeamte, technische Angestellte und vereinzelt auch für Werkmeister. Dann aber heißt es wörtlich weiter:

„Im übrigen dürfte es auch viel zu weit gehen, Erholungsurlaub für Leute einzuführen, die nur körperlich tätig sind und unter die Gesundheit nicht schädigenden Verhältnissen arbeiten. Für Beamte, die geistig tätig sind und, wie es in vielen Geschäften noch vorkommt, angestrengt tätig sein und häufig Ueberstunden arbeiten müssen, die bei ihrer Tätigkeit auch keine körperliche Ausarbeitung haben, erscheint die Erteilung von Erholungsurlaub gerechtfertigt. Für Arbeiter dagegen ist ein solcher Urlaub in der Regel nicht erforderlich. Die Beschäftigung dieser Personen ist an sich eine gesunde. Eine geistige Anstrengung kommt nicht vor, auch von körperlicher Ueberanstrengung kann man nicht reden. Soweit Handarbeit überhaupt noch zu leisten ist, erfolgt sie in einer Weise und in einem Tempo, die von Ueberanstrengung der Kräfte weit entfernt ist. Die sanitären Verhältnisse — Lüftung, Heizung, Beleuchtung, Trinkgelegenheiten, schnelle Hilfe bei Unfällen usw. — sind wohl ausnahmslos günstig. Die Arbeitszeit, die neuerdings in der Mehrzahl der Betriebe zur Einführung gelangt ist (von früh 7 bis mittags 12 Uhr und von 1 bis 6 Uhr nachmittags) ist zudem so bemessen, daß den Arbeitern völlig ausreichende Zeit zur Erholung und Bewegung im Freien bleibt. — Aus allen diesen Gründen hat die Chemnitzer Handelskammer die Einführung des Sommerurlaubs für Arbeiter nicht als notwendig bezeichnet.“

Hört es, ihr Frauen! Ein Urlaub für die Arbeiter, für eure Männer, für euch selbst ist „nicht erforderlich“, weil von einer Ueberanstrengung „nicht die Rede sein kann“ und weil die Beschäftigung an sich eine „gesunde ist“. — Jamohl! Die heute beliebten Arbeitsmethoden, Afford- und Prämien-System usw., sind durchaus „gesund“, erst recht, wenn sie durch Uebernahrung so unterstüzt werden, daß die Arbeiter meistens bereits Mitte der dreißiger Jahre abgearbeitet sind und ihre Spannkraft verloren haben, wenn sie nicht schon vorher einer tödlichen Krankheit zum Opfer fallen.

Und nun erst die Arbeiterin, die vielfach schon in ihren Kinderjahren als Lohnsklavine ausgebeutet und früh ins Joch der Fabrikarbeit gedrängt wird; die Frau, die ihre Jugend dem Kolocho Kapitalismus opfert und ihrer besten Kräfte beraubt in den Ehestand tritt! Für alle die bleichen, blutlosen Gestalten, die früh dem Siechtume und frühem Tode verfallen, sind „Ferien nicht notwendig“, weil sie nach Ansicht der dreimal Weissen der Chemnitzer Handelskammer nach zehn- bis elfstündiger Arbeitszeit noch Zeit genug haben, sich im Freien aufhalten zu können.

Wie muß dem Unternehmertum das Herz im Leibe lachen ob solch einer wunderbaren Argumentation ihrer Interessentvertreter. Mit Recht schreibt das Korrespondenzblatt:

„Dieses „Gutachten“ erweckt den Eindruck, als hätte der Gutachter von den Arbeitsbetrieben nur von außen Kenntnis, als hätte er noch nie einen Fuß in einen Fabrikhof gesetzt. Daß er von der reichhaltigen sozialpolitischen Literatur, von den Ergebnissen der Arbeiterversicherung, von den Parliaments- usw. Verhandlungen über Fragen des Arbeiterschutzes nicht unterrichtet ist, macht ihn zweifelsohne zum Gutachter einer Handelskammer besonders geeignet.“

Nicht nur daß man für Arbeiter und Arbeiterinnen die Notwendigkeit der Erholung leugnet, man scheint auch der Jugend des Proletariats nicht einmal die Schulferien zu gönnen. Die erbärmliche Entlohnung der Eltern zwingt die Kinder, frühzeitig mit zu verdienen, und gewissenlose Arbeitgeber bemächtigen sich dieser billigen Arbeitskraft trotz aller Kinderschutzgesetze. Besonders schlimm sieht es mit der Ausbeutung der Kinder in der Landwirtschaft aus. Die gesellschaftlichen Schullehrer genügen den Herren Rübentönen nicht. In der Provinz Sachsen und auch in Pommern erhalten die beiden ersten Schulklassen besondere Ferien, damit die Herren über billige Arbeitskräfte zum Rübenvergießen verfügen können. Für 50 bis 80 Pf. Tagelohn werden diese jungen Arbeiter glühendem Sonnenbrande oder strömendem Regen preisgegeben. Abends schleiden die Kinder müde, mit schlaffen Bügen und gebeugtem Rücken heim.

Auch in den großen Sommerferien sind die Kinder auf dem Lande mit Arbeit überhäuft. Zur Zeit der Blaubeerenernte wandern die Kinder schon oft früh 4 Uhr mit ihren Müttern in den Wald, um Blaubeeren einzusammeln. Statt während der Ferien körperliche und geistige Erholung zu finden, nimmt die körperliche und geistige Verelendung verschärfte ihren Fortgang.

Für die Jugend des Proletariats heißt es nicht: Jugendzeit, wie bist du schön!

Frauen, Mütter! Es gilt, der Jugend die Jugendzeit zurückzuerobern! Wollt ihr da zurückbleiben? In der modernen Arbeiterbewegung habt ihr einen mächtigen Bundesgenossen; langsam zwar, aber sicher schreitet sie vorwärts, um mit jeder Form von Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft aufzuräumen. Frauen! Im Interesse eurer Lebenskraft und eurer Gesundheit und der eurer Männer und eurer Kinder dürft ihr in diesem Kampfe nicht untätig und gleichgültig bleiben.

Vorwärts, Frauen!

Verfassungen — Veranstaltungen.

Abend. Mittwoch, 8. August, 8 Uhr. Vortrag.

Gerichts-Zeitung.

Ueberquellender Patriotismus.

Wie ein Vandalen gehaust hat der Bauarbeiter Wilhelm R., der sich gestern wegen Sachbeschädigung vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verantworten mußte. — Im März d. J. war der Angeklagte als Militärpflichtiger zur Stellung einberufen worden und hatte in bei Patrioten seines Schlages leider traditioneller Weise diesen Tag zum Feiertag gemacht und im Kreise gleichgesinnter zukünftiger Vaterlandsverteidiger bei Bier und Branntwein verschiedene Stunden nach der überstandenen Musterung in feucht-fröhlicher Stimmung verbracht. So war er schließlich in eine bedenklich unternehmungslustige Stimmung hineingeraten. Er leistete sich mit drei zukünftigen Kameraden eine „Tage“. Unter Singen und Lärmen unternahm die vier künftigen Vaterlandsverteidiger mit der Drofschleife eine Spazierfahrt in die Außenbezirke Berlins. Vor einem Schanklokal am Weidenweg wurde halt gemacht. Unter lautem Hallo ging es im Gänsemarsch hinein. Bevor noch die allein anwesende Ehefrau des Schankwirts das verlangte Bier eingeschänkt hatte, ergriff der Angeklagte ein auf dem Schanktisch stehendes Tablett und warf es mit solcher Treffsicherheit nach einer auf dem Büfettspind stehenden Gipsfigur, daß diese mit lautem Gepolter ihren lustigen Standort verlassen mußte und in tausend Scherben zerbrach. Als die erschrockene Wirtin um Hilfe rief, goß ihr der Angeklagte die inzwischen eingeschänkten vier Glas Bier ins Gesicht. Nach Berührung dieses Erzeugnisses verließen die patriotischen Gäste lachend und jöhend das Lokal, besaßen wieder den Taxameter und zogen zu neuen Heldentaten aus. Einige Strahenzüge weiter kehrten sie wieder in ein Schanklokal ein. Der Angeklagte bestellte vier Glas Bier und wollte diese mit 40 Pf. bezahlen. Als der Wirt aber 60 Pf. verlangte, begann R. mit den Biergläsern ein regelrechtes Bombardement, so daß die Glasplitter durch das ganze Lokal flogen und die übrigen Gäste die Flucht ergreifen mußten. Unter lautem Jöhlen ging es dann wieder zum Lokal hinaus. Die Drofschleife mußte nun wenden und wieder in das Stadtimere hineinfahren. Hierbei gerieten die braven Vaterlandsverteidiger dem ersten Wirt in die Arme, der mit Hilfe eines Schutzmannes den Taxameter anhielt und ihn samt seinen Inzassen zu der nächsten Polizeiwache dirigierte. R. wurde als der Allein Schuldige befunden und deshalb unter Anklage gestellt. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, sinnlos betrunken gewesen zu sein. Der Amtsanwalt bedauerte es sehr, daß gegen so jugendliche Rombies nicht die Prügelstrafe anwendbar sei, die bei derartigen Verbrechen vielleicht noch bessere Wirkung als eine längere Freiheitsstrafe habe. Der Gerichtshof kam auch dem Antrage des Amtsanwalts entsprechend zu einer exemplarischen Bestrafung des jugendlichen Rombies und erkannte auf einen Monat Gefängnis.

Wir glauben, daß wirksamer zur Vermeidung solcher Rombies, als die vom Herrn Amtsanwalt vorgeschlagene Prügelstrafe, eine weniger auf mordspatriotische gerichtete Erziehung der jungen Volksgenossen wäre. Bei den aus sozialistisch „durchseuchten“ Gegenden stammenden Bestellungspflichtigen sind derartige Erzeffe ausgeschlossen.

Der beleidigte Patriotismus.

Auf eigenartige Weise zog sich der Glasergeselle Semmelwald in Jena eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs und Beleidigung zu. Am Tage der Silberhochzeit des Kaiserpaars nahm er an einer patriotischen Feier des Kriegerveins Remda teil. Eine der Hauptnummern des Programms bestand in dem Auftreten eines Schnellmalers, dessen Spezialität in der „Portraituren“ von Mitgliedern der kaiserlichen Familie bestand. Als der „Künstler“ fragte, wen er zeichnen solle, rief der Angeklagte in einem Anfall schallhafter Dierstimmung wiederholt: „Bebel!“ Darob waren die Kriegerveinler natürlich sehr ungnädig und sie buglierten den Störenfried zum Lokal hinaus. Dabei leistete Semmelwald Widerstand und beleidigte verschiedene Personen. Auf erhobene Anklage verurteilte ihn das Schöffengericht zu 3 Monaten Gefängnis! Das Landgericht Weimar als Berufungsinstanz ermäßigte das Urteil auf 6 Wochen. Für eine Dummheit mehr als genügend.

Unserem Freunde und Genossen
Julius Lutter,
Grüner Weg 60 im Juliussturm,
zu seinem 25-jährigen Jubiläum
die herzlichsten Glückwünsche. [425b]

Zentralverband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin. Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Heinrich Rau
im Alter von 67 Jahren an
Gallensteinkolik am Freitag, den
3. August, verstorben ist.
Eure seinem Andenken!
Der Vorstand.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin. Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Willy Tesch
im Alter von 31 Jahren an
Eugenienzündung am 6. August
verstorben ist.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 8. August, 4½ Uhr vom
Trauerhause, Hennigsdorfer, Burg-
straße 12, aus statt.
Der Vorstand.

Ich bin von der Reise zurück
Dr. Georg Maschke, Zahnarzt,
S., Prinzenstr. 32.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der
Tapezierer Deutschlands.
E. G. 36. — Filiale Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Franz Pflug
am 4. August plötzlich verstorben ist.
Eure seinem Andenken!
4305 Die Ortsverwaltung.

Von der Reise zurück
Dr. Wallbach,
309/15) 50., Muskauerstr. 16.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 137/13
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Portieren
Spezialität! (ca. 200 Genre).
Einz. Garnituren spottbill.
Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.)
gratis u. franko.
Toppich-
Spezialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstr. 158 Berlin
S.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittmoß, den 8. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Operntheater. Cavalleria rusticana. Der Bajazzo.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Eberhard Holmes. Vespung. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Schiller-Theater.)
Wortspiel-Oper: Carmen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Räthliches-Theater). Geschlossen.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Witten. Ritter-Oper. Crispino e la Comare.
Zentral. Der Zigeunerbaron.
Trianon. Die herbe Frucht. Lustspielhaus. Unsere Käte.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Carl Weiß. Adele.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das neue Bild. Spezialitäten.
Wintergarten. Lortzjoda. Spezialität.
Passage. Billy Berger. Spezialität.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Die jüngste Ausdruch des Vesuv.
Sternwarte. Invalidentanz. 57/62.

Ferdinand Bonn

Berliner Theater.
Wittmoß und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Donnerstag und folgende Tage:
Ein idealer Gatte.
Lortzjoda. Harry Walden.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Cavalleria rusticana.
Der Bajazzo.
Donnerstag: Gastop. Franceschina.
Protest: Der Barbier von Sevilla.
Cavalleria rusticana.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus.
Schalter II. A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Donnerstag: Der Corregidor.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag: Don Pasquale.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Unsere Käte.
Sommerpreise: Carl-Fantuzzi 3,20.

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Die herbe Frucht.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr
Das glänzende Eröffnungs-Programm.
14 erstklassige Spezialitäten!

Metropol-Theater
Henry Bender. Josef Giampietro.
Fritz Massary.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater
10 Uhr! Täglich: 10 Uhr!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bild:
Der Omnibus - Triad.
Vorher: Gute Spezialitäten!
Anfang 8 Uhr.
7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.

Etablissement Bughenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezu.
in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Wittmoß u. Sonnabend: Freitanz.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Moritz-Cyber.
Wittmoß, abends 8 Uhr:
Carmen.
Oper in 4 Akten von Bizet.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büdel.
Nartha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Bild. Th.)
Wittmoß bis Freitag: Geschlossen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
popul. Vorst. und bei halben Preisen:
Der Waffenschmied.
Kom. Oper in 3 Akten v. H. Vorhings.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büdel:
Der Postillon von Loujaneau.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Täglich im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Schweizer Garten

Am Königsforst - Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.
„Auf der Liebes-Insel“.
Operetten-Burleske in 1 Akt.
Alle. Martha Bellvert mit ihren besten Varen, Piccardi amerik. Pantomime: Die Einbrecher v. New York. Jeden Mittwoch:
Kinder - Freuden - Fest.
Samentanz frei.
Anfang 5 Uhr. - Entree 30 Pf.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang
Wochentags
8, Sonntag
7 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Das neue August-Programm!
Arbeit schändet nicht.
Vollständ. in 3 Bildern v. Neillinger.
Dazu die erstklassig. Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche von 3 Uhr.
Bei scheidl. Zeit: Vorst. im Saale.

Sanssouci.

Kottbuser
Straß 4a.
Sonntg. Montg. Donnerst. und Sonnabend:
Hoffmanns Nord. Sänger und Tanztruppe.
Reueller Schlagler: Wir von der Kavallerie. Voffe.
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 II.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Ostbahn-Park

Am Kästrinerplatz, Rüdigerstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten - Vorstellung.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sands Sportakt.
„Der grüne Teufel.“
Große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Welt - Ausstellungs-Biograph (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormalitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Neue Welt

Hasenheide 108-114.
Neben Wittmoß:
Gr. Erntefest.
Erntefest, Bombregen, Puppen-Theater, Kinderfabelung.
Gratisverlosung.
1. Preise: Goldene Damen- und Herrenuhren. 19342
Konzert und Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 0,15 M.

Zentral-Theater.

(Cigarette). 8 Uhr (halbe Preise):
Der Zigeunerbaron.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Theater: Täglich 8 Uhr:
Adele.
Lebensbild in 5 Akten v. Hedwig Wild.
Im Sommergarten:
Heute großes Kindererntefest und Spezialitätenvorstellung. Anf. 5 Uhr.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Der Verschwander.
Paul Coradini La Matchiche
Gillens Tauben The Cabanis
Steffen Bros Nold Troupe
Miß Sarret Müller-Römer
Das unruhige Haus,
Pantomime der Balcon-Compagnie.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Im Saale: **Gr. Ball.**
Billetvorverk. v. 10-1 a. b. Theaterkasse.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Wegen kolossaler Nachfrage bis 30. August prolongiert.
Täglich: **16 Löwen**
(Sonntags zweimalige Vorführung)
Ein Compteur, eine Tänzerin im Löwenkäfig und eine Comptesse mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Compteurs.
The Carl Damman-Familie, Amerikas beliebteste Akrobaten.
Und das neue beste Programm Berlins.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. - Entree 30 Pf. - Vorzugskarten sind gültig.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg.
Jernsprecher Nr. 8.
Restaurant und Festsäle.
Jeden Mittwoch: 16482
Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × **Bond haben Gültigkeit.**
Jeden Sonntag: **Spezialitäten-Vorstellung.**
Im Saale: **Großer Ball.** Gebr. Arnhold.
Donnerstag: **Großes Militär-Konzert.**

Neuersehungen.

Wir empfehlen unseren Lesern folgende neu- resp. in neuer Auflage erschienene Schriften:
Das kommunistische Manifest. Siebente autorisierte deutsche Ausgabe. Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels und einem Vorwort von Karl Kautsky. Preis 25 Pf.
In besserer Ausstattung 50 Pf.
Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche. Von Karl Kautsky. Neue Auflage. Preis 30 Pf.
In besserer Ausstattung 75 Pf.
Führer durch das Gewerbe- und Unfallversicherungs-Gesetz. Uebersichtlich zusammengestellt nach der am 1. Oktober 1900 in Kraft getretenen Fassung des Gesetzes. Mit ausführlichem Inhaltsverzeichnis und Sachregister. Dritte verbesserte Auflage. Preis 25 Pf.
Führer durch das Invalidenversicherungs-Gesetz. Uebersichtlich zusammengestellt nach der am 1. Januar 1900 in Kraft getretenen neuen Fassung des Gesetzes. Mit ausführlichem Inhaltsverzeichnis, Sachregister und Formulare. Dritte verbesserte Auflage. Preis 30 Pf.
Der Neue Welt-Kalender für 1907. Preis 40 Pf.
Zu beziehen durch die

Achtung! Gr. Gewerkschafts-Fest Achtung!

für **Adlershof und Umgegend**
Sonntag, den 12. August cr., in „Wöllsteins Lustgarten“, Bismarck-straße 24:
bestehend aus **Konzert, Gesangs-Aufführungen, Reigenfahrten und turnerischen Aufführungen.**
Sämtliche mitwirkenden Kräfte gehören dem Arbeiterbunde an.
Anfang 6 Uhr früh. (Früh-Konzert).
Nachmittags 8 Uhr: **Großer Feltzug mit Musik.**
Sämtliche Festzugsteilnehmer haben sich vor 2 1/2 Uhr vor dem (fr. Fechner'schen Lokale) einzufinden.
Die Aufstellung beginnt 2 1/2 Uhr.
Abends: **Lebende Bilder und Fackelpolonäse.** Jedes Kind erhält eine Stock-Interne gratis.
Im Saale von 4 Uhr **Großer Ball.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Den an roten Schleifen erkenntlichen Ordernern ist unbedingt Folge zu leisten.
Um eine große Beteiligung an diesem Feste ersucht
Das Komitee. L. A.: Der Obmann des Kartells, Wilh. Arndt, Adlershof, Hackenbergstr. 8.

Neue Welt, Hasenheide 108-114.

Sonnabend, den 11. August 1906:
Großes Sommerfest
veranstaltet vom
Deutschen Senefelder-Bund
(Verband der Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufe)
Filialen Berlins und Rixdorf
zum Besten der ausgesperrten Lithographen und Steindruckern
Gala-Spezialitäten-Vorstellung
Konzert der 40 Mann starken Hauskapelle
Großes Feuerwerk des Pyrotechnikers Herrn **Adolf Bock.**
× × Jedes Kind erhält Bons für Stocklaterne und Karussell. × ×
Volksbelustigungen aller Art, für Kinder **Kasperle-Theater.**
Von 9 Uhr ab: **Ball in zwei Sälen.**
Herren zahlen 50 Pf. nach.
Kaffeeküche von 2 Uhr an geöffnet.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 5 Uhr.
Billets à 30 Pf.
sind im Bundesbureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 25, bei Rudolf Oasch, Yorkstr. 82, A. Fisch, Lützowstr. 5, Hugo Kapke, Rixdorf, Hermannstraße 37, zu haben.
Zahlreichen Besuch erwartet
2006/4* Das Komitee.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.**
15 Attraktionen ersten Ranges 15.
Der Millionenschneider.
Poffe mit Gesang in 2 Akten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Beste Bettenfüllung

Sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, sehr angenehmen.
Monopoldaunen
Größt. gefüllte Pfund 2,25.
3-4 Pfund genügen 4 gr. Oberbett.
Vers. geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 48
Spezial-Weißbrot-Spezial-gebackt Deutschlands.
Weine Leih- und Bruchbänd. mit ga. Federn sind die besterz. und vorz. haben feinste Beschaffenheit. Außerdem empfehle mein Lager von Bettunterlagstoffen, Gummistrümpfen, Wickelbinden aller Art für Steamjahren, sowie Suspensoren, hygienische Gummikissen, Bettwaren, feinsten Krankenbetten, Berlin C., Seydelstr. 15.

Fahrräder

3 Jahre Gar., 45 M
Famil.-Nähmasch.
5 Jahre Gar., 27 M.
Laufdecken, 1 Jahr.
Garant., Qual. 2,90.
Luftschläuche 2,30
bis a. allerb. Qual.
Vertreter meiner
Fabrikate erhalten
neuen Motorrad für
ermäßigten Preis. Scholz, Fahr-
radw., Steinas a. O. W. 44/45.

Kaufe bei Blitz

Herren- und Knaben-Konfektion.
Die gesamten Restbestände der Sommerwaren, darunter die elegantesten **Herren-Sommerpaletots** kommen zu jedem annehmbaren Preise zum Verkauf.
Herren-Anzüge, Kavaller . . von **6 90** an
Burschen-Anzüge, hochelegant von **4 35** an
Kinder-Anzüge, Tip-Top . . von **1 95** an
Herren-Hosen, Maß-Ersatz . . von **1 80** an
um für die in Unmengen angekauften Wintersachen genügend Platz zu bekommen. 136/6*

Achtung! Blitz Achtung!

3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte
137 Große Frankfurterstr. **137**
zwischen Koppen- u. Frachtstr.
Chonés Industrie-Palast
80 Chaussee-Straße **80**
9 Rosenthaler Straße **9**
Ecke August-Straße.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW 68, Lindenstr. 69, Laden. 234/12*

Zentralverband der Steinarbeiter.

Berlin I.

Freitag, den 10. August 1906, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27 c.

Tages-Ordnung: 172/20*

1. Antrag der Verwaltung: Beitragserhöhung. 2. Antrag der Verwaltung: Einführung eines Ortsstatuts. 3. Unterstützungsgelände. 4. Der jeweilige Stand der Ausübung in Berlin und des Streiks im Rufschiffgebiete. 5. Verschiedenes.

Kollegen, in dieser Versammlung darf niemand fehlen!

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Die Statistik wird nur noch in dieser Versammlung abgenommen. Auch ersuchen wir, endlich mit den Wahlen vom Sommerfest abzurechnen.

Der Vorstand. F. H.: Gansche.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschl.

Ortsverein Berlin.

Abteilung sämtlicher Putzer.

Freitag, den 10. August 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Witte, Brunnenstraße Nr. 188.

Tages-Ordnung: 130/6*

1. Ist die Abteilung der Putzer innerhalb der Freien Vereinigung notwendig und berechtigt? Referent Kollege Julius Gehl. 2. Diskussion.

NB. Von 8 Uhr an werden in der Versammlung Beiträge kassiert und Mitglieder aufgenommen. — Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(C. D. Nr. 2 Hamburg. — örtliche Verwaltung Berlin.)

Donnerstag, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Hfer 15, Saal 7

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 259/15*

1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Anträge zur Generalversammlung.

Der Vorstand. F. H.: Richard Schröder, Lützowstr. 82.

Der politische Massenstreik

war in letzter Zeit wieder Gegenstand eingehender Diskussionen; er wird auch den bevorstehenden Parteitag beschäftigen. Wir empfehlen daher den Parteigenossen zur Orientierung folgende Schriften:

Der politische Massenstreik

und die Sozialdemokratie

Sonderabdruck der Verhandlungen auf dem Parteitag in Jena

Preis 20 Pf.

Der politische Massenstreik

Vortrag von Eduard Bernstein

Konfiziert gewesen!

Preis 20 Pf.

Generalstreik und Sozialdemokratie

von Henriette Roland-Holst

Mit einem Vorwort von Karl Kautsky.

Zweite revidierte und erweiterte Auflage.

Preis 1.50 M.

Expedition des „Vorwärts“, BERLIN SW. 68

243/13* Lindenstraße 69 (Laden).

Grundmann, praktischer Naturheilkundiger

Naturärztliche Heilanstalt

„Häckescher Hof“, jetzt Kurhaus, Rosenthalerstr. 40.

Sprechst. für Kranke jeder Art tgl. 11-2, 6-8, Sonntags 10-12.

Verband der freien Gast- und Schankwirte

Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirks-Versammlungen:

- Bezirk 1.** Die nächste Versammlung findet am Donnerstag, den 9. August, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Georg Bieleke, Bahstr. 8, Hatt.
- Bezirk 2.** Die nächste Versammlung findet am Freitag, den 10. August, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen M o t h e s, Hülfsstr. 40, Hatt.
- Bezirk 3.** Nächste Versammlung am Freitag, den 10. August, beim Kollegen E. Franz, Dunderstr. 8.
- Bezirk 4 (Ch. Ziboff).** Die nächste Bezirksversammlung findet am Freitag, den 10. August, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Paul Z i l l i n, Remederstr. 67, Hatt.
- Bezirk 5.** Die nächste Bezirksversammlung findet am Donnerstag, den 9. August, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen D o n a t h, Schönleinstr. 6, Hatt.
- Bezirk 6.** Die nächste Versammlung findet am Freitag, den 10. August, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen S a b u r g, Kaiser Wilhelmstr. 18 m, Hatt.

Der Bevollmächtigte.

Einsetzer!

Donnerstag, 9. August, abends 8 Uhr, bei Boefer, Weberstraße 17:

Versammlung der Einsetzer

Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

Der neue Tarif und Beschlußfassung über denselben. Die Mitgliedsbücher des Holzarbeiter-Verbandes, des Vereins der Einsetzer und des Gewerkschafts legitimieren.

Die Kommission.



Jedes Jenensia-Rad

ein Meisterwerk deutscher Technik.

Teilzahlung!

Zwei Jahre Garantie!

Sozial-Räder M. 65.—, Sozial-Luxus-, Preis M. 100.—, Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!

23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Kufeke's Kinder-mehl

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung. Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf., Stielgeschube und Schließfächer-Anzeigen 5 Pf.; das zweite Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Räumungs-Ausverkauf! Gardinen, Flores, 10 Proz. Rabatt; Fenster 1,15, 1,55, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 usw. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Köpenickerstraße.

Tischdecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 usw. Borchgarden, weik, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus.

Räumungs-Ausverkauf! Möbelstühle, Stühle, Sofas und Bette für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.

Japaner- und Berliner-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 1731/2*

Große Posten edle Plüschdecken mit Kellern, nur so lange Vorrat 15 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1732/2*

Räumungs-Ausverkauf! Einen Posten Tischdecken 1,55, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 usw. 1733/2*

Plüschdecken, wert das Doppelte: jetzt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00; 10 Proz. Rabatt. 1734/2*

Teppichdecken, nur so lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 5,85, 6,85. 1735/2*

Tuch- und Wolldecken mit Dauerbezug 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Hallesche Straße Köpenickerstraße. 1736/2*

Gartenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 17

Fahrräder, Teilszahlungen. Bergstraße 28, Hallesche Straße 40. 1663/2*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz. Blumenstraße 39 b. 1710/2*

Geschäftsdrucker, Lieferant Hattl, 50,00. Holz. Blumenstraße 39 b. *

Teppiche! (schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Hattl, Hallescher Markt 4, Bahnhofsstr. 266/14*

Hochbornische Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 39,00. Herrenhosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Auguststraße 63, 1 Trepp.

Teppiche mit farbigen Bildern Hattl, niedrige Preise Große Frankfurterstraße 9, parterre. 71

Milchgeschäft mit Rolle ist fränkischerbiller billig zu verkaufen. 28. Ufr. Lindenstraße 59. 3006*

Restaurations, mehrere gutgehende, passend für Parteilagen, sehr elegant, zu erfragen bei Bäumer, Schönberg, Karzin Lützowstraße 51, Laden. 7104*

Kinderwagen, Kinderbetten, Spuckwagen, gebraucht, ungeschädigt, spottbillig. Schneider, Kurfürstentstraße 172. 2265*

Teppichdecken billigst bedr. Große Frankfurterstraße 9, parterre. 71

Verantwortl. Redakteur: Carl Vermuth, Berlin-Niedrigdorf. Für den

Hohe Vergütung bei Ringelstichen Bobbin, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpenderstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Preussenerstraße 50/60. 788*

Teppiche, Rückseite angeschmückt, unter Kabinpreis. Große, Ringelstraße 17. 1076/2*

Fröhenanzüge!! Waschlampen! 9,00. Salongastromen! 15,00. Gasampullen! 1/2. Melochgaslöcher! 3,00. Bobliner, Ballener, Idealstraße 22 (Waldeshauserstr.). *

Kleiderpinde 20 Mark, Kommode 21, Bettsofa 29, furniertes Kleiderpindeverkleid, modern 40, Säulenstühle 54, Garderobenschrank 38, Hochschleifen 21, Ruhebett 27, Schlafsofa 38, Kuchelbrotstühle, englische Schlafzimmer, Kuchelbrotstuhl, auch Teilszahlung. Transport frei. Wollstraße 51. 146/5*

Dame muss verkaufen: elegantes Hochschleifen, Kuchelbrotstuhl 38,00, Nagelstraße 18 b, parterre rechts.

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Leinwand, Uhren, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 4015*

Reisekoffer, Operngläser, Reisezeuge, Regulatoren, Fischmesser, Harmonikas, Geigen, Silber, Silber, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 4015*

See- und waldreicher Vorort, Thausen, Wald, Landparzellen, Quadratmeter 40 Pfennig an. 3. Verleger Kleinmann, Stolpestraße 3.

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an. Hosen von 1,50 an. Gebrochene von 12,00 an, Frack von 2,50 an, sowie für formale Figuren. Neue Garderobe zu taunend billigen Preisen, auch Kleidern derselben Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Rob, Mulatstraße 14. 4085*

Kranzstraße 50, Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig, weil die hohen Wadenmieten spore. 4285*

Gutgehende Plüschdecken mit Gardinenpanzer mit guter, alter Kundigkeit ist billig zu verkaufen. Frau Koch, Köpenick, Kaiserin Auguste Viktoriastraße 3. 1737/2*

Kolonialwaren, Obst- und Gemüse-Geschäft mit Rolle umständlicher zu verkaufen. Otto Franz, Niedrigdorf, Reifstraße 4. 7118*

Kleine Kolonialwaren billig verkauft Kempelhof, Friedrich Wilhelmstraße 15, im Restaurant. 4246*

Bereitsdanner, Vereinspinde, Schürpen für Rauchklub passend, billig verkauft. Henze, Gröbenstraße 72. 4236*

Leibwäse auf Ziel liefert „Fabrik“, Postamt 54. 4296*

Wheeler-Bilson-Rohstoffe, gut erhalten, billig zu verkaufen. Karlowitz, Hübnersdorferstraße 47 IV. 7197*

Bliesharmonika, zweifach, billig verkauft. Kurzweg, Borchgarden, Schulstraße 9. 4338*

Kanarienvogel, Vorkäufer, billig. Jüdenstraße 47 II. 146/12*

Nähmaschinen, Zahl bis 15,00, vier Teilszahlungen kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Drauser, Lützowstraße 90. 737*

Monatsanzüge, Sommeranzüge von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Paul Hülken, Lützowstraße 22, jetzt Köpenickerstraße 10. Kein Laden. Habe keine Pflanz. 267/11*

Zaun- und Baumaterialien, neu und gebraucht, wie: Sandholz, Bretter, Laten, Reiten, Türen, Fenster, Linoleum, Dachpappe usw. Billig. Früher Köpenickerstraße 22, jetzt Köpenickerstraße 2 (am Hermannplatz). 4215*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Waisenstraße 67, Wienerstr. 1/8, Kiderstraße 111. 4185*

Verschiedenes.

Freie Scholle, Goldmannsplatz-Lager findet am 12. August ein großes Ernte-Erntebrot statt. Accunde, Genossen ladet ein das Komitee. 1738/2*

Patentanwalt Wessel, Wollschneiderei 94a. 2075*

Wandliche, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1667/2*

Niederstr., Knechtstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parteilokal (600 Personen). Sonntags freigelegt und Ball. 7117*

Günderich, Volkshumorik. Auch Gesellschaft. Jenastraße 1a. 798*

Vermietungen.

Klempner mit Werkstatt und Wohnung (18 Jahre mit großem Erfolg betrieben), Grobberestraße 44 parterre, 1. Oktober zu vermieten. Näheres nur hochparterre rechts. *

Wohnungen.

Nieder-Schönhäusern, Deutsch-Amer., Schillerstraße (am Strahlenbühnen) moderne Vorderwohnungen, 2 und 3 Zimmer von 324 und 450 Mark an. Näheres Nieder-Schönhäusern, Köpenickerstraße 34. 145/6*

Stube, Küche 22 Mark, Seestraße 88 H, zwei Stuben, Küche 28 Mark. Näheres beim Wirt. *

Billige Wohnungen, große und kleine, sofort und 1. Oktober 1906. Dudenstraße 37 beim Wirt. *

Müllerstraße 25, Reibding, gesunde Wohnungen 20 Mark. 4025*

Zwei Stuben und Küche, Stube und Küche, eine einzelne Stube mit Korridor und Wasserleitung zum 1. Oktober zu vermieten. Schönleinstr. 6. 7107*

Stube und Küche zu vermieten. Gubenerstraße 6. 3605*

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacoby, Kolbergerstraße 26, III. *

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. **Automobilfahrer!** Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Glänzende Erfolge. Lehrgänge kostenlos. Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12.

Steinbohrer, tüchtige, selbständige, sofort gesucht. Deutsche Steinbohrer, Kanitzstraße 28a.

Monteur und Maschinenhelfer, die im Schneepressenbau geübt sind, stellt ein Paul Müller, Ritterstraße 26.

Schloßergesellen, tüchtige, ersehnt, auf Türen, Gitter und Bauholz verlangt Kluge, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 4078*

Kreisbogenmacher auf Risten bei hohem Lohn wollen sich melden unter E. A. 2588 Rudolf Woffe, Prinzenstraße 41. 146/8*

Radschlepper mit eigenem Zweirad (Arbeitszeit morgens 4—11), nachmittags 3/4—7 Uhr) finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Schötenstraße 23/24. 146/11*

Liegenlänger-Händler, Handelsbüchsen verlangt: Hundert Liegenlänger 280, Dummlarbiges Fliegenbäten! Werthbilligste Einkaufsquelle. Ostermanns Chemische Fabrik, Schötenhauser Allee 141. 716*

Maurer auf Ausbau verlangt. Hofmeisterstraße 33, Steglitz, Beller.

Schlosser auf Stanzmeister. Warquardt, An der Wichelstraße 1.

Tüchtige Einseher werden verlangt. Charlottenburg, Gubenerstraße 21. 1727K

Tüchtige Einseher stellt ein R. Heinemann, N. Schulstraße 71. 4315

Grundriker verlangt Köpenickerstraße 147. 4286

Verhörer verlangt Emil Berger, Berlin (Osten), Kronprinzenstraße 41, parterre. 7130

Bergarbeiter auf Silberstein sucht A. Beckmeister, Goldschmiedstraße 2a. 4208

Milchleger verlangt Vinkelsch, Oedelschlagstraße 29. 7104

Tüchtige Feder für Goldbleiben sucht A. Beckmeister, Schmidstraße 8a. 7137

Wamiels auf Nadels verlangt Landwehr, Kocherstraße 6. 759

Botenfrau (für Mühlentische) verlangt Sorauerstraße 20. 146/9*

Wamiels auf Nadels, Boleros, Kostümröcke verlangt Grohn, Thauerstraße 21. 737*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Arbeitersekretär gesucht. Für das Arbeitersekretariat Magdeburg wird zum 1. Oktober cr. ein tüchtiger eingearbeiteter Arbeitersekretär gesucht. Bewerber wollen ihre Offerte unter Angabe der Gehaltsansprüche, der bisherigen Tätigkeit und der Organisationszugehörigkeit bis 20. August cr. an Wilh. Grohkopf, Magdeburg, Pfälzerstr. 13, Postamt, einbringen. 200/2*

Gütiger lithogr. Faktor von renommiertem süddeutscher Kunstansatz zum sofortigen Antritt gesucht. Offerten unter Beifügung von Photographie, Lebenslauf und Zeugnissen erbeten unter R. 1 an die Expedition.

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung. Prinzenstraße 41. 146/6*

Deutsch. Buchhändlerverband (Zahlstelle Berlin). Folgende Firmen sind, weil Einlieferungen nach dem abgeschlossenen Vertrage nicht erfolgt sind, bis auf weiteres gesperrt:

Xaver Külle, Reichendergerstraße 36.

Fleck Nachf., Köpenickerstr. 87.

Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.

F. O. Agthe, Wilhelmstr. 119/20.

Ad. Schob, Ruitamerstraße 19 und Dehnerstraße 14.

Kartonfabrik Ad. Lesser, Kranzstraße, für Kartonarbeiter, u. für Galanteriearbeiter die Firma Aloys Suk, Reanderstr. 4.

Vor Arbeitsaufnahme in den Verbandsbetrieben, auch durch den paritätischen Facharbeitsnachweis ist Information auf dem Bureau, Engelauer 15 II, Zimmer 21, einzuholen. 24/12 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung! **Klavierarbeiter!**

In der Pianofabrik von Bell & Co., Andreasstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnrückfragen die Arbeit niedergelegt. 141/15*

Zugang ist fernzubalten. Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung! Achtung!

Kürschner

Wegen Differenzen haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Mäusenfabrik von S. Gärtner & Co., Marzahnstr. 50, die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzubalten. 102/15*

Verband der Kürschner Berlins und Umgegend.

Deutscher Kürschner-Verband (Zahlstelle Berlin).

Achtung! Die Holzbearbeitungsfabrik Nadge, Palisadenstr. 77/78 und Rummelsburg, Wilhelmstrand, ist für Maschinenarbeiter sowie Hilfsarbeiter gesperrt! Sämtliche Arbeiter befinden sich im Auslande.

Verband der Handels- und Transportarbeiter. Verband der Maschinenarbeiter.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Osten: Mann, Petersburgerplatz 4. Deegen, Köpenickerstr. 8. Gustav Vogel, Köpenickerstr. 83.

Nordosten: L. Jucht, Reibstr. 42. J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden: G. Rasche, Kiderstr. 36. H. Trapp, Köpenickerstr. 24. Karl Wied, Köpenickerstr. 123. Karl Weiske, Köpenickerstr. 41/42. V. Dehagel, Köpenickerstr. 24. G. Vogel, Köpenickerstr. 37. H. Ties, Jannitscherstr. 124.

Nordwesten: Karl Anders, Salzschleierstr. 8. W. Schöle, Ostendstraße 29.

Südwesten: G. Werner, Mittelstraße 30. D. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden: St. Fröh, Prinzenstr. 31. H. Schulz, Köpenicker Damm 8.

Südosten: Paul Böhm, Lützowstr. 14/15. W. Fröh, Engel-Hfer 15.

Charlottenburg: G. Schwarzer, Seidenbinderstr. 1. Friedrichsberg: C. Seifert, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf: M. Gehrlich, Kiderstr. 7. Conrad, Hermannstr. 50.

Schöneberg: Wilh. Bäumer, Karzin Lützowstr. 51.

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

„Freies Kunstheim.“

Zahlreiche Anfragen in bezug auf die gegenwärtig zur Ausgabe gelangenden Flugblätter und Fragebogen zwecks Bildung einer Theatererwerbsgesellschaft „Freies Kunstheim“ machen einige Erläuterungen des in dem Aufruf in Nr. 155 veröffentlichten Prospekts nötig.

Zunächst muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß es sich bei der gegenwärtig veranstalteten Umfrage nicht darum handelt, sofort die erwünschten pekuniären Hilfsmittel in Form von Anteilsscheinen a 20 M. zu erhalten, sondern es soll der „Freien Volksbühne“, den interessierten Organisationen und der Berliner Arbeitererschaft ein allgemeiner Überblick gegeben werden, ob das geplante Unternehmen die erforderliche Unterstützung zu seiner Verwirklichung bei den Berliner Arbeitern findet oder nicht.

Das so geschaffene Provisorium soll der Ausgangspunkt und die Grundlage für die zu bildende Gesellschaft sein.

Vor der Inangriffnahme des Bauplanes, vor der Einziehung der Anteilbeiträge von den Zeichnern wird der genaue Plan, die Kostendeckung, die finanzielle Sicherheit öffentlich bekannt gegeben werden. Insbesondere würden wir uns auch vor der Gründung der Theatererwerbsgesellschaft und Einforderung der zugesagten Darlehen mit den Organisationen der Berliner Arbeitererschaft verständigen.

Die zur Ausgabe gelangenden Flugblätter und Fragekarten sind erhältlich an den Zahlabenden der Berliner Parteiorganisationen, im Berliner Gewerkschaftsbureau, Engel-Platz 15 part. (wo sie von den Gewerkschaften eingefordert werden können; ferner bei den Vorständen der Freikirchlichen Gemeinde, Arbeiter-Bildungsschule und des Berliner Volkshorsts und besonders in sämtlichen 36 Zahlstellen der Freien Volksbühne, die zugleich als Sammelstellen für die Antwortkarten dienen.

Alle Arbeitervereine, die ihre Mitglieder an diesem Unternehmen beteiligen wollen, werden gebeten, ihren Bedarf an Flugblättern bei der Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69 zu entnehmen. Die Gewerkschaftspressen wird um Abdruck des Aufrufs ersucht. Gleichzeitig appellieren wir an die Mitglieder der Freien Volksbühne und an die Freunde ihrer Ziele, unverzüglich eine rege Agitation für die Verbreitung des Planes zu entfalten.

Der Vorstand der Freien Volksbühne
i. Vert.: Die Geschäftsstelle:

G. Winler, Kirchhoffstr. 46 II, Berlin-Mittdorf.

Partei-Angelegenheiten.

Wahlung, V. Wahlkreis. Die erste Abteilung hält diesmal am Mittwoch in den Luna-Sälen, Neue Königstr. 7, einen gemeinsamen Zahlabend ab. Das Erscheinen aller Mitglieder ist nötig. — Die Broschüre des Genossen Göhre gelangt zur Gratisverteilung. — Der Abteilungsführer: Wasser.

Wilmersdorf (6. Bezirk, Friedenauer Ortsteil). Parteifokal: Fischer, Durlacherstr. 8. Laut Beschluß wird am heutigen Zahlabend mit den Vorträgen über unser Parteiprogramm begonnen. Es ergeht daher an alle Mitglieder des Wahlvereins die dringende Aufforderung, bestimmt zu erscheinen.

Potsdam. Der sozialdemokratische Wahlverein hält heute (Mittwoch), abends 8 1/2 Uhr, seine Mitglieder-Versammlung im Restaurant Ladenthin, Kaiser Wilhelmstraße 38 ab. Aus der wichtigen Tagesordnung sei die Kreis-Generalsammlung und die Provinzialkonferenz genannt. Da auch die Wahl der Delegierten vorgenommen wird, so ist allgemeines Erscheinen notwendig.

Berliner Nachrichten.

Die Religion in den Zwangsanstalten

wird bekanntlich zwangsweise verabreicht. Die Hausordnungen der Gefängnisse und Strafanstalten besagen, daß jeder Gefangene an den Gottesdiensten teilnehmen muß und nur in besonderen Fällen kann er von dem Besuche derselben dispensiert werden. Trotz dieser zwangsweisen Eintrichterung der Religion scheinen die Ergebnisse auf diesem Gebiete sehr magere zu sein, wie aus dem diesjährigen Ephoralbericht hervorgeht, den der Superintendent Fraedrich erstattet und der recht interessante Einzelheiten enthält.

So wird aus der Strafanstalt Moabit — dem Zuchthaus in der Lehrterstraße — berichtet, daß dieselbe einen Durchschnittsbestand von täglich 549 Gefangenen hatte, daß es jedoch nur die Minderheit sei, bei denen infolge der Strafe wieder das Verlangen der Versöhnung mit Gott in der Seele wach werde. Immerhin seien doch Fälle zu erwähnen, in denen die geistliche Arbeit von ganz erfreulichem Erfolge gewesen sei.

Aus dem Strafgefängnis Plöhensee wird mitgeteilt, daß sich im Winter die Räume meist mit kurzzeitigen Gefangenen füllten, die sich infolge von Arbeitslosigkeit durch Betteln, Nichtbeschaffung eines Unterkommens u. kleinere Haftstrafen zugezogen hatten. Diese kurzzeitigen Gefangenen befanden sich zum großen Teile noch nicht lange in Berlin; sie hofften hier Lohnende Beschäftigung zu finden, vermehrten aber bald das Heer der Arbeitslosen und beendeten dann ihre Laufbahn in Plöhensee. Diesen Leuten habe man dadurch zu helfen gesucht, daß man ihnen die Rückkehr in ihre Heimat, ins Elternhaus, nach ihrer Entlassung ermöglichte. Am meisten Sorgen machten die Gefangenen, denen ein eigenes Heim fehle und denen Plöhensee zur zweiten Heimat geworden sei und die immer wieder kämen, weil sie unfähig seien, den Kampf des Lebens allein zu bestehen; besser gesagt, weil sie eben in immer dieselben Verhältnisse hineinkommen. So zählt der Bericht noch verschiedene Klassen von Gefangenen auf, um dahin auszukommen, daß es in jedem Falle für den Seelsorger gelte, zu individualisieren und neben dem sonntäglichen Gottesdienste und der gelegentlichen Einzelunterredung großes Gewicht auf die regelmäßigen religiösen Besprechungen zu legen. Schließlich wird noch erwähnt, daß zum ersten Male die Strafvollzugsbehörde die Genehmigung erteilt habe, daß Verlobte, während der Brautgam seine Strafe verbüßte, hier die Ehe schließen und danach zur kirchlichen Trauung vor den Altar treten dürften. Es sei das in zwei Fällen geschehen. Beide Male seien dem früheren Zusammenleben bereits Kinder entsprossen gewesen und, so heißt es weiter, „schwere Verschuldungen aus früherer Zeit und auf beiden Seiten verließen dem gegenseitigen Altargelübde einen besonderen Ernst.“ Die nachträgliche kirchliche

Trauung nach zum Teil schon vor Jahren erfolgter e-Eh schließung wurde in drei Fällen begehrt und vollzogen. Gestraft wurde auf seine Bitte ein bereits 23jähriger Mensch nach entsprechender Vorbereitung; es war bis dahin „immer vergessen worden“.

Aus diesem Bericht scheint uns eine schwere Selbsttäuschung der Herren Strafanstaltsgeistlichen hervorzugehen. Zunächst ist es allgemein bekannt, daß gerade die routiniertesten Gefängnisinsassen sich am religiösesten und frömmsten gebärden, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil sie auf diese Weise glauben, während ihrer Haft und auch nach ihrer Entlassung durch Zuredung der Geistlichen sich manche Vergünstigungen zu verschaffen. Weiter aber muß die seelsorgerliche Tätigkeit ein negatives Ergebnis haben, weil sie sich an den Opfern der heutigen gesellschaftlichen Zustände erprobt. Eine Entlastung der Gefängnisse und Strafanstalten kann nur herbeigeführt werden durch eine systematische Hebung der Lage der arbeitenden Klassen. Das geht auch aus dem Bericht hervor, in dem es heißt, daß im Winter in der Zeit der Arbeitslosigkeit die Gefängnisse überfüllt werden, der beste Beweis für den Zusammenhang der sozialen Lage der Bevölkerung mit der Kriminalität. Dazu sind allerdings unsere Herren Geistlichen nicht zu haben, sie sind Diener des Staates, die mit dafür zu sorgen haben, daß die heutigen Zustände so lange wie möglich konserviert werden. Die Kirche und die Religion sind Mittel zu diesem Zweck.

Der Achtuhrladenschluß

scheint für Berlin gesichert zu sein. Zwar ist über das Ergebnis der Abstimmung, die in der Zeit vom 26. Juni bis zum 14. Juli von den interessierten Geschäftsleuten vorgenommen wurde, vorläufig noch nichts Sicheres bekannt. Aber der „Lokal-Anzeiger“ erklärt, es „erscheine schon jetzt mehr als zweifelhaft“, ob das Ergebnis „gemäß den Bestimmungen der Gewerbeordnung zu vertretbar sein werde“. Er stellt in Aussicht, „sicherlich werde die unterliegende Partei die Giltigkeit sofort im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens anfechten“. Und zum Schluß verkündet er: „Mit der Einführung des Achtuhrladenschlusses wird es also noch gute Weile haben.“ Aus dieser Drohnate des Scherblattes, die offensichtlich von Gegnern des Achtuhrladenschlusses herrührt, darf gefolgert werden, daß ihre Sache schlecht steht.

Die „unterliegende Partei“ verrät auch schon, wie sie ihre Sache zu bessern gedenkt. Im „Lokal-Anzeiger“ erzählt sie, womit der Einspruch begründet werden soll. Es seien große Schwindeleien vorgekommen. Obwohl die maßgebende Liste der stimmberechtigten Geschäftsinhaber nur etwa 15 000 Namen aufweise und sehr viele Stimmberechtigte sich der Abstimmung enthalten hätten, seien doch weit über 19 000 Stimmen abgegeben worden. Viele davon seien schon deshalb ungültig, weil sie von Geschäftsinhabern, die nicht in den Listen standen, oder von Angestellten und anderen Personen, die gar kein Geschäft haben, abgegeben seien. Sodann aber sei ermittelt worden, daß sehr viele Fälschungen von Unterschriften verübt worden seien, deren genaue Zahl kaum festzustellen sei. Es frage sich, wie man die Richtigkeit der Unterschriften nachweisen solle, wozu Umfragen bei allen Geschäftsinhabern nötig wären. Der Nachweis aber, wer die Fälschungen der Unterschriften auf den Stimmlisten verübt habe, sei kaum zu erbringen. „Es erscheint“, so sagt die „Lokal-Anzeiger“-Notiz, „der Verdacht nicht unbegründet, daß die Stimmen-Akquisitionen, die für jede Stimme meist etwa 80 Pf. erhielten, dabei beteiligt waren. Noch am letzten Tage der Abstimmung, sogar noch in der letzten Stunde vor ihrem Schluß, erschienen viele junge Leute im Geschäftszimmer des Wahlkommissars mit ganzen Paketen von Wahlzetteln, die sie abgeben wollten, wenn ihnen dies unter Angabe der Zahl amtlich bescheinigt würde. Sonst habe die Abgabe für sie „keinen Zweck“, denn nur unter Vorlegung der Quittung würden ihnen die 80 Pf. pro Karte ausgezahlt.“

Wer mögen die geheimnisvollen Auftraggeber gewesen sein, die den Stimmen-Akquisitoren ihren Lohn auszahlen wollten, wenn sie Quittung über richtige Ablieferung der eingesammelten Stimmlisten vorlegen könnten? Von Vereinen der Ladeninhaber wie von Gehilfenorganisationen war vor Jahren eine Kommission gebildet worden, um gemeinsam für den Achtuhrladenschluß zu agitieren. Diese Kommission hat jetzt auch die Sammlung von Stimmen betrieben und dabei Akquisiteure beschäftigt. Die Akquisiteure sind auch bezahlt worden, aber daß ihnen eine Quittung über Ablieferung der Stimmlisten abgefordert worden sei, das ist schon nicht wahr. Vielleicht sind die Schwindeleien, die da vorgekommen sein sollen, verübt worden von — Gegnern des Achtuhrladenschlusses. Gegnern des Achtuhrladenschlusses kommen sie jetzt auch zugute, indem sie ihnen die Möglichkeit geben, das Abstimmungsergebnis anzusehen.

Die Zigarettensteuerbänder geändert. Die Zigarettensteuerbänder, die am 1. Juli eingeführt worden sind, haben bereits eine Aenderung erfahren. Der Reichsfinanzminister hat die Reichsdruckerei beauftragt, die Bänder für Zigarettenpackungen bis zu 50 Stück ausschließlich in derselben Länge herzustellen wie die Steuerzeichen für größere Zigarettenpackungen, so daß die Länge sämtlicher Steuerzeichen für Zigarettenpackungen künftig einheitlich 27,5 Zentimeter betragen wird. Im übrigen bleiben die Steuerzeichen unverändert.

Die Wahlen zur Ortsklasse der Schneider finden am 18. August von 8 bis 9 Uhr abends in der „Neuen Philharmonie“, Köpenickerstraße 99/107, statt. Der Verband der Schneider ersucht darum, in den heute abend stattfindenden Zahlabenden angesichts der Wichtigkeit der Wahl darauf hinzuweisen zu wollen, daß vor allem auch die der Klasse angehörenden Frauen und Mädchen ihr Wahlrecht ausüben möchten.

Eine Arbeitswilligen-Listung war am Dienstag in der Zimmerstraße zu beobachten. An dem Hause Zimmerstraße 64, das einem Umbau unterzogen wird, ist für Malerarbeiten ein Gerüst aufgestellt. Dieses Gerüst wurde zugleich von Glasern benutzt, die im Erdgeschoß ein paar große Schauensenster zu verlagern hatten. Die Glasarbeiten wurden ausgeführt von der Firma Hartmann, Alt u. Co. — und die fünf Glaser und zwei Handlanger, die dabei beschäftigt wurden, waren Arbeitswillige. Den Leuten müßten wohl die polizeilichen Vorschriften über die Aufstellung und Benutzung von Gerüsten nicht bekannt gewesen sein. Sie hatten sich damit begnügt, über die Stroffen der Leitern des Gerüsts einige Schalbreiter zu legen — und auf diesen dünnen Dingen hatten sie nun, während sie ihre Arbeit verrichteten, Arbeiter, die das sahen und sich

der Vorschriften erinnerten, machten einen in der Nähe stehenden Schuttmannsposten darauf aufmerksam. Aber der Beamte erklärte, sie sollten ihre Beschwerde auf der Revierwache vortragen. Das geschah, doch dort wurde wieder geantwortet, daß sei Sache des auf der Straße stehenden Postens. Als in der Mittagspause die Maler den arbeitwilligen Glasern bei ihrer rastlosen Tätigkeit zuschauten und auch Passanten stehen blieben, um sich das Gerüst näher anzusehen, fand der Schuttmann, daß durch die Beobachter der Verkehr behindert werde. Die Erregung legte sich erst, als die Schalbreiter wieder von dem Gerüst entfernt wurden. Hätten wir eine Baukontrolle, die nicht von Schuttmännern (die ja bei uns zu Lande alles wissen sollen), sondern von Arbeitern selber ausgeübt würde, dann würden solche Vorkommnisse bald unmöglich werden.

Ein schwerer Unglücksfall ist gestern nachmittag in der Uhlandstraße 51 durch Gas hervorgerufen worden. Die dort im Hinterhause wohnhafte Witwe Braun wollte sich Kaffee zubereiten und hatte den Gashahn am Kocher wohl aufgedreht, aber nicht angezündet. Während sie nun auf dem Rückenstuhl saß und Kaffee mahlte, strömten aus der Öffnung große Mengen Gas heraus. Frau B. wurde betäubt und stürzte zu Boden. Als ein junges Mädchen in die Wohnung Einlaß begehrte, rief es ihr verdächtig nach Gas. Da sie vergeblich an der Türschwelle rüttelte, holte sie schließlich den Portier, der gewollt öffnete. In der Küche fanden dann die beiden Frau B. vollständig betäubt auf dem Boden liegend vor. Sie hatte bereits soviel Gas eingeatmet, daß sie in fast hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus Bestend gebracht werden mußte.

Der im Tegeler See unweit der Insel Scharfenberg am Sonntag ertrunkene junge Mann ist als der 18jährige Bankeleve Erich Jänike aus Berlin rekonstruiert worden, dessen Eltern zum Sommeraufenthalt in Jörßelsde weilen. Der Ertrunkene hatte die verhängnisvolle Fahrt mit seinen Geschwistern und einigen Bekannten unternommen, und es scheint, als ob mangelhafte Kenntnis der Segelführung den Unfall herbeigeführt hat. Erich Jänike war kurz vorher, ehe das Boot kenterte, in die Kajüte hinabgegangen, um ein wenig auszurufen und hat, da die Pluten in den kleinen Verschlag eindringen, im Schlaf den Tod gefunden.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern morgen an der Ecke der Volta- und Brunnensstraße. Die 33jährige Ehefrau Emilie Kladnow, Voltastr. 33 wohnhaft, war im Begriff gewesen, an der erwähnten Stelle den Fahrdamm zu kreuzen, als ihr in voller Fahrt ein Straßenbahnwagen entgegenkam. Beim Ausweichen geriet sie gegen ein vorüberfahrendes Automobil, wurde umgerissen und überfahren. Ein Schuttmann brachte die Verunglückte im bewußungslosen Zustande nach der Unfallstation in der Wabstraße. Dort wurden schwere innere Verletzungen und Wunden an Händen und Beinen festgestellt.

Eine ernste Warnung für Ausflügler, im Walde Naschen und Gläser zu zerbrechen und weggeworfen, bietet ein Unglücksfall, der ein Kind zum lebenslänglichen Krüppel gemacht haben dürfte. Am vorgefertigen Nachmittage spielte der neunjährige Sohn des Arbeiters Ritter aus Nieder-Schönebeide mit mehreren anderen Kindern in dem Forst zwischen Adlershof und Nieder-Schönebeide. Der barfüßige Knabe trat auf eine halb unter dem Rasen versteckte zerbrochene Bierflasche, deren Scherben ihm die Schenkel des rechten Fußes durchschnitten. Halb verblutet wurde das Kind von Ausflüglern aufgefunden und nach Nieder-Schönebeide geschafft, von wo aus seine Ueberführung nach dem Krankenhaus erfolgte. Der Knabe dürfte nach ärztlichem Ausspruche sein Leben lang lahm bleiben.

Eine folgenschwere Benzinerexplosion erfolgte Montag nachmittag in der Alten Jakobstr. 148. Der 19 Jahre alte Chauffeur Franz Klein, Richardstr. 101 wohnhaft, war nach dem Keller hinuntergegangen, um dort aus einem Benzinkanister Benzin für das Automobil abzufüllen. Plötzlich kam der Ballon zur Explosion, die Stichflamme erfaßte die Kleidung des Chauffeurs und im nächsten Augenblick stand Klein in hellen Flammen. Mehrere Arbeiter, die zur Rettung hinzueilten, gelang es, das Feuer zu ersticken, doch hatte der junge Mann inzwischen bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß er in bewußungslosem Zustande in das Krankenhaus am Urban eingeliefert werden mußte, wo er bedenklich darniederliegt.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht heute, Mittwoch abends 8 1/2 Uhr, Herr Direktor Archenhold über den bevorstehenden Sternschnuppenfall. In dem mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrage wird folgendes behandelt: Die Bewegung der Sternschnuppen in der Atmosphäre der Erde, — die Höhe des Aufleuchtens und Verlöschtens, — der Einfluß der Erdrotation und der Winde auf die Bahn der Sternschnuppen, — der Zusammenhang zwischen Sternschnuppen und Kometen wie auch die Auflösung eines Kometen durch Planeten. — Die Zuhörer erhalten eine Sternkarte zwecks Eintragung künstlich erzeugter Sternschnuppen, werden jedoch gebeten, Operngläser und Vleisifte selbst mitzubringen. — Mit dem großen Fernrohr wird zuerst ein Doppeltstern und dann der Mond beobachtet. — Die Gruppenaufnahmen von der Weihnachtsfeier gelangen zur Vorlage.

Beim Arbeiter-Sängerkfest in Friedrichshagen sind folgende Gegenstände gefunden worden: 1 Hund Schläffel mit Taschenwuch, 1 Hund Schläffel (große und kleine), 1 Schläffel, 1 Schläffel mit Schußknäpfer, 1 Schirm mit Taschen, 1 Schläpfnadel, 1 Trauring, 1 Kinderhut. — Als verloren gemeldet: 1 Damengürtel, 1 Zigarettenschale, 1 Portemonnaie, 1 Messer, 1 Schirm. — Vorbenannte Gegenstände sind abzugeben resp. abzuholen bei Siggelow, Straßburgerstr. 65, II.

Auf dem Wege der Ueberfahrt vom Müggelschloß nach Friedrichshagen bezw. von da nach dem Bahnhof ist eine Damenuhr verloren gegangen, gezeichnet A. B. Der etwaige Finder wird um Abgabe an W. Schulze, Kyffhäuserstraße 5 IV, gebeten.

Sperrung. Der Große Weg von Charlottenburger Chaussee bis Brüden-See wird behufs Neubeschüttung der Chausseebedecke vom 7. August ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Berliner Kgl. Verein für Pädagogik. Im Monat Juli nächstigen im Männerklub 21 614 Personen, wovon 11 092 badeten, im Frauenklub 4351 Personen, wovon 1181 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55/59, für Frauen: Fühlstr. 5.

Ausgefundene Leiche. Am 27. Juli d. J., in den Vormittagsstunden, wurde in den Anlagen des Neuen Friedrichshagens, in einem Gebüsch versteckt, die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts, eingewickelt in einen schwarzen Mod sowie rot und blau gestreiften Unterrock, vorgefunden. Mitteilungen, welche zur Aufklärung der Sache dienen können, werden entweder schriftlich oder mündlich zu den Akten 5737 IV/41. 06 bei der Kriminalpolizei, Zimmer 326, sowie auch in jedem Polizeirevierbureau entgegengenommen.

Am 1. August et. ist im Spandauer Schiffahrtskanal an der Charlottenburger Brücke die Leiche eines ungefähr 45 Jahre alten unbekanntes Mannes aufgefunden worden. Derselbe hat circa vier bis fünf Wochen im Wasser gelegen und ist schon stark in Verwesung übergegangen. Die Leiche hat einen blonden Schnurrbart und eine Halbglase und ist bekleidet mit grauem Jackettanzug, Schnürschuhen und blaugestreiftem Vordergewand.

Rekognoszanten wollen sich bei dem Gutsvorsteher in Plöthen melden; ebenso nimmt jedes Polizeibeamt sowie die Kriminalpolizei Zimmer 331 II im Polizeipräsidium sachdienliche Meldungen entgegen zu Tagebuch Nr. 5904 IV. 33. 06.

In der Nacht vom 4. zum 5. d. M. erschloß sich in Haselhorst im Garten einer Schankwirtschaft am Spandauer Schiffahrtskanal ein unbekannter Mann. Der anscheinend dem Arbeiterstande angehörende Lote ist circa 30 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, bartlos und hat rotblondes gekräuseltes Haar. Der Ring- und Mittelfinger sind mit je einem Ringe tätowiert. Der Mann trug dunkelbraunfarbigen Jacketanzug, rot gekreuztes wollenes Hemde, gezeichnet Heinrich Jordan, lgl. Hosielerant SW. 12, braune wollenne Strümpfe, Schnürstiefel und schwarzen steifen Hut. In den Taschen hatte derselbe ein weißes Taschentuch, eine blecherne Zigarettenhülle, ein leeres ledernes Portemonnaie, eine messingne Karte, gezeichnet: 16 A, und verschiedene Schlüssel. Personen, welche in der Lage sind, über die Persönlichkeit des Toten nähere Angaben zu machen, werden gebeten, sich bei dem Amtsvorsteher in Haselhorst oder auf dem königlichen Polizeipräsidium, Zimmer 323, in den Vormittagsstunden zu melden.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr wegen eines gefährlichen Fischereibrandes nach der Reichenbergerstraße 135 gerufen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es schließlich, den Brand auf die Fischerei zu beschränken. Am Weidenweg 64 stand der Dachstuhl eines Fabrikgebäudes in Flammen. Um diese zu löschen, mußte der 7. Zug mit drei Schlauchleitungen längere Zeit Wasser geben. Der Schaden ist erheblich, die Entstehungsursache unbekannt geblieben. In der Dresdenerstraße 82/83 brannten Türen, Bretter und anderes. Der Brand war durch einen Trockenofen ausgebrochen. Gestern früh um 6 Uhr mußte in der Koppenstr. 85 ein Küchenbrand und in der Doppelstr. 41 um 7 Uhr ein Wohnungsbrand gelöscht werden. Möbel, Gardinen, Lampen auf einem Gasometer, Hölzer in einem Lichtschacht u. a. brannten in der Kochhausstr. 23, Blücherstr. 53, Zimmerstr. 62, Oranienstr. 185, Ackerstr. 138 u. a. Stellen. Preshofenbrände beschäftigten die Wehr in der Linienstr. 198 und mehreren anderen Straßen, besonders häufig sind diese Brände zurzeit auf den Bahnhöfen. Auf einigen hatte die Wehr zweimal am Tage zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Meldungen von arbeitsuchenden Schneidern im städtischen Arbeitsnachweis Charlottenburg haben in letzter Zeit erheblich zugenommen. Es ist deshalb eine Arbeitsvermittlung für Schneider eingerichtet. Die Geschäftsstelle befindet sich Kirchstr. 5 (an der Luisenkirche) und ist geöffnet werktäglich von 8-12 und 3-6 Uhr (Sprechstundenamt Charlottenburg 129). Die Vermittlung ist für beide Teile kostenlos.

Zweifelhafte Geschlechtszugehörigkeit. Ein wohl noch niemals vorgekommener Fall, daß ein Vater ein neugeborenes Kind unbestimmten Geschlechts anmeldete, ereignete sich in der vergangenen Woche auf dem Standesamt zu Charlottenburg. Die Hebamme hatte das Kind anfänglich für ein Mädchen erklärt. Später stiegen ihr aber wegen des ungewöhnlichen Wesens bezüglich der Geschlechtszugehörigkeit Zweifel auf. Sie riet daher, den auf diesem Gebiete als Sachverständigen bekannten Arzt Dr. Magnus Hirschfeld (Charlottenburg) zur Begutachtung und Entscheidung, ob das Kind ein Mädchen oder ein Knabe sei, heranzuziehen. Dr. Hirschfeld stellte fest, daß sich das Geschlecht des Kindes zurzeit überhaupt nicht bestimmen lasse; er riet aber, aus praktischen Gründen, zumal äußerlich die männlichen Zeichen die weiblichen etwas überwiegen, das Kind als Knaben zu erziehen und ihm einen Namen zu geben, den man leicht in einen weiblichen umwandeln kann, etwa Paul Martin. Der Standesbeamte war mit dem Vorschlage des Dr. Hirschfeld einverstanden und trug das Kind als Knaben mit den Vornamen: Paul Martin in das Standesamtsregister ein. Da bei ähnlichen Vorfällen die inneren Organe und die spätere Körper- und Geistesentwicklung einen weiblichen Charakter zeigen, so erklärte der Standesbeamte: nach vollendetem achtzehnten Lebensjahre müsse es der betreffende Person frei stehen, zu entscheiden, ob sie den ihr beigelegten männlichen Namen weiterführen oder in Paula Martha umwandeln wolle.

Lichtenberg.

Gemeinderatsitzung. Unter Hinweis auf § 106 Absatz 4 der Landgemeindeordnung wurden am Montag die Gemeindevertreter zu einer Sitzung zusammenberufen. Dieser Hinweis wurde nötig, da in der vergangenen Woche es nicht möglich war, auch nur die Hälfte der Herren aus der Sommerfrische in die Räume des Rathauses zu bringen und die Sitzung beschlußfähig zu machen. Am Montag hatten sich 16 Vertreter von 31 eingefunden, somit eine beschlußfähige Zahl.

Zu Vorsitzendenstellvertretern beim Gewerbeamt bzw. Kaufmannsgericht wurden die Herren Schöffin Ungewitter und Glacke sowie der neuereintretende juristische Hilfsarbeiter Dr. Bodrodt gewählt.

Die auf der Tagesordnung stehende Wahl eines Mitgliedes zum Ausschuss des Kantonsratsverbandes wurde aus formalen Gründen abgesetzt.

Folgender Antrag unserer Genossen zeitigte eine längere Debatte: „Die Gemeindevertretung wolle beschließen, der Gemeindevorstand möge in einer motivierten Petition beim Kreisrat des Kreises Niederbarnim, der am 14. August zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentritt, Einspruch erheben gegen die geplante Kreis-Schankkonzessionssteuer. 2. Die Gemeindevertretung erwarte von den Abgeordneten der Gemeinde Lichtenberg zum Kreisrat, daß diese mit allem Nachdruck gegen diese neue Belastung eines einzelnen Verwesers durch eine indirekte und noch dazu exorbitante Steuer einzutreten werden.“ An der Debatte, die Genosse Grauer mit der Begründung des Antrages einleitete, beteiligte sich neben dem Kreisratsabgeordneten Blong — der sich schon an anderer Stelle gegen die Steuer ausgesprochen hatte — auch der stellvertretende Gemeindevorsteher in zustimmendem Sinne. Einstimmig erhob die Versammlung den Antrag zum Beschluß.

In nicht offizieller Sitzung besprachen dann noch die Kreisratsabgeordneten in Gegenwart der Gemeindevertreter die Kreisratsvorlage, die Schaffung der Kreisindustriebahn betreffend. Wenn man auch hier die Stellungnahme der einzelnen Herren stark an „Kirchturnspolitik“ und „Interessenvertretung“ erinnerte, so war die Unterhaltung doch insofern von Wert, als mit dieser Aussprache, wenn auch ungewollt, anerkannt wurde, daß die „Wähler“ dieser „Vollvertreter“ auch eine Verechtigung haben, zu wissen, was vorgeht. Es wird nun Sache der „Wähler“ sein, die Herren zur weiteren „Berichterstattung“ zu — veranlassen.

Schöneberg.

Die Parteigenossen werden ersucht, in den heutigen Bezirksabend zu erscheinen. Es wird die Broschüre: „Arbeiter, Kirche und Schule“ zur Verteilung gelangen. Nur die Genossen erhalten die Broschüre, die anwesend sind.

Gleichzeitig sei mitgeteilt, daß der Parteigenosse Samuel Kirke aus dem Leben geschieden ist. Er stand im 60. Lebensjahr. Wenn es galt für die Partei tätig sein, so war er einer von denen mit, die nicht hinten anstehen, sondern trotz seines hohen Alters, seine vollste Pflicht und Schuldigkeit tat. Stets war er in den Reihen des kämpfenden Proletariats zu finden. Die Beerdigung findet am Freitag statt und wird im Inzeratenteil bekanntgegeben.

Ober-Schöneberg.

Als eine Rücksichtslosigkeit gegen das Publikum muß es bezeichnet werden, wenn auf dem hiesigen Postamt allmonatlich bei Auszahlung der Lohn- und Altersrenten die Beteiligten bis zu zwei Stunden am Schalter warten müssen, dem einzigen, der von dreien Regantipost, Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Niedrigdorf. Für den Inzeratenteil bezahlt: 1/2 Mark, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

geöffnet wird. Dasselbe gilt auch für die Abendstunden, wo bei dem überaus regen Verkehr dort (Paletablieferung der großen Fabriken usw.) meist nur ein Schalter dem Publikum zugänglich ist. Wann wird sich die Postbehörde endlich einmal bequemen, ein dem Orte mit seiner ausgedehnten Industrie würdiges Postamt zu schaffen oder zum mindesten Zustände wie die geschilderten zu beseitigen?

Nieder-Schöneberg.

Ueber eine folgenschwere Gasexplosion in der Gemeindefschule in Nieder-Schöneberg wird berichtet: Dort ist seit dem 1. August d. J. der Schuldner Pielle neu angefleht. Infolge dieser kurzen Zeit war er mit den Beschaffenheiten des Gebäudes noch nicht so recht vertraut. Als er vorgestern gemeinsam mit seiner Frau die Klassenzimmer reinigen wollte, schlug ihm beim Eintreten in den ersten Schulraum ein verdächtiger, starker Geruch entgegen. Da J. nicht ahnte, daß dies von der Gasleitung herührte, zündete er ein Streichholz an und wollte in die Ecken leuchten. Kaum hatte er jedoch das Streichholz zur Entzündung gebracht, so ertönte plötzlich eine gewaltige Detonation. Der Schuldner und seine Frau wurden zu Boden geschleudert und wenige Sekunden später standen die beiden Leute sowie das Schulzimmer in hellen Flammen. Aus einer schadhaften Stelle war ein Gasrohr Gas entströmt und hatte den Raum damit angefüllt. Beim Anzünden des Streichholzes mußte dann natürlich die Explosion erfolgen. Auf den starken Knall hin eilten Nachbarn hinzu und alarmierten die Feuerwehr. Das Pielle'sche Ehepaar hatte inzwischen bereits am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten. Der Schaden, der durch die Explosion herbeigeführt wurde, beträgt etwa 1000 M.

Spandau.

Mittwoch, den 8. August, abends 8 Uhr, bei Rammle, Schönwälderstraße 80: Öffentliche Gewerkschaftsversammlung.

Potsdam.

Auf dem Tempelinersee bei Potsdam wurde infolge eines Gewittersturmes am Sonntagabend gegen 7 1/2 Uhr ein Segelboot etwa 200 Meter vom Ufer entfernt zum Kentern gebracht. Von den drei Insassen hatten bereits zwei das Ufer kommen sehen und sich ihrer Oberkleider entledigt und schwimmend das Ufer erreicht. Der dritte, ein Potsdamer Kaufmann, vermochte sich mittels eines Rettungsrings glücklich ans Ufer zu dirigieren. Das Boot sank mit Inghalt in eine Tiefe von 6 Metern.

In erster Lebensgefahr schwebten am Sonntagabend die Passagiere der lgl. Fähre an der Paueninsel, die bekanntlich den zahlreichen Verkehr, der Sonntags zwischen dem sieslichen Havelstrand und dem Festlande herrscht, vermittelt. Die vollbesetzte Fähre brachte gerade gegen 7 1/2 Uhr zahlreiche Ausflügler, welche mit den Sternlampen mitwollten, nach dem Ufer und befand sich beinahe mitten in der hier sehr schmalen Havel, als mit voller Dampfkraft der Dampfstraß „Draage“ um die Ecke gefahren kam, ohne im geringsten von der Fähre Notiz zu nehmen. Das Publikum schrie laut auf und es wäre unfehlbar die Fähre von dem Dampfstraß überbrannt worden, wenn nicht einige beherzte Männer in die eiserne Kette der Fähre gegriffen hätten und diese im letzten Moment rückwärts dirigierten, so daß der Kahn glatt vorüberfahren konnte. Die Sicherheit des Betriebes der Fähre läßt an jener Stelle auf der Havel sehr viel zu wünschen übrig.

Vermischtes.

Einsturz eines Fiskus. Der gewaltige Sturmwind, der Montagmorgen nur ganz kurze Zeit hindurch herrschte, hat in Eberwalde eine schwere Katastrophe herbeigeführt. Auf einem freien Plage in der Nähe des dortigen Bahnhofs befindet sich seit einigen Tagen ein großer Zeltzirkus. Nun fand am Montag eine Nachmittagsvorstellung statt, zu der etwa 400 Zuschauer erschienen waren. Bereits vor Anfang der Vorstellung rüttelte der Sturm recht verächtlich an der Zeltwand. Kaum war die erste Nummer erledigt, so wurde das Zelt durch einen gewaltigen Windstoß hochgehoben, der etwa 25 Zentner schwere Mittelmast, auf dem sich die ganze Anlage stützte, gab nach, stürzte um und riß alle Seitenbalken und Abstützungen mit. Die Gewalt des Sturmes war so stark, daß die Zeltstübe, die etwa 1 1/2 Meter in der Erde standen, herausgerissen und in die Manege geschleudert wurden. Unter dem entsetzten Publikum entstand eine ungeheure Panik. Alles flüchtete erschrocken nach den Ausgängen zu und bei dem großen Gedränge erlitten einige Personen äußerliche Verletzungen. Als ein wunderbares Glück ist es noch zu betrachten, daß die Katastrophe nicht noch schwerere Unfälle gefordert hat. Der Schaden, der dem Besitzer des Fiskus entstanden ist, ist ein recht beträchtlicher. Das große Zelt liegt jetzt plattgedrückt auf der Erde und bietet einen trostlosen Anblick.

Großfeuer. In Steintin entstand Montag abend in der zehnten Stunde in dem Speicherkomplex am Bahnhof Feuer, das an dem von der Höhe ausgetrockneten Holz der Schuppen reichliche Nahrung fand. Die Feuerwehr konnte sowohl von der Ober- wie auch von der Parnitz mit Erfolg eingreifen, und es gelang ihr nach etwa zweifelhäufiger Tätigkeit, die Gefahr zu beseitigen. Abgebrannt sind sechs große Logerkuppeln, in denen sich außer Heringen auch noch Wagen und Gerätschaften befanden.

Wie weit verbreitet die Titelsucht ist, zeigt ganz besonders kraft ein Blick in die Fremdenlisten der Bäder, speziell der von Baden-Baden und Marienbad. Neben Industriekritikern und Dichtern der Halbwelt ipreizt sich der mittlere Beamtenstand und der auf Kredit angewiesene mittlere Handelsstand besonders gern mit einem, wenn auch noch so nichtstuhenden Titelchen. Ganz besonders üppig gedeiht aber der Titeltrieb in den zerrissenen Ländern der österreichisch-ungarischen Krone, wo es hinwiederum die mit Hörensmanieren überreichlich gesegneten stinkend faulen Bürgerweiber sind, die die Titelsucht verbreiten. Hier eine kleine Auswahl der dem Proletariat besonders unverständlichen Anleihenfelder. Da gibt es eine Oberbezirksarzthausgattin, eine Traktanten-gattin (Traktant ist ein konzessionierter Händler mit monopolisierten spottschlechten österreichischen Regierungsgütern), eine Rechtsanwältin-gattin (nach unfernen Begriffen die Frau eines Referendars, vielleicht gar nur eines Studenten der Rechte). Dann folgen in bunter Reihe eine „Arztin“, eine Kapitänin und eine Steueroberinspektorgattin, ferner eine Dame, die sich kurzweg — Ehrenbürgerin von Moskau — preist. Eine baronisierte Sternkreuzordensdame darf in dem schönen Kranze nicht fehlen.

Ein Raubmord. Gestern nacht ist in Tatenberg a. Elbe der dortige 73 Jahre alte Gemeindevorsteher Jansen von vier Mächtern überfallen und ermordet worden. Frau Jansen und das Dienstmädchen wurden schwer verletzt. Die Räuber raubten 1200 M.

Waldbrände. In der Nähe von Rantau de Marfan sind große Waldbrände ausgebrochen. Das Feuer hat bereits einen Waldkomplex von über 100 Hektaren ergriffen. Mehrere Bataillone Soldaten sind mittels Extrazuges an Ort und Stelle abgegangen, um sich an den Löscharbeiten zu beteiligen.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Montreal, daß fünfzig Quadratmeilen besten Waldbestandes in Britisch-Kolumbien in Brand steben und völliger Vernichtung entgegengehen. Der Verlust werde bis jetzt auf nahezu eine Million Dollar geschätzt.

Zum Untergang des Auswandererdampfers wird noch berichtet: Die Schiffsdokumente des „Sirio“ sind, wie mitgeteilt wird, gerettet. Der ebenfalls gerettete Kapitän vertweigert jede Auskunft und beschränkt sich darauf, zu erklären, daß die Felsen, auf die das Schiff auflief, auf seiner Karte nicht verzeichnet seien. Die Passagiere bleiben dagegen dabei, daß die Katastrophe auf das allzu große Vertrauen zurückzuführen ist, welches der Kapitän in seine Kenntnis des Fahrwassers setzte.

Sie verläutet, hat der spanische Marineminister eine Depesche aus Cartagena empfangen, wonach unter den Überlebenden des „Sirio“ sich befinden: 348 Italiener, 40 Spanier, 14 Araber, 10 Niederländer, 6 Orientalen, 4 Argentinier, 4 Brasilianer und 2 Montenegriner.

Amerikanische Hige. Die Hige war gestern in New York so groß, daß noch vormittags acht Todesfälle infolge Higeerschläges erfolgten; außerdem waren 14 schwere Higeerschläge zu verzeichnen. Das Thermometer zeigte um 3 Uhr nachmittags 98 Grad Fahrenheit im Schatten. In Wallstreet stand das Thermometer zu einer Zeit auf 106 Grad. Laufende verbringen die Hige im Freien, in den Parks und auf den Dächern. Der Richter Rosalsh wies die Grandjury an, gegen den Eistruß wegen geschwinderiger Nachschüssen vorzugehen, weil der Truß die Preise für Eis, als dieses am dringendsten gebraucht wurde, erhöhte.

Amerikanische Tugendböde. Mit ihrer Moralheuchelei haben sich die Amerikaner schon oft vor der ganzen Welt blamiert. Jetzt kommt wieder eine Nachricht aus New York, welche die amerikanische Schamhaftigkeit recht lächerlich macht. Anthony Comstock, der berühmte Präsident der „Gesellschaft zur Unterdrückung des Lasters“, der mit polizeilichen Befugnissen ausgerüstet ist, hat den Katalog der „Liga studierender Künstler in New York“ mit Beschlag belegt und als unmoralische Publikation erklärt, weil nackte Menschen darin abgebildet sind. Diese Liga ist ein Verein ernst und strebamer Männer und Frauen, der eine angelegene Kunstschule unterhält. Die Sekretärin des Vereins wurde verhaftet, weil sie den Vertrieb dieser „unmoralischen Publikation“ geleitet hatte. Die Künstler sind entrüstet über diese Einmischung Comstocks, aber die öffentliche Meinung nimmt still für den sonderbaren Moralheuchler Partei, dem es vielleicht einmal einfallt, die Redigier der Unsitte anzufragen, wenn sie nackte Menschen unteruchen.

Wie vor einiger Zeit berichtet, wurde R. Hartman, ein 70jähriger Journalist in Chicago, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, weil er in einem Artikel für Verleumdung über geschlechtliche Dinge eintrat. Hartmans Freunde haben den Präsidenten Roosevelt um Begnadigung für den alten und allgemein geschätzten Mann gebeten, aber Roosevelt hat diese Bitte rundweg abgelehnt. Für ein Verbrechen gegen die Moral—heuchelei gibt es keine Gnade in Amerika.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Vili Braun, Verlag Berlin W. 15, Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M., für sechs Monate 2,40 M., pro Band 5,00 M.

Blätter des Deutschen Monatsbundes. Heft 2. Nichtmitgliedern besorgen die Blätter durch die Verlagshandlung von Dr. W. Breitenbach in Braunschweig i. B. oder durch die Post zum Preise von 1,20 M. pro Halbjahr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

§. 2. 43. Redaktionell können wir Ihren Hinweis auf das Sommerfest nicht aufnehmen. — R. G. G. Maison du peuple, Brüssel. — Rohberg in Trebnitz. Der Verfasser der Broschüre Kolonialsoldatenleben wird gebeten, seine Adresse umgehend der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, ESB. 68, Lindenstr. 69 anzugeben. Vermittelt der Post ist Ermittelung unmöglich.

Briefkasten der Expedition.

R. G. Die Postabonnenten geben nachts 2 Uhr nach dem Postzeitungsamt. Bei unpünktlicher Lieferung müssen Sie Beschwerde bei der Post erheben.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70-74 pr. 100 Pfd., IIa 64-69, IIIa 58-62, IVa 52-56, englische Bullen 0,00, dänische Bullen 0,00, böhmische Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 100-110, Ia 84-90, IIa 74-82, IIIa 62-72, Hammelfleisch Ia 77-82, IIa 67-75, Schweinefleisch 65-71, Rebhühner Ia pr. Pfd. 0,55-0,70, IIa 0,30-0,54, Rotwild Ia mit Abschutteln pr. Pfd. 0,40-0,56, IIa 0,30-0,39, Damwild 0,50-0,62, Wildschweine pr. Pfd. 0,30-0,46, Ferkel 0,00, Kaninchen, pro Stück 0,00, Wildenten Ia pr. Stück 0,00 Ia 0,00, Gänse, alte, pro Stück 0,00, alte, IIa 0,00, junge, pro Stück 0,40-0,90, Tauben, junge, pro Stück 0,35-0,45, alte 0,00, Enten, junge pro Stück 1,70-1,80, alte pro Stück 0,00, Hamburger, junge, pro Stück 2,80, Gänse, Ia pr. Pfd. 0,60-0,63, IIa 0,58, Ia pr. Stück 3,00 bis 4,50, IIa 1,50-2,90, Poulets pr. Stück 0,00, do. klein 0,30-0,80, Nechte pr. 100 Pfd. 87-111, Bänder klein 0,00, Schleie 115-122, Stele 60, Kalle, groß 120-130, mittel 109-118, klein 0,00, umfrot. 104-109, Wägen 0,00, Karpen 92, Barsche 0,00, Karauschen 82-90, Bunte Fische 51-70, Amsel, Lauch I neuer pro 100 Pfd. 110-130, do. II neuer 90-100, do. III neuer 60-75, Gerichte 12-15, Hühnern, pomm. I, pr. Schod 9,00, do. pomm. II 2-3, Stier, Eliege Ia 4-6, do. mittel pr. Riste 2-3, do. klein pr. Riste 0,00, Bäcklinge, pr. Ball Stier 4-5, Straßburger 4-6, Kalle, groß pr. Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60, Heringe pr. Schod 4-6, Schellfische Riste 2-3, do. 1/2, Riste 1,50, Robbiau, geräuchert, pr. 100 Pfd. 10-15, Sardellen, 1902er, pr. Kiste 86,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00, Schellfische Bullerlinge 1905 0,00, large 40-44, full 36-38, mod. 35-42, deutsche 37-44, Heringe, neue Ristes, pr. 1/2, To. 60-120, Hummer, IIa, 100 Pfd. 0,00, Krebse, pr. Schod, große 15 cm 19, mittel 11,00, kleine 0,00, umfrotiert 6,00-12,00, Gallyer, mittel 0,00, Eier, Land, pr. Schod 3,00, Butter pr. 100 Pfd. Ia 114-116, IIa 110-113, IIIa 105-108, ablaufende 90-100, Saure Gurken, neue, Schod 4,00, Pfeffergurken 4,50, Kartoffeln pr. 100 Pfd. Rofen 1,75-2,00, neue runde 2,25-2,50, neue flache 2,50-2,75, neue Herbst 2,25-2,50, Spinat pr. 100 Pfd. 10-15, Karotten pr. Schod 2,50-3,00, Sellerie, flache, pr. Schod 1,25-2,00, Zwiebeln 100 Pfd. 3,50-4, Petersilie, grün, Schod 1,00, Kohlrabi pr. Schod 0,75-1,00, Rettig, bair., pr. Schod 2,40 bis 4,80, Radishesen pr. Schod 0,60-0,70, Salat, pr. Schod 1,25-1,70, Bohnen, grüne, pr. 100 Pfd. 8-10, Backbohnen 10-15, Schoten pr. 100 Pfd. 11-16, Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 20-25, Mohrrüben pr. 100 Pfd. 4,00-4,50, Blumenkohl pr. Ristel 1,00-2,20, Birnfloß pr. Ristel 1,00-1,50, Kohlfloß pr. Ristel 2-2,50, Weißkohl pr. Ristel 1,50 bis 2,00, Zierpflanze pr. 100 Pfd. 25-30, Gurken, Herbst, Schod 0,75-1,00, do. Winter, Schod 2,00-2,50, do. Rohlherburger 2-3,25, Mohrrüben, Ristel 1,00-1,25, Birnen, italienische pr. 100 Pfd. 24-35, italienische 5-20, Zitronen 14-20, böhmische 5-12, Äpfel, ungar., pr. 100 Pfd. 12-15, italienische 8-15, flache 8-18, Stachelbeeren 8-14, Preiselbeeren 12-15, Kirchen, saure 15-25, Blaubeeren pr. 100 Pfd. 15-16, Blaumen, ital. runde dunkle pr. 100 Pfd. 23-25, ital. lange gelbe 15-23, ital. runde 15-25, ungarische 10-12, flache 8-25, Reineclauden 10-22, Zitronen, Weisses 300 Stück 18,00-20,00, 360 Stück 12,00-16,00, 500 Stück 7,00-12,00, 420 Stück, klein 7,00, Pfirsiche, Biederische 1,00 Pfd. 25-35, französische 20-40, italienische I Riste 1,50-1,80, do. II Riste 1,20-1,40, do. III Riste 0,80-1,10, do. in Körben pr. 100 Pfd. 25-38.

Witterungsbericht vom 7. August 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (Tag u. Nacht)	Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (Tag u. Nacht)
Ostpreußen	760	SSW	3	bedeckt	15	Dachau	758	W	4	wolkig	11
Brandenburg	763	SSW	3	bedeckt	15	Petersburg	752	SW	3	wolkig	12
Berlin	762	SS	3	bedeckt	16	Sofia	764	SE	1	wolkig	16
Frankfurt a. M.	765	SS	1	wolkig	14	Aberdeen	766	SE	2	wolkig	12
Wandern	763	SS	3	heiter	17	Paris	765	SW	1	wolkig	15
Wien	764	SS	1	bedeckt	16						

Better-Prognose für Mittwoch, den 8. August 1906. Hiernächst kühl, vielwolkeiger, aber noch veränderlich bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbulletin.

Wasserstand am 6. August. Elbe bei Ruffig — 0,18 Meter, bei Dresden — 1,54 Meter, bei Magdeburg + 1,03 Meter. — Unkrut bei Strausfurt + 1,30 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,20 Meter, bei Breslau + 4,82 Meter, bei Weeslau Unterpegel — 1,56 Meter, bei Frankfurt + 0,76 Meter. — W. i. G. bei Braudemünde + 2,62 Meter. — R. i. G. bei W. i. G. + 0,03 Meter. — R. i. G. bei W. i. G. + 0,00 Meter.